









Online Jahresbericht 2020



Unter erschwerten Bedingungen – Politische Bildung in Zeiten von Corona Einführung in den AdB-Jahresbericht 2020

2020 – Was für ein Jahr! Es begann für die Träger und Einrichtungen der politischen Jugendund Erwachsenenbildung wie gewohnt. Doch binnen kürzester Zeit waren alle Planungen für
Seminare, Projekte, Austauschmaßnahmen, Tagungen, Fortbildungen und Kooperationen
passé. Dennoch ist unglaublich viel passiert: Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.
(AdB) und seine Mitgliedseinrichtungen haben kreativ, innovativ und mit Engagement reagiert
und viele ihrer Angebote online gestellt bzw. neue Angebote entwickelt. Von diesem
Engagement zeugt der AdB-Jahresbericht, der auch in diesem Jahr online erscheint. Sie finden
im Folgenden Berichte aus der vielfältigen Arbeit der vier Fachgruppen des Programms
"Politische Jugendbildung im AdB", aus den AdB-Projekten, aus der internationalen Arbeit, über
das AdB-Jahresthema und weitere Aktivitäten des AdB.



"Maschinenraum" der ersten digitalen Mitgliederversammlung des AdB im November 2020, Foto: AdB

Unter erschwerten Bedingungen – Politische Bildung in Zeiten von Corona Jahresbericht 2020

2020 – Was für ein Jahr! Es begann für die Träger und Einrichtungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung wie gewohnt. Doch binnen kürzester Zeit waren alle Planungen für Seminare, Projekte, Austauschmaßnahmen, Tagungen, Fortbildungen und Kooperationen passé. Bildungsstätten konnten zunächst nur unter strengen Hygienevorschriften Veranstaltungen mit weniger Teilnehmenden vor Ort anbieten, später wurden sie zeitweilig geschlossen.



Dennoch ist in diesem Jahr unglaublich viel passiert: Der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen haben kreativ, innovativ und mit Engagement reagiert und viele ihrer Angebote online gestellt bzw. neue Angebote entwickelt: Es sind Webtalks entstanden, virtuelle Gedenkstättenbesuche, digitales Storytelling, historische online-Standrundgänge, Podcast-Reihen, thematische blogs und vieles andere mehr. Damit konnte an viele Formate und Ideen angeknüpft werden, die bereits vor der Pandemie in den Einrichtungen entwickelt worden waren. Die neuen Formate sind weit mehr als "Lückenfüller", sie sind eigenständige, innovative Angebote einer politischen Medienbildung.

Deutlich wurde, dass politische Bildung und Digitalisierung sehr wohl zusammengehen, dass aber die Grenzen der digitalen Möglichkeiten für außerschulische Bildungsangebote mitgedacht werden müssen: Wie können Nähe und Gemeinschaft im Online-Seminar herstellt werden? Wie kann Bildungserfahrung über Emotionen und Empathie im Rahmen digitaler Lernformate entstehen? Wie kann der Mehrwert an Bildung, der oft im Informellen liegt, im Digitalen ansatzweise entstehen? Politische Bildung lebt von gemeinsamen Erfahrungen, die in demokratisch gestalteten Bildungsräumen wie z. B. Bildungsstätten erlebt werden – auch deshalb muss die Begrenztheit der digitalen Formate immer im Blick behalten werden.

Die im Pandemiejahr 2020 forcierte Entwicklung kann nur heißen, die Digitalisierung der politischen Bildung weiter voranzubringen, um neue Methoden und Formate zu entwickeln, und diese intelligent und gewinnbringend mit Konzepten und Strukturen, die auf Begegnung und Austausch basieren, zu verzahnen.

Sichtbar geworden ist in diesem Jahr ebenso ein hohes Maß an Solidarität der Träger und Einrichtungen untereinander. Die Austauschforen und Arbeitsgruppen, die der AdB angeboten hat, waren sehr gut besucht, der Austausch offen, die Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung uneingeschränkt. Auf diesem Weg konnte auch die Seite zum Corona-Krisenmanagement auf der Webseite des AdB (www.adb.de/corona-krisenmanagement) immer wieder gefüllt werden mit aktuellen Hinweisen auf Förderung, Tipps zur Beantragung von Kurzarbeit, Links auf Crowdfunding- und Spendenaktionen, Tools für das digitale Arbeiten usw. In der Zeit der Krise wurde somit auch der Wert der Zusammenarbeit in einem Verband noch einmal deutlich – einem Verband, der den Austausch organisiert, die Ergebnisse für alle nutzbar macht und auf politischer Ebene den gemeinsamen Interessen Gehör verschafft.





Die Bildungsstätten reagierten flexibel auf die Hygienevorschriften und aktuellen Bedingungen.
Foto: Ivonne Meißner

Die Berichte aus den unterschiedlichen Fachgruppen, Projekten und Arbeitsfeldern sind natürlich von den Besonderheiten dieses Jahres bestimmt. Auch das AdB-Jahresthema 2020 "Transformationen. Globale Entwicklungen und die Neuvermessung der politischen Bildung" – verabredet lange bevor die Corona-Pandemie überhaupt denkbar wurde – erscheint als ein Vorbote dessen, was sich in diesem Jahr verdichtet hat: Mehr denn je ist die politische Bildung angesichts aktueller globaler Entwicklungen herausgefordert, ihre Rolle, ihre Angebote und Formate sowie ihr Selbstverständnis und ihre gesellschaftliche Funktion kritisch zu reflektieren. Alle großen Transformationsthemen müssen angesichts der weltweiten Pandemie neu bedacht werden.

Auf den folgenden Seiten finden Sie die ausführlichen Berichte aus den vier Fachgruppen im Programm "Politische Jugendbildung im AdB", fachliche Überlegungen zu den jeweiligen Themenschwerpunkten und Berichte aus der Praxis. Sie finden Berichte der AdB-Projekte, zur internationalen, europäischen Bildungsarbeit und zum Jahresthema 2020 "Transformationen. Globale Entwicklungen und die Neuvermessung der politischen Bildung".

Einen umfassenden Überblick über die vielfältigen Aktivitäten des AdB bietet Ihnen das MindMap "Der AdB im Jahr 2020".

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. bietet als bundesweit arbeitender Fachverband der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung für seine über 100 Mitgliedseinrichtungen ein Forum für fachlichen Erfahrungsaustausch, Fortbildung und gemeinsame jugend- und bildungspolitische Interessenvertretung. Als



wesentlicher Bestandteil der Infrastruktur der Jugendhilfe auf Bundesebene wird der Verband vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Kern der politischen Bildung ist es, Menschen zu stärken, sie zu motivieren, sich in Politik und Gesellschaft zu engagieren, ihnen Orientierung in unübersichtlichen Zeiten zu ermöglichen, sie dabei zu unterstützen, politische Strukturen, Verfahren und Entwicklungen zu verstehen, ihnen zu helfen, ihre eigenen Interessen zu erkennen und in Auseinandersetzung mit anderen zu klären. Normative Grundlage für diese Arbeit bilden die Grund- und Menschenrechte.



Innovationskraft in Krisenzeiten

Das Programm politische Jugendbildung trotzt der Corona-Pandemie

Mit viel Motivation sind die Jugendbildungsreferent*innen im Programm politische Jugendbildung ins Jahr 2020 gestartet. Als die Zentrale Arbeitstagung der Jugendbildungsreferent*innen Ende Februar 2020 stattfand, schauten alle noch auf ein voll geplantes und spannendes Jahr. Nur wenige Tage später lösten sich all diese Pläne in Luft auf. Die Covid-19-Pandemie übernahm die weitere Gestaltung des Jahres und der Arbeit in den Bildungseinrichtungen.

Die Zentrale Arbeitstagung (ZAT) fand im <u>Gustav-Stresemann-Institut</u> in Niedersachsen e. V. – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen statt. Die inhaltliche Planung lag in diesem Jahr bei der Fachgruppe "Flucht und Migration", die sich den Schwerpunkt rassismuskritische politische Bildungsarbeit gesetzt hat. Ziel des Fachtags war es, dass sich die Jugendbildungsreferent*innen ihrer Situation, ihrer Herkunft und ihrer heutigen Privilegien bewusst werden und so ihre persönliche Situation gegenüber den Teilnehmenden auch in Seminaren offen darlegen können.

In einem sehr bewegenden Workshop mit Aretha Schwarzbach-Apithy wurden die Anwesenden in die Tiefen und Untiefen der westeuropäischen (deutschen) Bildungsinhalte mitgenommen. Der gemeinsame Blick auf oftmals rassistische Menschenbilder in Lehrbüchern oder in Texten und Bildern verdeutlichte, wie wir meist unbewusst in rassistische Inhalte und Strukturen "hineingebildet" wurden. Über viele Jahrzehnte haben sich so Bilder in Köpfen und Verhalten der Menschen festgesetzt. Dies gilt es, sich immer bewusst zu sein, wenn über Rassismus und rassismuskrititische Bildung gesprochen wird. Die Herausforderung liegt darin, sich die über eine so lange Zeit gewachsenen Strukturen bewusst zu machen und zu versuchen, sie nachhaltig zu verändern.

Die Entwicklung der Veranstaltungen und Seminartage

Existenzängste, Kurzarbeit, fehlende Buchungen, Absagen, Umbuchungen, Verschiebungen, Planung in Präsenz, Planung in hybrid und Planung in digitaler Form – all das bestimmten die Gespräche und den Alltag der Bildungsreferent*innen im Jahr 2020. Der erste Lockdown, die kurzzeitige Widereröffnung und dann der komplette Lockdown bis weit ins Jahr 2021 hinein, zermürbte viele und machte verlässliches Planen unmöglich.

Dennoch ist vieles realisiert worden, wenn auch anders, als ursprünglich geplant. Hilfreich dafür war es, dass auch der Mittelgeber, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), sehr zeitnah auf diese Situation reagiert und die Richtlinie des Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) angepasst hat. So konnten Gelder, die für Maßnahmen gedacht waren, unbürokratisch auf Personalkosten umgewidmet werden. Dadurch war es möglich, neue Konzepte zu entwickeln, digitale Formate zum Teil neu zu konzipieren und zu realisieren.

In der folgenden *Abbildung 1* werden die Anzahl der Veranstaltungen und der Seminartage seit 2017 dargestellt. Nach einem Anstieg bis 2019 wird ein starker Rückgang im Jahr 2020 sichtbar. Dennoch konnten mehr als 50 % der Veranstaltungen im Vergleich zum Vorjahr stattfinden. Jedoch ist dabei die Anzahl der Veranstaltungstage auf knapp unter 50 % gefallen.

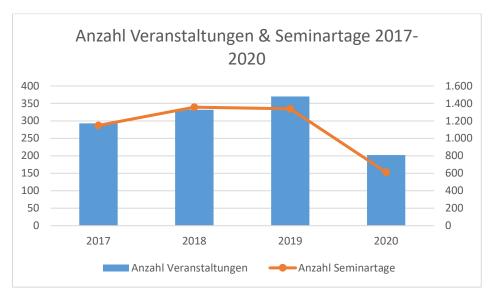


Abbildung 1 (links: Zahl der Veranstaltungen; rechts: Zahl der Seminartage)

Durch die Flexibilität in der Förderung konnte zudem erreicht werden, dass die Jugendbildungsreferent*innen weniger von Kurzarbeit betroffen waren, als ihre Kolleg*innen in den Einrichtungen. Es wurde möglich, sich schnell für digitale Bildungsangebote weiterzubilden und neue Konzepte zu planen. Viele Präsenzveranstaltungen konnten so gut auf eine digitale Form übertragen werden.

Auch der AdB hat diese Entwicklung unterstützt und Veranstaltungen, die rein digital stattfinden mussten, sehr früh finanziert.

Im Rückblick auf diese Zeit erscheint alles unwirklich. Die Zeit raste, obwohl die Welt stillstand. Die Arbeit verdichtete sich extrem, obwohl in einigen Phasen des Jahres nahezu keine Veranstaltungen stattfanden. Das war für alle eine sehr befremdliche Situation.

In der *Abbildung 2* wird die Entwicklung der Dauer der Veranstaltungen seit 2017 sichtbar gemacht. Hier wird deutlich, dass die längeren Veranstaltungen – wie zu erwarten – eher einen geringeren Anteil im Verhältnis zu den Vorjahren hatten.

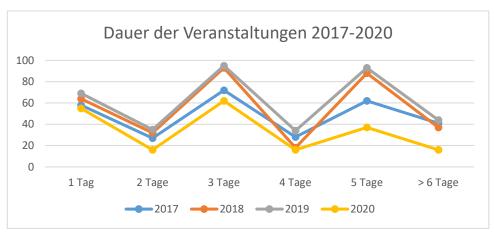


Abbildung 2

Entwicklungen bei den Teilnehmenden und Kooperationspartner

Bei einem Blick auf das Alter der Teilnehmenden (vgl. Abbildung 3) und die Art der Kooperationspartner*innen, mit denen im vergangenen Jahr Veranstaltungen stattgefunden haben (vgl. Abbildung 4), kann man erkennen, dass der Bereich der Zusammenarbeit mit Schulen deutlich zurückgegangen ist und so junge Menschen unter 20 Jahren deutlich weniger erreicht wurden, als in den Vorjahren.



Abbildung 3



Abbildung 4

Die große Unsicherheit und schlechte Planbarkeit, sowie die deutliche Konzentration auf eigene Bildungsinhalte veranlasste viele Lehrer*innen, von außerschulischen Bildungsangeboten Abstand zu nehmen.

Der relativ starke Bereich "anderer Kooperationspartner" spiegelt mit 20 % recht eindrücklich wieder, dass es insbesondere bei längerfristigen Projekten immer sehr viele Beteiligte gibt, die zum Erfolg der Projekte beitragen. Genannt werden können da z. B. Museen, Gedenkstätten oder – ganz konkret – das Zentrum für Jugendkulturen (zfk), die Silent university; die Frauen*gruppe NINA oder das Café Exil sowie internationale Kontakte z. B. zum Institut régional du travail social Marseille oder Mission local Marseille.

Die Anzahl von Veranstaltungen mit Multiplikator*innen hat dagegen deutlich zugenommen. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltungen statt oft die digitale Bildung, wodurch die Jugendbildungsreferent*innen zu einer deutlichen Professionalisierung im gesamten Arbeitsfeld beitragen konnten. Hierbei stand z. B. der Umgang mit digitalen Tools, der Transfer von Präsenzmethoden und von politischer Bildung in den digitalen Raum im Mittelpunkt.

Die Professionalisierung der Jugendbildungsreferent*innen

Auch die Sitzungen der vier Fachgruppen "Digitale Medien und Demokratie", "Flucht und Migration", "Erinnerung und Teilhabe" sowie "Arbeit und Lebensperspektiven" sowie die gemeinsame Fachgruppensitzung im Herbst haben digital stattgefunden. Viele waren bis dahin fast schon wieder online-müde. Dennoch konnten die Tage sehr intensiv dazu genutzt werden, um neue Motivation aufzubauen und sich für die kommende Zeit in der digitalen Bildungswelt weiter fit zu machen.

Leider musste das Programm politische Jugendbildung im AdB im Laufe des Jahres einige personelle Wechsel verzeichnen. Die erhöhte Fluktuation führte neben den aktuellen Herausforderungen zu einem Verlust von Expertise im Programm. Was man hierbei jedoch positiv benennen kann ist, dass alle Referent*innen, die das Programm verlassen haben, in spannende Arbeitsverhältnisse gewechselt sind, die für sie eine neue Herausforderung bedeuten und zur weiteren Vernetzung beitragen.

So kann man, nicht nur mit auf Blick auf die persönliche Zukunft dieser Referent*innen, sondern auch mit Blick auf die Schnelligkeit, in der von Präsenz- auf digitale Veranstaltungen umgeplant wurde und so auch die Einrichtungen weiterentwickelt wurden, konstatieren, dass das Programm weiterhin ein Sprungbrett ist – in der persönlichen Entwicklung, wie auch in der qualitativen Entwicklung der politischen Bildungsarbeit im Feld.

Die Berichte der Fachgruppen und die Einblicke in innovative Bildungsangebote machen deutlich, dass die Jugendbildungsreferent*innen mit Engagement, Energie und guten Ideen diese schwierige Zeit meistern.



Jahresbericht 2020 – Programm Politische Jugendbildung im AdB

Im Videochat mit Kassandra

Bericht der Fachgruppe "Digitale Medien und Demokratie"

"Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie ..." Alle reden von Digitalisierung – wir möglichst nicht mehr. Nicht, wenn es um Zoom &. Co geht. Die Pandemie macht aus der Not von fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten die Tugend der Digitalisierung von Lernräumen und Arbeitsplätzen. Sichtbar aber wird dabei vor allem, wie sehr längst vor Corona erkannte Herausforderungen nicht bearbeitet wurden.



Politische Jugendbildung im wannseeFORUM Foto: Andi Weiland

Ob misslungener Digitalpakt, hilfloser Umgang mit sozialen Netzwerken oder Rückschritte beim Datenschutz ... – versäumt wurde, über Inhalte und Probleme der Digitalisierung durch Exklusion fördernde Strukturen und Mechanismen zu sprechen: vom fehlenden Internetzugang bis zum <u>Plattform-Kapitalismus</u>. Stattdessen rücken Nebenerscheinungen wie die Vor- und Nachteile des <u>Homeoffice</u> in den Mittelpunkt, das nur max. 25 % aller Arbeitsplätze betrifft, nicht wenige davon ohnehin in Kurzarbeit. In Kurzarbeit waren und sind auch ein Teil der Fachgruppenmitglieder.

Während diese Minderheit für ihre Selbstdarstellung in der neuen Zoom-, Big-Blue-Button- oder anderen Video-Wirklichkeit virtuelle Hintergründe aussucht, berichtet z. B. DIE ZEIT über das US-amerikanische Start-up Clearview, das aus illegal im Netz

gesammelten Bildern Algorithmen zur Gesichtserkennung entwickelt, die nicht-weiße Menschen diskriminieren, und diese an staatliche US-Behörden verkauft. Im Juni 2020 titelt <u>netzpolitik.orq</u> "Eine polnische Firma schafft gerade unsere Anonymität ab" und schreibt über PimEyes, die ihre kostenlose Suchmaschine mit Firmensitz in einem EU-Land ohne jede rechtliche Grundlage und Zustimmung mit mehr als 900 Millionen Gesichtern aus dem Internet speist. Die bildbasierte Kommunikation wird zum Sinnbild wachsender digitaler Disparität. Statt Vielfalt fördert das Netz zunehmend diskriminierende Ungleichheit. Die Pandemie wird wie in vielen Bereichen dabei zum Brennglas – ein Gemeinplatz, der sich leider nicht abnutzt, sondern überall zeigt: Auch das löbliche Ringen um die Einhaltung hoher Datenschutzstandards bei der Entwicklung einer App zur Covid-19-Bekämpfung in Deutschland hat als "Nebenwirkung" den Ausschluss von Menschen. Für Smartphones, die älter als fünf Jahre sind, funktioniert die App nicht, weil sie sinnvoller Weise auf neueste Technologien setzt, die Datenschutz über Dezentralisierung und Handylaufzeit durch Akkuschonung favorisieren. Damit stehen einerseits Nutzer*innen-Interessen im Mittelpunkt, während gleichzeitig Exklusion durch fehlende Konsumkraft und Medienkompetenz u. a. in den App-Einstellungen vorprogrammiert ist. 25 Mio. Downloads bis Ende 2020 zeigen die mangelhafte Akzeptanz. Deutlich werden gleichzeitig die Komplexität und der damit verbundene Spagat, die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen durch Digitalisierung lösen zu wollen und zu können. "Sie funktioniert – aber sie wirkt nicht" titelt ein Kommentar im ZDF und thematisiert die klaffende Lücke, die sich zwischen der Erwartung und der Realität auftut, wenn es um Problemlösung durch digitalisierte Unterstützung geht. Gedenk der enttäuschten Hoffnungen auf Teilhabe durch das Web 2.0 stellt sich ein Déjà-vu-Gefühl ein, das endlich dazu führen müsste, neben Investitionen in Hard- und Software, "digital Literacy", den Erwerb von Kompetenzen im Umgang mit Digitalisierung, in den Fokus zu rücken. Ob für Demokratie als politisches System oder den Wirtschaftsstandort – bei der Digitalisierung geht es längst nicht mehr nur um Zukunftsfähigkeit, sondern um existenzielle Fragen im Hier und Jetzt.

Auf stumm gestellt

Erst spät im Corona-Jahr 2020 rückte digital gestütztes Lernen vor allem im schulischen – und marginal im außerschulischen Bereich – in den Fokus der öffentlichen Diskussion, mindestens in den der Feuilletons. Auch hier kommen die meisten Stimmen aus dem Homeoffice, aus dem zurecht überforderte Eltern sich W-Lan und Rechner, Tablets und/oder Smartphones mit ihren Schulkindern teilen müssen. Über fehlende digitale Konzepte, technische Ausstattung und Kompetenz auf Seite der Lehrenden entsteht ein Klagechor, der jedoch viele Stimmen unterschlägt: Ohne Internetzugang, leistungsfähige Endgeräte und helfenden Eltern sind ein beträchtlicher Teil von Kindern und Jugendlichen dauerhaft auf stumm gestellt. Für sie geht es oft nicht um die Frage nach der Datenschutzsicherheit der Videokonferenzsoftware oder um die Stabilität der

Lernplattform, sondern um den grundlegenden Anschluss an die Gesellschaft, um minimale Teilhabe (vgl. z. B. IW-Report 2020).

Mündet die Euphorie des Web 2.0 für alle in der bitteren, längst vor Corona aufgestellten These, dass statt Inklusion eher Exklusion überwiegt – als Grundsatzfrage für die Zukunft gesellschaftlicher Entwicklung? Wie funktioniert die digitalisierte Gesellschaft? Wie sollte sie gestaltet sein, um Teilhabe aller zu gewährleisten, um Prinzipien und Werte der Demokratie nicht nur abzusichern, sondern sie aktiv zu befördern?

Haben wir ja schon immer gesagt

Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Fachgruppe Digitale Medien und Demokratie seit Programmbeginn. Verbunden waren damit als Arbeitsauftrag von Anfang an gesellschaftspolitische Inhalte zur Digitalisierung, Fragen zu In- und Exklusion ebenso wie Tools für digital gestütztes Lernen als Gegenstand der Entwicklung und Erprobung neuer Ansätze von Lernen mit Medien über Medien. So konnte die Fachgruppe einerseits schnell auf Erfahrungen z. B. mit Videokommunikation zurückgreifen oder mit dem Einsatz von webbasierten Tools wie Kohoot-Quiz oder Mentimeter-Umfrage in Präsenzseminaren agieren. Andererseits war aus der Erfahrungen mit Onlinephasen vor, zwischen oder nach Seminaren in den Bildungsstätten leider auch die exkludierenden Elemente digitalen Lernens für die Fachgruppe nicht neu. Bekannt auch der Schmerz, statt aufgrund fehlender Stabilität von barrierefreier, datenschutzkonformer Open-Source-Software auf verlässlich laufende, kommerzielle Dienste zurückgreifen zu müssen.

Als Beispiel dafür steht die Entscheidung der Fachgruppenmitglieder, in Seminaren Zoom zu nutzen, das zur Verbesserung des Datenschutzes durch öffentlichen Druck gezwungen werden musste, statt Jitsi, ein unterstützenswertes, aber auch zu oft abstürzendes, technisch nicht ausgereiftes Projekt. Auch das Open-Source-Webkonferenzsystem BigBlueButton ringt, so die Erfahrung der Fachgruppe, noch immer um verlässliche Stabilität und intuitive Bedienung. Die aber ist grundlegend, um virtuell gestützte Seminare von Anfang an als positiv besetztes Lernerlebnis erfahren zu können und Internet- und Hardwareabstürze nicht als zusätzliche Frustrationsquelle zu etablieren. Im Datenschutz als Zusammentreffen eines Grundrechts und damit originären Themas von "Digitalen Medien und Demokratie" und der medienpraktischen Realität zeigt sich so sinnbildlich der Spagat für politische Bildung in diesen Zeiten. Der Umgang mit Digitalisierung muss also zu einem Kernthema politischer Bildung werden! Ein Kassandra-Ruf, der angesichts der aktuellen Lage den Fluch des Ungehörtseins noch immer nicht verloren zu haben scheint.

Cutting edge - der neuste heiße Schei*

Die reine 1:1 Übertragung von Lernsettings im physischen Raum auf Onlinelernangebote wurde aus den Vorerfahrungen durch die Fachgruppe verworfen, um auf die Erprobung von Netz-adäquaten, modularen Formen zu setzen. Noch Anfang März 2020 moderierten Fachgruppenmitglieder der Jugendbildungsstätte Kurt-Löwenstein, basa e. V. Bildungsstätte Alte Schule Anspach und Stiftung wannseeFORUM für die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb auf ihrer "1. Digikonferenz. Die Zukunft in der wir leben wollen?!" in Frankfurt am Main ein BarCamp-Modul im Präsenz-Modus. Im Mai fand schon das dreitägige BarCamp politische Bildung – vom ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V. ausgerichtet in Kooperation mit dem Open educational ressources/OER-Camp, von der basa unterstützt und mit Teilnahme weiterer Fachgruppenmitglieder – zum ersten Mal als reines Onlineformat statt. Hier konnte zwar auch "nebenbei" die Methode als Onlinelernangebot selbst erfahren und erlernt werden, aber im Mittelpunkt standen weiterhin Inhalte zu "Digitalisierung und Demokratie": Tag 1: Schwerpunkt Inklusion, Tag 2: Schwerpunkt OER-Camp, Tag 3: Mobile (Digital) Learning & Gaming. basa e. V. stellte hier z. B. das im Text "Canvas City und die digitale Konstruktion der Wirklichkeit" beschriebene Projekt vor.



Politische Jugendbildung im wannsee FORUM Foto: Andi Weiland

Erprobt wurde das Online-BarCamp-Format durch die Fachgruppe vorab als Veranstaltung mit allen Jugendbildungsreferent*innen im Programm "Politische Jugendbildung im AdB". Und auch online wurde das BarCamp-Format zum *cutting-edge-*Erfolgsprodukt. Dies zeigen etwa die Anfragen zur Mitarbeit von Fachgruppenmitgliedern z. B. aus dem wannseeFORUM durch Dritte für OnlineBarCamps im Bereich politische Bildung oder auch der Einsatz in Eigenseminaren

wie beim BarCamp-Tag der Pfingstakademie Jugendbeteiligung, die Fortbildung Opening Spaces Online oder zahlreiche Inhouse-Schulungen, die das ABC Bildungs- und Tagungszentrum Hüll für Dritte anbot.

Und die Systemrelevanz?

Neues passt leider oft nicht in alte Förderrichtlinien. Der AdB legte in Rekordzeit ein Förderprogramm auf und auch die bpb war sehr schnell, um Alternativen zur Finanzierung außerschulischer politischer Bildung zu ermöglichen. Insbesondere auf Landes- und kommunaler Ebene, so die Erfahrung der Fachgruppenmitglieder, ist die Förderung von digital durchgeführten Seminaren noch immer nicht geklärt, ebenso wie die finanzielle Unterstützung, um außerschulisches Lernen durch freie Träger überhaupt anbieten zu können. Andere Fördermittelgeber*innen verlangen auch für Online-Workshops physisch unterschriebene Teilnahmelisten, die nicht leistbar sind.

Spannende Möglichkeiten hier die Zusammenarbeit mit und Unterstützung von Schule für Lernen in Pandemiezeiten zu unterstützen, wurden vertan. Dies lag allerdings z. T. auch an Schulen, die trotz Überforderung wenig Interesse an Kooperationen zeigten. Systemrelevanz, so scheint es, wurde politischer Bildung nicht zugemessen.

Welche Rolle also spielt politische Bildung auch in Krisenzeiten? Zumindest in den Medien werden Diskussionen – auch erzwungen durch weltweite Ereignisse/Bewegungen wie black lives matter – weitergeführt. Spannende Diskussionen z. B. zu, aus diskriminierender Haltung geschriebenen, Algorithmen als Ausdruck von Rassismus, mussten und müssen in unseren Bildungsstätten warten, bis homeschooling-müde und schlecht ausgestattete Schüler*innen wieder in Bildungsstätten kommen konnten bzw. können. In 2020 waren nur ältere Jugendliche als Auszubildende oder in Freiwilligendiensten bereit und auf technischer sowie medienpraktischer Ebene in der Lage, digitale Seminarangebote anzunehmen. Der Text "Aus Präsenz mach Digital" aus der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein (s. u.) widmet sich einem solchen Seminar.

Irgendwas mit Medien? Film!

Zeit für die inhaltliche Auseinandersetzung mit "Digitalen Medien und Demokratie" in Präsenzveranstaltungen blieb zwischen den Covid-19-Wellen und Lockdowns vor allem in den Sommer- und Herbstferien. So z. B. in der Begegnungsstätte Schloss Gollwitz. Im Projekt "Modern Art und Medien" setzten sich Jugendliche mit der Wirkung von sozialen Medien und daraus entstehenden Spannungsfeldern auseinander und produzierten dazu Kurzfilme. Das Mädchenwochenende "Digitales Ich – Medien & Kritik, Tools & Tipps" legte seinen Schwerpunkt auf informationelle Selbstbestimmung, Recht

am eigenen Bild, die Auseinandersetzung mit Stereotypen und mündiges Handeln offund online.

Im ABC Hüll ging mit ausgefeiltem Hygienekonzept die Jugendbildungsarbeit ebenfalls weiter: So konnten das Seminar "Film. Sprache. Politik." stattfinden, zwei Wochen lang an dem Film-Bildungs-Projekt "Lingua Amoris" gearbeitet werden und sogar ein deutsch-ruandischer Fachkräfteaustausch stattfinden – mit Corona-Tests, Abstand, Masken, verschobenen Flügen und viel Flexibilität beim Umgang mit sich wöchentlich ändernden Rahmenbedingungen.

Film ist dabei nicht erst das Medium der Stunde, sondern wird von der Fachgruppe schon von Anfang an in ihren Lernsettings genutzt. Lange vor pandemie-bedingtem Homeschooling hat sich YouTube zum Leitmedium und Alltagsort – auch für selbstbestimmtes Lernen Jugendlicher entwickelt. Aus dem Ansatz der Lebenswelt- und Handlungsorientierung heraus nutzte daher auch die außerschulische Bildung schon lange den Film als Medium für inhaltliche Auseinandersetzungen und medienpraktisches Lernen, u. a., weil Filmproduktion für Jugendliche vielfältige Ausdrucksmöglichkeiten und damit – auch über Sprache hinaus – inklusive Zugänge hietet.

Auch deshalb arbeiten ABC Hüll und wannseeeFORUM seit 2015 im Netzwerk bewegtbildung.net mit und bringen diese Erfahrung in die Fachgruppe ein. Das interdisziplinäre Netzwerk von Akteur*innen aus den Bereichen politische Bildung, Medienpädagogik, Wissenschaft, Social Web und Webvideo, 2015 als ein gemeinsames Projekt der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb und mediale pfade.org – Verein für Medienbildung initiiert, erarbeitet seitdem aus unterschiedlichen Blickwinkeln einen Kriterienkatalog und formulierte damit aus Theorie und Praxis aller Beteiligten ein Angebot an Jugendbildner*innen und Multiplikator*innen, Webvideo in der eigenen Bildungspraxis einzusetzen. In der 2020 dazu entstandenen siebenteiligen Video-Serie kommentieren pro Video YouTube-Influencer*innen und Akteur*innen der politischen Bildung jeweils ein bis zwei der aufgestellten Kriterien. Zu "Lernzielen" und "Anschlussfähigkeit" floss so auch durch das wannseeFORUM ein Expert*innen-Kommentar aus Sicht der Fachgruppe "Digitale Medien und Demokratie" mit ein und betont den Stellenwert von Filmproduktion mit und von Jugendlichen in der politischen Jugendbildung.

Zoom bleibt

Leider stehen für die beteiligten Bildungsstätten weiter existenzielle Sorgen im Mittelpunkt. Ebenso ändert sich wenig an der mangelhaften Technikausstattung und Medienkompetenz bei Jugendlichen. Schulen sind als Kooperationspartner bei digitalen Lernformaten weiter zögerlich. Mit schwierigen Förderbedingungen sowie Kurzarbeit bei Fachgruppenmitgliedern beginnt auch 2021.

Gleichzeitig gehen die Videokonferenzen auch in der politischen Bildung weiter. Noch immer besteht Bedarf bei politischen Bildner*innen und Multiplikator*innen, sich über digital gestützte Lernformate der außerschulischen Bildung auszutauschen und fortzubilden. Noch immer lernen Menschen jeden Alters privat und im schulischen/beruflichen Kontext am liebsten spielerisch: Im Corona-Jahr boomt die Spielebranche bei digitalen wie bei Brett- und Kartenspielen. U. a. Escape-Rooms sind off- und online sehr beliebt. In der Fachgruppe entstand so zum Ende des Jahres 2020 die Idee, ein Lernsetting zu entwickeln, das – über die Krise hinaus – webbasiertes und offline Lernen mit Inhalten zur Digitalisierung von Gesellschaft verbindet. Mit dem Projektvorhaben geht die Fachgruppe ins zweite Pandemie-Jahr und richtet #trotzallem ihren Blick konstruktiv auch auf Chancen, die sich für die inhaltliche Auseinandersetzung mit "Digitalen Medien und Demokratie" und neue Lernformen bieten – verbunden damit ist die Hoffnung ebenso wie das Engagement der Fachgruppe, die Coronakrise nicht nur als Sichtbarmacher unzähliger Defizite zu begreifen, sondern als Verstärker, diese produktiv zu bearbeiten für eine konstruktive und wirksame Auseinandersetzung mit Digitalisierung.

Drei Fragen an ... Lena und Flo

Lena und Flo sind freiberuflich und Teil des Kollektivs <u>stuhlkreis revolte</u>, einem Zusammenschluss aus Moderator*innen, die neben- und hauptberuflich Bildungsprozesse begleiten, d. h. selbst Seminare organisieren, aber auch Gruppen bei der Durchführung von Workshops, internen Weiterbildungen, Teamtagen usw. unterstützen. Sie sind auch Kooperationspartner von Fachgruppenmitgliedern.

Welche Rolle haben Freiberufler*innen in der politischen Bildung?

Nach unserer Erfahrung wird politische Bildung zu einem sehr großen Teil von Freiberuflichen gestaltet. Projektwochen an Schulen, Seminare in Bildungshäusern, Weiterbildungen für Kolleg*innen; oft werden diese von Menschen mit Honorarvertrag (leider manchmal auch Werkvertrag) umgesetzt. Hinzu kommen unzählige Bildungsinitiativen und Themennetzwerke, deren Mitglieder ihre Arbeit darin freiberuflich organisieren (müssen). Freie sind also für einen großen Teil der praktischen politischen Bildungsangebote mit den Teilnehmenden verantwortlich.

In unserer Wahrnehmung geht unsere Rolle aber noch darüber hinaus. Häufig werden Seminarthemen von uns selbst ausgestaltet und vorbereitet. Und in Kontexten in denen Seminarhäuser oder Netzwerke standardisierte Angebote vorgeben, sind freiberufliche Bildner*innen oft in die Erarbeitung und Weiterentwicklung der Formate involviert.

Und viele von uns verbringen nicht wenig Zeit mit dem Besuch von Netzwerkveranstaltungen oder Kongressen und der informellen Kontaktpflege zu Träger*innen und Kooperationspartner*innen. Uns passiert es nicht selten, dass aus diesen Gelegenheiten zum Austausch die Ideen für neue Seminare, Reader oder Methoden entstehen. Was uns natürlich freut, schließlich liegt uns unsere Arbeit und die politische Bildung am Herzen; wir wollen an dieser Stelle aber auch darauf hinweisen, dass dies in der Regel für uns unbezahlte Arbeit ist.

Was wusstet ihr schon immer, (dass es geht) und es brauchte erst die Corona-Krise, damit dies bei allen ankommt?

Freiberuflich in der politischen Bildung tätig zu sein ist prekär. Das ist hoffentlich keine neue Erkenntnis. Für viele Freie ist müßiges Verhandeln um jeden Euro Honorar, immer wieder darauf hinweisen, dass es eigentlich nicht ok ist, den Honorarvertrag erst auf oder nach der Veranstaltung zu bekommen und ständige Unsicherheit, ob nächsten Monat genug Aufträge reinkommen, gewohnte Lebensrealität. Diese Unsicherheit wurde durch die Pandemie und das Wegfallen vieler Aufträge natürlich größer. Viele von unseren Kolleg*innen haben im vergangenen Jahr Schulden aufnehmen müssen oder waren gezwungen, ihre Arbeit in der politischen Bildung ganz aufzugeben.

Es gab aber auch positive Erfahrungen. Zur Absage-Welle im März 2020 wurden wir von vielen unserer Auftraggebenden sehr positiv überrascht. Sie riefen uns von sich aus an, fragten, wie schlimm die Situation sei und haben versucht mit uns Lösungen zu finden. Vom Bezahlen der bereits geleisteten Vorbereitungsarbeit über Zahlen von Ausfallhonoraren und Zusicherung zur Durchführung eines Ersatztermins im Herbst bis hin zu Auszahlung des geplanten Honorars, weil es irgendwie möglich war und verstanden wurde, dass Freiberufliche nicht in Kurzarbeit gehen können, sondern unser Einkommen von heute auf morgen auf null Euro im Monat gesunken war. Einige Träger haben verstanden, dass, wenn sie ihren Druck an uns Freie weiterreichen und wir unsere Existenzgrundlage verlieren, in Zukunft eventuell niemand mehr da ist, um ihre Projekte umzusetzen. Wir hoffen, dass diese kollegiale Perspektive auch nach Corona erhalten bleibt und es normal wird, Freie nicht nur als Dienstleister*innen zu sehen, sondern als Kolleg*innen, deren prekäre Arbeitsbedingungen alle etwas angehen.

Der Wechsel zum digitalen Arbeiten war für alle eine Herausforderung und wurde von Beginn an breit diskutiert. Deswegen wollen wir hier nur kurz auf zwei Punkte eingehen, die uns wichtig sind und die wir in der Diskussion zu selten wahrnehmen: Zum einen haben digitale Angebote es ermöglicht, Teilnehmende in unseren Seminaren zu sehen, die bisher mit politischer Bildung wenig erreicht wurden. Sei es, weil der Computer barriereärmer ist als die Seminarhäuser, in denen wir sonst sind. Oder weil ein Freitagnachmittag von zuhause besser mit den Anforderungen und Verpflichtungen des eigenen Lebens vereinbar ist, als ein Wochenende zu einem Seminar am anderen Ende der Republik zu fahren. Hier sehen wir eine Entwicklung, von der wir uns wünschen, das sie bleibt und zu einem breiteren Diskurs um die Zugänglichkeit politischer Bildung wird.

Zum anderen sehen wir ähnliche Ausschlüsse, die auch davor schon da waren. Auch wenn Online-Seminare kostenfrei angeboten werden, kostet der Zugang Geld. Menschen brauchen die technische Ausstattung um teilnehmen zu können, sie brauchen einen ruhigen Ort, von dem aus sie teilnehmen können. Das ist nicht für alle Menschen gegeben. Hierfür braucht es Lösungen. Vereinzelt haben wir es mitbekommen, dass Schulen allen Schüler*innen Geräte und Einzelräume zur Verfügung stellen konnten oder Träger Leihlaptops an Teilnehmende verschickt haben. Vielleicht kann hier eine Parallele zu Fahrtkostenübernahme entstehen, die für Menschen Zugang schafft.

Insgesamt können wir uns gut vorstellen, dass ein Teil des Online-Arbeitens auch nach der Pandemie bleibt. Es bringt viele Chancen und Möglichkeiten mit sich. Ehrlicherweise wollen wir aber auch die Grenzen, die wir erlebt haben, benennen: Austauschformate, das Anbieten von Wissen und Diskussion sind durchaus gut online zu machen. Wo wir immer wieder an Grenzen gestoßen sind, sind Angebote im Bereich Empowerment. Wir wissen nicht genau woran es liegt, aber hier sehen wir etwas, das mit unseren bisherigen Ideen und Ansätzen online nicht wirklich zu ersetzen ist. Viele Teilnehmenden haben uns nach Online-Seminaren zu Empowerment-Themen zurückgemeldet "dass der Funke irgendwie nicht übergesprungen ist" und "dass das

schon nett war, aber dann mache ich meinen Laptop zu und fühle mich doch wieder allein!" Diese Eindrücke teilen wir. Und Empowerment ist ein so wichtiger Teil der politischen Bildung.

Wir freuen uns, wenn digitales Arbeiten als Möglichkeit erhalten bleibt. Wir freuen uns noch mehr, wenn Auftraggebende auf uns zukommen und mit uns gemeinsam anhand ihrer Ziele das passende Format finden. Und wir hoffen, dass dieses gemeinsame Entscheiden auch nach der Pandemie so bleibt.

Welche drei Dinge sollten für die politische Bildung nach der Coronazeit bleiben, die sie besser macht?

Wir können nicht genau sagen, ob diese Dinge schon überall "da" sind. Aber wir haben sie erlebt und wünschen uns mehr davon:

- Aushandlungen zwischen Freien und Träger*innen auf Augenhöhe, welche mit einbeziehen, dass es möglich sein muss, davon zu leben ohne ständig Existenzängste haben zu müssen! Es muss zur Normalität werden, dass Arbeitsbedingungen gemeinsam und miteinander verhandelt werden, dass Bildungshäuser nicht einfach Honorar und Vertragsbedingungen vorgeben und uns nur "take it or leave it" bleibt.
- Zu politischer Bildung gehört es für uns auch, klare Kante gegen Rechtspopulismus zu zeigen. Mit Corona-Leugner*innen hat diese Strömung aktuell ein weiteres Bild bekommen. Egal in welcher Form auch immer, wir gehen leider davon aus, dass autoritäre und antidemokratische Einstellungen sich weiterverbreiten. Für die politische Bildung wünschen wir uns zum einen stärkeren Austausch darüber, wie wir damit umgehen, wenn Menschen diese Positionen in unseren Angeboten vertreten. Zum anderen wünschen wir uns von unseren Auftraggebenden Rückendeckung, wenn wir diesen Positionen mit einem klaren "Stopp" oder in krassen Fällen auch mit Ausschluss begegnen.
- Wir wünschen uns, dass Austausch und Solidarität bleiben und zunehmen!

Hier wollen wir auch noch kurz auf <u>Netzwerke</u> hinweisen, die dazu in den letzten Jahren entstanden sind: In Berlin organisieren sich seit einiger Zeit Festangestellte und Freiberufliche aus der Bildungsarbeit gemeinsam. In der daraus entstanden Gruppe "Solo, aber nicht allein – Initiative selbstständiger Bildungsarbeiter*innen" organisieren sich Kolleg*innen bundesweit, im Oktober gab es das erstes bundesweite Vernetzungstreffen "MACHT Strukturen", Kolleg*innen der Museen- und Gedenkstättenarbeit organisieren sich im Netzwerk "Geschichte wird gemacht" und immer mehr Hausteams bilden eigene Interessensvertretungen.

Bericht aus der Praxis

Aus Präsenz mach Digital!

Über die Erfahrungen mit dem pandemiebedingten Umstieg auf Online-Formate, Herausforderungen und Chancen von digitalen Seminarangeboten.



Aus Präsenz mach Digital!
Foto: Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein

Ein Smartphone reicht

Bedingt durch die äußeren Umstände der Verordnung zur Eindämmung der Corona-Pandemie hat sich der Fokus auf die Idee der Umsetzung von Online-Seminaren im Frühjahr des Jahres 2020 zwangsweise verstärkt. Diese waren vor allem mit jungen Erwachsenen möglich, die im Rahmen ihrer jeweiligen Ausbildung oder Weiterbildung gern an einer Veranstaltung teilnehmen wollten, die ohnehin geplant war, und die über die notwendige technische Ausstattung verfügten. In einigen Fällen konnten wir dank unserer eigenen Ausstattung aushelfen und einzelne Geräte für den Gebrauch bei unseren Veranstaltungen verleihen. Mutig probierten sich die Auszubildenden aus dem pädagogischen Bereich von Fachschulen und Universitäten aus, die plötzlich in der Methodenschulung "Digitalisierung erfahrbar machen" die Digitalisierung selbst erfuhren.

Die Teilnehmenden konnten über Computer, Laptop, Tablet oder zum Teil Smartphone an den Online-Seminaren teilnehmen. Die Möglichkeit über Smartphone zwischenzeitlich mindestens akustisch an den Veranstaltungen teilzunehmen, ermöglichte es einigen Personen Diskussionen zu folgen und sich zugleich den eigenen Kindern zu Hause zu widmen oder auf dem Spielplatz auf die kleineren Geschwister aufzupassen, deren Schulen ebenfalls geschlossen waren.

Per aspera ad astra – Durch Mühsal gelangt man zu den Sternen

Aufbauend auf unseren Erfahrungen im E-Learning-Bereich und der Arbeit mit dem Themenbereich Digitalisierung konnten Online-Alternativen für Seminare entwickelt werden. Diese mussten aufgrund erneuter Corona-Regeln zum Teil sehr kurzfristig entstehen. Hierbei wurden die didaktischen Prinzipien, uns an unseren Zielgruppen und ihren Interessen, Erfahrungen und Lebenswelten zu orientieren, wie gewohnt beibehalten. Viele Methoden, die wir in Präsenzveranstaltungen nutzen, seien es Methoden zu biographischen Bezügen, Meinungsbarometer oder Rollenspiele, ließen sich auch in Online-Seminaren erstaunlich gut umsetzen. Hierbei war eine Nutzung von Videokameras, falls vorhanden, sehr hilfreich, um den menschlichen Bezug beizubehalten und nicht nur als Namenskachel in einer Namenskachelsammlung unterzugehen. Zum anderen wurden auf Whiteboards und in Kollaborationstools virtuelle Sitzkreise oder Aufstellungen gebildet, um zumindest als Avatare gemeinsam in einem virtuellen Raum zu sein. Wichtigstes Werkzeug war stets die Interaktionsmöglichkeit, sei es in einem Kollaborationstool oder im Chat, in dem das Seminar durch persönliche Anmerkungen, Tipps und Links ergänzt wurde.

Wir haben uns nach langer Recherche und nach vielen Diskussionen für die Plattform Zoom entschieden – nachdem diese ihre Sicherheitsvorkehrungen entsprechend der europäischen Datenschutzrichtlinien angepasst hat. Grund für die Entscheidung war, dass Zoom für viele Teilnehmende eine intuitiv zu bedienende Oberfläche anbietet und über viele Funktionen verfügt, die sowohl bei Interaktionen als auch Methoden hilfreich sind. Grundlegend wurde trotz aller vermeintlicher Simplizität von Programmen klar, dass es immer Personen mit technischen Schwierigkeiten gibt, denen mittels paralleler Chat- oder Telefonhilfe Zugang und Teilhabe am Seminar verschafft werden musste. Mikrofonkonfiguration und andere Einstellungsfragen mussten erklärt werden. Oder es waren einfach beruhigende Worte notwendig, weil Windows plötzlich ein Update durchführte. Diese Erfahrungen haben dazu geführt, dass in allen Folgeveranstaltungen Testdurchläufe durchgeführt und Vorlaufzeit zum Ausprobieren der Technik eingeplant wird, um allen die Teilnahme zu ermöglichen.

Im Zentrum der Veranstaltungen lag die Auseinandersetzung mit dem eigenen Mediennutzungsverhalten und populistischen sowie diskriminierenden Phänomenen und demokratiefeindlichen Einstellungen im digitalen Raum. Anhand der eigenen Nutzung von Internet, Smartphones und Apps wurden Datensicherheit, digitale Identität und Algorithmen thematisiert, die eine starke Auswirkung auf die Wahrnehmung von gesellschaftlichen Diskursen und somit auch auf die Wahrnehmung politischer Inhalte haben. Zum Beispiel wurden in Kleingruppen Fake News untersucht, auf "Quellenjagd" gegangen und Möglichkeiten vorgestellt, Quellenkritik zu üben und Webseiten zu nutzen, die sich Fake News und Verschwörungserzählungen annehmen.

Durch Rollenspiele in Zoom in Kleingruppen (sogenannten Breakout-Sessions) konnten die Auszubildenden im pädagogischen Bereich die Gefahr selbstreferentieller digitaler Räume ("Filter Bubbles") erfahren und wir konnten verdeutlichen, wie wichtig die eigene Meinungsäußerung ist, um nicht einer lautstarken Minderheit den öffentlichen Raum zu überlassen, die sich hauptsächlich fremdenfeindlich äußert. Im gleichen Zuge haben wir Möglichkeiten von Counter-Speech (die Bearbeitung von Hate Speech), u. a. Moderation, Hinterfragen oder Karikieren vorgestellt. Uns war es wichtig, dass die Teilnehmenden die Notwendigkeit einer demokratischen Haltung in sozialen Medien verstanden, zugleich aber Möglichkeiten der Selbstwirksamkeit kennenlernten, die sie für sich nutzen konnten, aber ebenfalls an ihre zukünftige Zielgruppe weitergeben können.

Die Teilnehmenden konnten online an Projekten und Produkten arbeiten, wie wir es auch bei Präsenzveranstaltungen tun. Hierbei konnten die inhaltlichen Themen mit einem kreativen, medialen und handwerklichen Lernprozess verbunden werden, der selbst gesteuert und praxisbezogen Beteiligung, Aushandeln, Kooperation und Kommunikation erfahren ließ. Dabei konnten einige Angebote wie z. B. das Programmieren mit Scratch oder digitale Selbstverteidigung besonders aufblühen, da sie eine aktuelle Brisanz besaßen oder sich für die digitale Weiterarbeit mit der eigenen Zielgruppe eignen, mit der die Auszubildenden und Studierenden möglicherweise später arbeiten. Auch das Programm "Bookcreator" wurde neben Padlet schnell beliebt, um sich gegenseitig Wissenssammlungen kreativ zu präsentieren. Es wurde viel erprobt, aber auch viel erlebt. Im Seminar "(Netz-)Gesellschaft ohne Hasskultur" konnte live auf Verschwörungserzählungen rund um Corona und Falschnachrichten eingegangen werden, die wie oben beschrieben, behandelt wurden, aber eine tagesaktuelle Brisanz besaßen. Insgesamt waren die Teilnehmenden erstaunt, wie mit interaktiven Methoden Online-Veranstaltungen spannend gestaltet werden können und nahmen viele Methoden für ihre eigene Arbeit mit.

Die Stärken und Schwächen des Digitalen: Eigentlich nichts Neues, aber trotzdem was Neues

Für viele Teilnehmende waren die von uns angebotenen Online-Veranstaltungen die erste Erfahrung mit Videokonferenzen und länger andauernder Online-Arbeit. Wir konnten feststellen, dass eine anfängliche Klärung der besonderen Umstände von Online-Kommunikation hilfreich war, damit die Teilnehmenden sich wohlfühlten, indem sie z. B. ihr eigenes Bild ausstellen konnten, alle oder wenige Personen gleichzeitig sehen konnten oder gänzlich auf Bilder verzichteten. Besonders bei Personen mit Kamerascheu, ADHS oder Hypersensibilität haben diese Einstellungsmöglichkeiten entsprechend ihrer Vorlieben zu einem größeren Wohlbefinden geführt.

Schnell war zu merken, dass viele Teilnehmende es nicht gewohnt waren, lang an Bildschirmen zu arbeiten. Hier mussten Methoden einbezogen werden, die die Teilnehmenden zu Bewegung und Erkundung der eigenen Umwelt animierten. U. a. begaben die Teilnehmenden sich auf historische Spuren in ihrem Kiez oder dokumentierten Auffälligkeiten entsprechend einer Aufgabenstellung zu Themengebieten von Fake News und digitaler Vernetzung im Alltag. Der Einbezug des eigenen Smartphones, mit dem Ergebnisse zu einem digitalen Whiteboard oder Padlet hochgeladen werden konnten, bereicherten parallel zur inhaltlichen Auseinandersetzung die technischen Kompetenzen der Teilnehmenden.

Mit Hilfe von Padlet und anderen Whiteboard-Werkzeugen konnten viele Methoden adaptiert werden. Später wurden auch eigene Warm-Ups und Methoden entwickelt, die in Online-Fortbildungen weitergegeben wurden und über die reine Adaption hinausgehen. Z. B. haben sich Auswertungen bewehrt, bei denen die Teilnehmenden Memes erstellen, die ohnehin Teil des Online-Lebens sind oder Kommentare schreiben, was auch aus sozialen Medien bekannt ist.

Die gesammelten Kenntnisse ermöglichen eine Weiterarbeit mit Online-Veranstaltungen als Bildungsformat über die "Coronajahre" hinaus, bei denen Gefahren und Chancen der Digitalisierung sehr direkt erfahrbar gemacht werden können und gleichzeitig zu mehr Kollaboration und positiver Kommunikation im digitalen Raum ermutigt werden kann.

Marc Rüdiger, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.

Bericht aus der Praxis

Canvas City und die digitale Konstruktion der Wirklichkeit



Canvas City in Game Foto: basa e. V.

Medien haben (schon lange) keine reine vermittelnde Funktion mehr, vielmehr sind sie gesellschafts- und subjektkonstituierend: In ihrer Nutzung entstehen sie und mit ihr die soziale Wirklichkeit. Medien schaffen im Moment ihres Erscheinens etwas Neues, bei dem sie im Entstehen ihren mittelnden Charakter verlieren – ein paradoxes Verhältnis. So wie Videokonferenztools wie Zoom nicht nur eine audiovisuelle Verbindung zwischen Personen herstellen, sondern gänzlich andere Arbeitsweisen und -verhältnisse hervorbringt, ändert allgemein gesprochen Digitalisierung nicht nur die Art und Weise, wie wir Medialität denken können. Das für das alte Web 2.0 so prototypische Entstehen von medialen Inhalten vor, während und durch die Nutzung wird ersetzt durch eine sozial erweiterte Realität, in der Technologie nicht ein Add-on ist, sondern die Grundlage der Erfahrung und Konstruktion sozialer Wirklichkeit. Medien sind in diesen Zeiten digitaler Transformationsprozesse selbst spezifische Denk-, Handlungs- und Artikulationsform. In Konsequenz leben wir die digitale Konstruktion einer/unserer/vieler Wirklichkeit(en).

Was stellen wir mit dieser Erkenntnis in der politischen Bildung an? Man kann versuchen, das Mediale einzuhegen und Privatsphäre-Einstellungen zu diskutieren. Oder man kann versuchen, die dahinterliegende Technologie zu durchdringen und jenseits medialer Wirklichkeit den Kern des Digitalen und ihrer spezifischen Technologien zu verstehen. Beides verbleibt entweder an der Oberfläche oder scheitert an der Komplexität der Gegenstände. Um diese ebenso abstrakten, wie komplexen Themen besprechbar zu machen hat basa e. V. in Zusammenarbeit mit medialepfade.de das Spiel Canvas City entwickelt.

Canvas City ist ein mobiles, geodatenbasiertes AR-Multiplayerspiel für den Bildungsbereich. Das Spiel wird als geschlossene Session innerhalb von rund vier Stunden mit bis zu 30 gleichzeitigen Spieler*innen auf demselben Spielfeld (im öffentlichen Raum) gespielt. Es soll innerhalb von Veranstaltungen der außerschulischen Jugendbildung gespielt werden und richtet sich an junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren.

Der Begriff "Augmented Reality" oder kurz AR bezeichnet eine aktuelle technologische Entwicklung, bei der das Live-Kamerabild um zusätzliche Informationen ergänzt wird. Wir sehen etwa über das Display eines Handys oder Tablets das Livebild der Kamera. In dieses Livebild werden über eine Software/App im Gerät nun in Echtzeit computergenerierte und animierte Bilder eingefügt, und zwar so, als befänden sie sich wie Objekte im Zimmer vor der Kamera. Bekannte Beispiele sind etwa Pokemon Go oder die Ikea Place App.

Canvas City setzt auf AR, weil durch diese Technologie Möglichkeits- und Erfahrungsräume eröffnet werden, die jenseits realer Objekte und materieller Wirklichkeit liegen. Imaginäres, Außergewöhnliches, Nicht-Existentes oder Nicht-Zugängliches kann erfahrbar gemacht werden. Alles, was sich bildlich darstellen und imaginieren lässt, kann der erweiterten Realität auch hinzugefügt werden. Wo sonst können Künstliche Intelligenzen als Avatare durch den Park schweben? Indem die Realität digital überformt und quasi überschrieben wird, können auch abstrakte Bildungsinhalte wie Digitalisierung erfahrbar und besprechbar werden. Die Spielenden können in der AR-Welt von Canvas City Dinge platzieren, ausprobieren und manipulieren. Canvas City ist ein pädagogischer Raum, der im Rahmen eines Spiels zu Bildungszwecken Probehandeln im Kontext technologievermittelter, gesellschaftlicher Dilemmata ermöglicht.

Alle Spieler*innen spielen mit einem eigenen Tablet. Sie werden dabei eingeladen, an der Welt von Canvas City teilzunehmen. Sie sind Bewohner*innen dieser imaginierten Stadt, arbeiten in den Fabriken von Canvas City und stecken Prozessoren zusammen. Wegen ihrer guten Leistung werden sie eingeladen, noch mehr für die zentrale künstliche Intelligenz, die die Stadt steuert, zu machen. Ihre Mission ist es, neue Datenquellen zu erschließen. Gerade erst haben sie ihre neue Arbeit aufgenommen, da kommen andere künstliche Intelligenzen ins Spiel und stellen den Sinn dieser Tätigkeit in Frage. Die Spieler*innen müssen sich mehrfach entscheiden für wen und mit wem sie arbeiten und positionieren sich so auch zu anderen komplexeren Fragen der Digitalisierung.

Durch das Spiel wird es im Anschluss möglich, über abstrakte Themen, wie algorithmische Entscheidungsfindung, Smart City, neue Arbeitsmodelle der Digitalisierung und ethische Fragen der Beziehung zwischen Menschen und künstlichen Intelligenzen zu sprechen.

Die Frage "... ob Digitalisierung?" ist schon lange entschieden, wohl aber können und müssen jetzt die Diskussionen geführt werden, wie die emanzipatorischen und demokratisierenden Potenziale gestärkt werden können. Unseres Erachtens nach ist es für die Fragen von Technikfolgen nicht zentral, jedes technische Detail einer technologischen Neuerung verstanden zu haben oder ausschließlich die eigenen Nutzungskompetenzen auszubauen. Vielmehr ist es von Bedeutung, das Gewachsenund Eingebettet-Sein in gesellschaftspolitische Verhältnisse zu erkennen. Technologien beraten uns in ihrem kommunikativen und interaktiven Charakter nicht nur hinsichtlich des nächsten Einkaufs oder erfassen unsere Kalorienverbrennung, Technologien "schaffen nicht nur einen interpretatorischen Rahmen der Ausdeutung eines bestimmten Verhaltens, sondern etablieren einen technisch determinierten Referenzund Präferenzrahmen, in den hinein wir uns mit unserem Leben entwerfen" (Reichert 2013, S. 64). In diesem Sinne ist Canvas City ein Projekt, das die Diskussion um neue und zukünftige Technologien politisieren und spielerisch in gesellschaftliche und demokratische Zusammenhänge einbinden möchte. Gespielt haben wir wegen Corona bisher nur mit Testpersonen aus dem Feld von Multiplikator*innen, aber das soll sich ändern, sobald es die Pandemie zulässt.

Anna Krämer, basa e. V. Bildungsstätte Alte Schule Anspach

Literatur

IW-Report (2020): Häusliches Umfeld in der Krise: Ein Teil der Kinder braucht mehr Unterstützung – Ergebnisse einer Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels (<u>SOEP</u>) Reicherts, Ramón (2014): Die Macht der Vielen. Über den neuen Kult der digitalen Vernetzung. Bielefeld: transkript Verlag

Zugriff auf alle in dieser Publikation benannten Internetquellen: 15.02.2021.

Mitglieder der Fachgruppe "Digitale Medien und Demokratie"

Annika Hempel Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz www.schlossgollwitz.de/de hempel@stiftunggollwitz.de

Dr. Anna Krämer basa e. V. Bildungsstätte Alte Schule Anspach www.basa.de anna.kraemer@basa.de

Marc Rüdiger
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.
www.kurt-loewenstein.de/de
m.ruediger@kurt-loewenstein.de

Annette Ullrich Stiftung wannseeFORUM www.wannseeforum.de ullrich@wannseeforum.de

Henning Wötzel-Herber ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V. www.abc-huell.de hwh@abc-huell.de



Jahresbericht 2020 – Programm Politische Jugendbildung im AdB

Superspreading Ideen aus der Lockdown-Erfahrung: Außerschulische politische Bildung als Impfstoff gegen rassistische Kategorien, Lupe zur Analyse aktueller gesellschaftlicher Diskurse und sozialisationsrelevanter Wert

Bericht der Fachgruppe "Flucht und Migration"

Fünf Tage nach dem rassistischen Anschlag in Hanau und drei Monate vor der Tötung von George Floyd durch rassistische Polizeigewalt, fand Ende Februar 2020 die Zentrale Arbeitstagung "Politische Jugendbildung des AdB" statt, deren inhaltlicher Schwerpunkt von der Projektgruppe "Flucht und Migration" bestimmt, konzipiert und umgesetzt wurde. Damals ahnte noch niemand, dass es für eine längere Zeit die letzte Möglichkeit zur gemeinsamen Arbeit in Präsenz sein sollte. Im Fokus standen der diskriminierungskritische Blick auf die eigene Arbeit.



Kamera läuft. Und Action! – Erklärfilme, die das Ankommen erleichtern Foto: Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg

Bildung is' uncool oder was?

Ziel der Zentralen Arbeitstagung (ZAT) war es, die Auseinandersetzung der Jugendbildungsreferent*innen mit diskriminierungskritischen Perspektiven in Bezug auf die eigene Arbeit zu erweitern. Verschiedene Aktivitäten zur Thematisierung von

Machtunterschieden, Strategien des "Otherings", dem Verhältnis von Mehrheiten und Minderheiten sowie zur selbstkritischen Auseinandersetzung mit Privilegien mündeten in einem Workshop mit der Erziehungswissenschaftlerin und Aktivistin in der Black Community Aretha Schwarzbach-Apithy. Sie fokussierte in ihrem Workshop den Wert oder auch das Privileg von "Bildung". Die Irritation bei den Teilnehmenden erfolgte prompt: Aretha Schwarzbach-Apithy sprach von gemeinhin "rassistischer Bildung".

Bildung gilt in der Regel als Zugangsvoraussetzung, um überhaupt am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Bildung schützt angeblich vor Armut. Das Recht auf Bildung ist eine zentrale Kategorie der Kinder- und Menschenrechte und wird immer wieder eingefordert, ist es doch trotz langer sozialer Kämpfe nicht für alle Menschen umgesetzt. Bildung gilt als Schlüssel zur Emanzipation und damit auch zur Befreiung aus den Ketten der Sklaverei, wie es z. B. auf der Website der österreichischen "Entwicklungshilfeklubs" dargestellt ist. Gibt es daran etwas zu kritisieren? Es ist doch gut, wenn das Recht auf Bildung endlich global umgesetzt werden würde, nicht wahr? Dass, was eben landauf, landab als anstrebenswert beschrieben wird, soll rassistisch sein? Wie jetzt?

Durch eine Reihe von Beispielen machte Aretha Schwarzbach-Apithy schnell deutlich, dass die Bildung, wie sie mehrheitlich verstanden wird, schon aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte aus der Aufklärung heraus strukturell stark von Rassismen durchdrungen ist, diese reproduziert und unkritisch verfestigt. Sie führte aus, dass rassistisches Denken funktioniert und funktioniert hat durch die Unterteilung von Menschen, die Bildung erfahren können bzw. konnten und eben jenen, die dies angeblich nicht können. Auf den Philosophen Immanuel Kant gehe ein Ordnungssystem zurück, in dem Mitteleuropäer*innen auf der höchsten Stufe der "Bildungsfähigkeit" stehen, während andere Menschen daran gemessen herabgesetzt wurden bzw. werden.

Bereits in Vorgesprächen zum Workshop stellte die Referentin klar, dass es nicht reicht, den Räumen eine neue Farbe zu geben, d. h. das klassische Bildungsverständnis ein wenig zu reformieren. Nein, Bildung müsse vom Fundament her neu gedacht werden, um im architektonischen Rahmen zu bleiben.

Rumms, das saß! Wer nun denkt, es handle sich um Einzelmeinungen im Sinne einer "Critical Whiteness Kampagne", der*die muss enttäuscht werden. Ob nun das Domradio zu Köln (vgl. Gepp 2020) oder auch eine wissenschaftliche Abhandlung innerhalb des von Schwarzbach-Apithy kritisierten Bildungssystems – beide gehen in die gleiche Richtung: Immanuel Kant war ein Rassist, die Würde des Menschen galt nicht für alle Menschen und der von Kant generierte Bildungsbegriff diente dabei als Ausgrenzungsschablone (vgl. Hong 2011). Dieses kritische Hinterfragen von "klassischer Bildung" als Wert finde nicht statt, so die Meinung der Referentin.

Es war ein intensiver und selbstkritischer Beginn und Impuls zum Anfang eines – wie es sich bald herausstellte – ungewöhnlichen Jahres! Zu allem was hier benannt wurde, verhält sich die Pandemie wie ein Brennglas, das diskriminierende Strukturen und Denkweisen neu entfacht und aus dem Unsichtbaren hervortreten lässt. Der Workshop von Aretha Schwarzbach-Apithy bot für die kommende Entwicklung ein wichtiges Analyseinstrument. Er legte eine Reihe von wichtigen Erkenntnissen im Bereich Rassismus und Diskriminierung offen, zu denen die vorhandenen Strukturen und Denkarten im Alltag – bewusst und unbewusst – beitragen.

Rassistische Diskurse in der "epidemischen Notlage" erkennen und diesen begegnen

In den Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, mit denen sich die Fachgruppe inhaltlich beschäftigt, gab und gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass auch während der Pandemie und im Lockdown Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierungen keineswegs in den Hintergrund treten. Vielmehr bildet sich hier auf sehr konkrete Weise ab, was unter dem Konzept des "Othering" – des "Fremd-Machens" – zu verstehen ist: Der "Konstruktion des Anderen", das als nichtzugehörig und abweichend von der Dominanzkultur kategorisiert, abgewertet und abgeurteilt wird (vgl. Institute for Art Education 0. J.). Dies betraf insbesondere BIPoC (Black, Indigenous, People of Color), asiatisch gelesene Menschen, Jüdinnen/Juden, Geflüchtete und Menschen mit Migrationsbiografien. Sie alle wurden und werden in unterschiedlichen Kontexten verdächtigt oder beschuldigt, zur Verbreitung der Pandemie beizutragen. Die Diskriminierungsdiskurse fanden keineswegs jenseits der Öffentlichkeit im Verborgenden statt, wie eine Kolumne von Martin Klingst bei Zeit-Online vom 25.05.2020 verdeutlicht: Nicht die sozialen Umstände und strukturellen Gegebenheit wurden kritisch in Bezug auf das Pandemiegeschehen hinterfragt, sondern einzelne Menschen bzw. konstruierte Gruppen wurden verantwortlich gemacht (vgl. Klingst 2020).

Wir zeigen im Folgenden an einigen weiteren ausgewählten Beispielen, wie deutlich die Zusammenhänge zwischen gelesener Herkunft und Diskriminierungen im Kontext von Corona angenommen und insbesondere von Medien- und Politikvertreter*innen, frei nach oben erwähntem Kant'schen Ordnungssystem, wiederholt reproduziert wurden.

Zuallererst und bereits vor Ausbruch der Pandemie in Deutschland bekamen ostasiatisch gelesene Menschen rassistische Anfeindungen zu spüren. So verwiesen Amnesty International sowie die (post)migrantische Selbstorganisation "korientation" im Frühjahr 2020 auf ihren Webseiten darauf, dass das Ausmaß an verbaler und körperlicher Gewalt seit Ausbruch der Pandemie gegenüber ostasiatisch gelesenen Menschen um ein Vielfaches zugenommen hat. Dies reiche von Beleidigungsrufen, über

offensichtliche körperliche Distanzierungen, bis hin zu massiven Bedrohungen und Angriffen.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes bestätigt diese Angaben in einer Veröffentlichung zu "Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise" und ergänzt Fälle von institutionellem Rassismus, z. B. durch racial profiling (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2020, S. 3). "Das Coronavirus enthüllt Ressentiments, die eigentlich überwunden schienen – aber offenbar tief verankert sind." So resümiert ebenfalls die freie Autorin Kim Ly Lam im digitalen und von der Hochschule für angewandte Wissenschaften verantworteten Stadtmagazin Fink.Hamburg (Ly Lam 2020).



Legefilme in Aktion Foto: Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg

Auch tradierte Ressentiments und Zuschreibungen gegenüber westasiatisch oder nordafrikanisch gelesenen Menschen – meistens gleichzeitig auch als Vertreter*innen eines vermeintlich einheitlichen Islams – werden auf die Pandemie angepasst. Vermeintliche "Groß-Familien" und deren Feierlichkeiten seien "Superspreadingevents", ungeachtet dessen, welche Sicherheitsmaßnahmen ergriffen wurden. Selbst die Impfstoffentwicklung von zwei Ärzt*innen mit türkischer Migrationsbiografie wird als vermeintlich "positive" Integrationsleistung beschrieben und quasi durch die Ausnahmestellung wieder auf ihren eigentlichen Status im Kant'schen Ordnungssystem "zurückgestuft", wie der Publizist Hasnain Kazim in einem Kommentar im Deutschlandradio Kultur feststellt (vgl. Kazim 2020). Diesen Sachverhalt unterstreicht auch Eva Buchhorn im zum Spiegel-Konzern gehörenden "Manager Magazin". "Am leuchtenden Beispiel von Şahin und Türeci entzündet sich daher eine Debatte neu, die in diesem Jahr bereits durch die "Black Lives Matter'-Bewegung in den USA eine neue Dynamik gewonnen hatte. Die um Rassismus und Chancengleichheit auch in Deutschland. Wie hält es die Wirtschaft mit Migranten? Wie groß sind die Aufstiegs- und

Karrierechancen? Und was tun die Unternehmen gegen Diskriminierung?" Und stellt dabei fest: "Viele Konzerne bringt das in Erklärungsnot." (Buchhorn 2020)

Gleichzeitig gab und gibt es eine Verschärfung der Situation geflüchteter Menschen, die in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften leben und wo die Ansteckungsgefahr aufgrund von Mehrbettzimmern und der gemeinschaftlichen Nutzung von Küchen und Sanitäranlagen um ein Vielfaches höher ist. "In den Erstaufnahmeeinrichtungen gab es seit Ausbruch der Pandemie insgesamt mehr als 6.000 Fälle. Zum Vergleich: Derzeit sind in den Einrichtungen rund 36.000 Personen untergebracht. Deutlich mehr Geflüchtete leben in Gemeinschaftsunterkünften, die in der Zuständigkeit der Kommunen sind. Daten zu den Infektionen in diesen "Anschlussunterbringungen" werden nur in wenigen Bundesländern erhoben", kritisierte Fabio Ghelli im Januar 2021 auf der Basis einer Anfrage an die zuständigen Ministerien der Bundesländer (Ghelli 2021). Er verweist aber auch auf die Aktivitäten der Bundesländer, die Situation durch Unterbringung in Hotels, Jugendherbergen oder Reha-Kliniken zu "entzerren". Dennoch schüren auch hier Massenausbrüche von Infektionen ebenso wie die darauffolgenden Abriegelungen ganzer Unterkünfte Schuldzuweisungen und diskriminierendes Verhalten der Dominanzgesellschaft. Steven Vertovec konstatierte dazu in der taz: "Es besteht die Gefahr, dass der gegenwärtige Umgang mit Migranten und Flüchtlingen zu ihrer Stigmatisierung als Krankheitsüberträger führt, die noch lange nach dem Abklingen der Coronakrise anhalten könnte" und rief schließlich zu mehr Empathie gegenüber den Menschen auf (Vertovec o. J.).

Ein weiteres Beispiel aus dem Bereich "Arbeitsmigration" sind rumänische und bulgarische Lohnarbeiter*innen in Schlachtbetrieben der Fleischindustrie, die zum Ziel rassistischer Vorurteile wurden. Einen angeblichen Zusammenhang von Herkunftsländern, Corona-Inzidenzen und Menschen, die anhand der Herkunftsländer gelesen werden, konstruierten auch Politiker*innen, wie das Beispiel des Ministerpräsidenten des Landes NRW, Armin Laschet, zeigt. Laschet hatte Lohnerwerbstätige in Fleischbetrieben in direkter Abfolge mit Corona-Zahlen in Osteuropa dargestellt und die eigene Verantwortung der Industrie erst nachrangig benannt. Anschließend reagierte er jedoch auch auf die Kritik, wie bspw. im Online-Format der Zeitung "Neues Deutschland" zu lesen war. Obwohl bereits seit vielen Jahren die schlechten Arbeitsbedingungen in den Großbetrieben sowie die Unterbringung in engen und desolaten Massenunterkünften von Arbeits- und Menschenrechtsorganisationen angeprangert werden, hielt sich in der öffentlichen Wahrnehmung hartnäckig die Meinung, dass sich das Coronavirus dort aufgrund der Beschäftigten aus Bulgarien und Rumänien rasant ausbreite. Kein Gehör fanden darin die Ängste, Sorgen und Wünsche der Betroffenen, wie der Pfarrer und Szenekenner Peter Kossen u. a. in einem Interview auf Zeit-Online anprangerte.

Untermauert wird dieser Ausdruck "antislawischen Rassismus" in Form von Schuldzuweisungen gegenüber "Anderen" auch durch persönliche Erfahrungen einer polnischen Kollegin innerhalb der Fachgruppe: Im Herbst 2020 stiegen in Europa die Inzidenzen regional und überregional wieder stark an. Die im Kindergarten nach den Herbstferien gern beiläufig gestellte Frage: "Waren Sie auch im Urlaub?" erhielt dabei eine besondere Konnotation. Denn in der Regel folgte danach umgehend die Frage: "Waren Sie in Polen?!" in einem vorwurfsvollen Tonfall, der der Aussage "Sie waren doch bestimmt in Polen?!" gleichkommt.

Auch Rom*nja und Sinti*zze sind im Fokus derjenigen, die vermeintlich Schuldige für die aktuelle Krise benötigen. So wurden aufgrund von Corona-Ausbrüchen in Berlin-Neukölln, Hagen, Göttingen und Magdeburg ganze Häuserblocks vom Gesundheitsamt unter Quarantäne gestellt, in denen vornehmlich Rom*nja und Sinti*zze-Familien leben. In diesem Zusammenhang zogen erneut Behörden und Politiker*innen viel Kritik und Vorwürfe der generalisierten Abwertungen gegenüber Menschengruppen und Familien auf sich, wie das folgende Beispiel aus der taz für Berlin-Neukölln zeigt: "Gesundheitsstadtrat Liecke (CDU) wurde in den vergangenen Tagen mehrfach mit Äußerungen zitiert, dass ein Großteil der Betroffenen aus der 'Roma-Community' komme. Die Kommunikation erweise sich als 'schwierig', sagte er etwa der Morgenpost, weil viele kaum Deutsch sprächen und auch 'bildungsmäßig nicht auf dem Stand (sind), dass sie alle medizinischen Informationen verstehen können." Die Erinnerung an die Kant'sche Einteilung von Menschen nach ihrer Bildungsfähigkeit erübrigt sich an dieser Stelle!

Neben der Kritik, dass die Zusammensetzung der Bewohner*innenschaft veröffentlicht wurde und damit dem "Gadje-Rassimus" (vgl. Glossar des Migrationsrates) Vorschub leistet, wurde auch hier deutlich, dass bei einer Vielzahl der betroffenen Familien strukturelle Diskriminierungen durch Armut, enge Wohnungen oder Gemeinschaftsunterkünften sowie Sprachbarrieren keine Berücksichtigung beim Umgang mit der Corona-Pandemie finden und sie auf sich allein gestellt bleiben. So bestätigte es auch Guillermo Ruiz, Vorstand des Komitees für Grundrechte und Demokratie e. V. und Mitbegründer vom Sozialfabrik e. V., einem Verein zur Bekämpfung von Gadje-Rassismus und zur politischen Bildungsarbeit zum Empowerment von Geflüchteten und Migrant*innen, in einem Interview.

Die unsichere Wissenslage auch nach einem Jahr natur- und sozialwissenschaftlicher Forschung bietet bis heute den Nährboden für einfache Erklärungen, die sich in absurdeste Verschwörungsideologien verwachsen. Ähnlich der Abwertung von Rom*nja und Sinti*zze mag es an dieser Stelle kaum noch verwundern, dass diese abwegigen Konstruktionen oft auf jahrhundertealte antisemitische Muster zurückgreifen (vgl. Schmidt 2020), den Holocaust verharmlosen (vgl. Grujić/Lorenz 2021) und zu tätlichen Angriffen auf Jüdinnen und Juden führen können. "Jüdinnen und Juden überlegen sich jeden Tag, welchen Weg sie nehmen, wer im dunklen Auto

sitzt und ob der Gottesdienstbesuch auch wirklich sicher ist", lautete auch die Einschätzung von Anetta Kahane, Stiftungsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, auf ihrer Website. Dieser Bewegung der Verschwörungstheoretiker, z. B. der Querdenkerbewegung, schließt sich gern auch die rechtspopulistische Politik an.

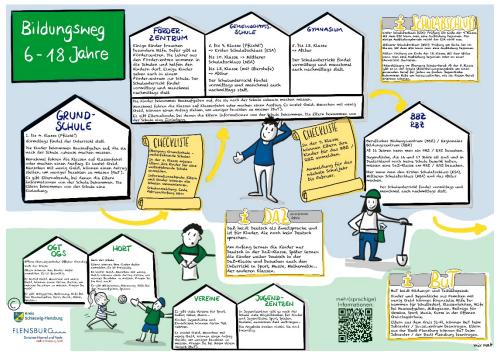
Einfache Lösungen? Außerschulische politische Bildung als Impfstoff

All die genannten Beispiele aus einem Jahr Pandemieerfahrung verdeutlichen und unterstreichen die Kernaufgaben und Relevanz der außerschulischen politischen Bildung: Diversitätssensible, rassismuskritische und antidiskriminierende Inhalte und Methoden verbreiten und in den Seminaren umsetzen. Unsere Bildungsangebote sind – nicht nur aber insbesondere – in Krisensituationen von sehr großer Bedeutung und sollten möglichst für viele Menschen als sensibilisierende "Superspreadingevents" verstanden werden, in denen die Ideen der Gleichwertigkeit aller Menschen und ihrer individuellen Vielfalt weiterverbreitet werden. Die Beschäftigung mit eigenen Privilegien und das Zulassen der Perspektiven anderer Menschen muss immer wieder geübt werden. Der eingangs beschriebene Workshop zur "rassistischen Bildung" kann dafür als konstruktives Beispiel dienen. Es geht um das "Verlernen" des klassischen Bildungsverständnisses, nicht um das "Verlernen von Bildung" an sich. So kann es gelingen, Bildung als gleichwertige "Welt-Aneignung" und "Selbstbewusstseins-Erfahrung" aller zu verstehen. Nur wenn es den politischen Bildner*innen gelingt, genügend Zeit zur Selbstreflexion einzuräumen, Menschen zuzuhören und Räume für die Geschichten, Wahrnehmung und Empfindungen von diskriminierten Gruppen zu schaffen, werden die Leerstellen sichtbar. Die immanenten Strukturen der Ausgrenzung, Abwertung und der Rassismen im Bildungssystem und darüber hinaus treten so hervor und können benannt werden. Anschließend lässt sich pädagogisch dagegen arbeiten. Der in vielen Bildungsstätten angebotene Anti-Bias-Ansatz sei hier bespielhaft genannt. Gleichzeitig kann die außerschulische politische Bildung, wenn sie die klassische Bildung verlernt, als Impfstoff gegen aufkeimende menschenverachtende Ideologien gesehen werden. Damit ist es ohne Zweifel notwendig, Kooperationen einzugehen und auszubauen – ob mit Netzwerken von Betroffenen oder mit Partnern der formalen Bildung, wie Schule, Ausbildungseinrichtungen oder auch Universitäten. Sich gemeinsam auf den Weg zu begeben – nicht zur Renovierung der Bildung, sondern zur grundliegenden Sanierung des Systems vom Fundament an, sollte eine Lehre aus einem Jahr Pandemieerfahrung sein.

Eine Bildung, der dies gelingt und die somit zu Aneignung einer pluralen Welt beiträgt, ist nicht nur ein Impfstoff in der Pandemie, sondern auch ein Mittel darüber hinaus. Deshalb: Empfohlene Impfauffrischung mindestens zweimal jährlich für alle!

Bericht aus der Praxis

Projekt vollabgeDREHt: Neuland deutsches Bildungssystem



Illustrierte Bildungsplakate waren Ausgangspunkt des Projekts Grafik: Kreis Schleswig-Flensburg & Stadt Flensburg

Was machen neuzugewanderte Familien, wenn sie in Deutschland ankommen? Unterkunft und Verpflegung müssen gewährleistet sein, genauso wie das Leben in seelischer und körperlicher Unversehrtheit, ein Leben in Freiheit und Frieden mit aller Ausstattung der ihnen zustehenden Rechte. Das Recht auf Bildung ist eines davon.

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 heißt es in Artikel 26:

- 1. Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muß allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offenstehen.
- 2. Die Bildung muß auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muß zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.
- 3. Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteilwerden soll.

Ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte auch bereits über 70 Jahre alt und – mit Verlaub – nicht mehr jede Begrifflichkeit up to date, so birgt sie jedoch mindestens zwei wesentliche Bestandteile, anhand derer die Bildungskoordinatorin für Neuzugewanderte des Kreises Schleswig-Flensburg nahe der deutsch-dänischen Grenze sowie die Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg gemeinsam ein Projekt entwickelten, das neuzugewanderte Familien dabei unterstützen sollte, sich im Bildungssystem Deutschlands zurechtzufinden. Denn erklären Sie mal auf Anhieb und verständlich, was das RBZ oder das BBZ im deutschen Schulsystem ist, oder eine OGS, oder ein EMS ... Hierzu sollten in einer Projektlaufzeit von einem halben Jahr kurze mehrsprachige Erklärfilme zu einzelnen Bildungsinstitutionen entstehen. In der Kreisbehörde waren bereits anschaulich unterschiedliche Bildungswege illustriert worden. Jedoch sollte ebenso aus inklusiven Gründen gewährleistet werden, dass die Inhalte audiovisuell abrufbar sind, also einer Lesehürde entgegengewirkt werden konnte.

Was von Schule handelt, muss gemeinsam mit Schule entstehen

Die Idee, mit Schüler*innen gemeinsam dieses Projekt zu verwirklich und kurze Filme zu erstellen, in denen die verschiedenen Bildungsinstitutionen einfach erklärt werden, entstand Ende 2019. Ziel war es, den Perspektivwechsel zu fördern: Wie fühlen sich Menschen auf der Flucht, wenn sie in ein ihnen fremdes Land kommen? Überwiegt der erschreckende Ohnmachtsgedanke angesichts des vermeintlichen Bürokratiemonsters Deutschland, obwohl Betroffene eigentlich befreit aufatmen sollten? Für die in Deutschland Geborenen sind diese Strukturen gewohnter Normalzustand und sie finden sich leicht(er) zurecht. Aber politische Bildung ist auch, sich zu vergegenwärtigen, dass dieser Normalzustand nicht für alle gleichermaßen gilt. Aus dem Perspektivwechsel sollte der Solidargedanke als zweites Leitziel formuliert werden: Wie können wir es schaffen, es für neuzugewanderte Kinder, Jugendliche und ihre Eltern leichter zu machen, sich in neuen Strukturen zurechtzufinden?

Nach kurzer Planungsphase und Projektteamfindung konnte die Zentralschule Harrislee, eine Gemeinschaftsschule des Kreises, für die Durchführung im Rahmen des offenen Ganztagskonzepts gewonnen werden. Bereits Mitte Januar 2020 fanden erste Akquisetreffen an der Schule statt und eine Informationsveranstaltung konnte realisiert werden, um auch die Eltern der interessierten Schüler*innen in das Projektvorhaben einzuführen. Das Ziel war es, größtmögliche Transparenz zu bieten, denn den Schüler*innen musste bewusstwerden, welcher Arbeits- und Zeitaufwand, jedoch auch welcher Mehrwert die Teilnahme am Projekt bedeutete. Die Förderung von Medienkompetenz findet an Schulen vermehrt statt, ist jedoch weiterhin stark ausbaufähig. Die Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg setzt hier mit ihrer Expertise der außerschulischen Bildungsarbeit, insbesondere mit der Verknüpfung von Medienkompetenz mit politischer Bildung, an.

Die Gruppe im Fokus

12 Jugendliche unterschiedlicher Herkunft starteten in das Halbjahresprojekt, sollten sich aktiv einbringen in Konzeption und Produktion der Erklärfilme über Bildungsorte und -wege in Deutschland. Und nachdem auch das Organisatorische – Förderung durch die Nospa-Jugend- und Sportstiftung Schleswig-Flensburg, Honorar für freischaffende Referent*innen, Versicherungsschutz, Einverständniserklärungen der Eltern u. a. – geklärt war, konnte das Projekt mit einem Kick-off-Wochenende auf dem Scheersberg beginnen.

Im Vordergrund standen hier die Teambuilding-Einheiten, um eine grundlegende Basis für die Gruppendynamik zu schaffen, denn die Jugendlichen kannten sich zumeist nur vom Sehen auf dem Schulhof. Außerschulische Lernorte wie der Jugendhof Scheersberg bieten jungen Menschen die Möglichkeit, außerhalb des Sozialisationsraums Schule zu einer Gruppe zu werden und ihre Rollen neu zu bestimmen.

Die Parameter, die das Miteinander bestimmen sollten, waren: sich auf Augenhöhe begegnen, Kreativität fordern und fördern, Entwicklungsschritte der Gruppe und Meilensteine des Projektes gemeinsam bewerten und positiv anerkennen. Mit Erstaunen erkannten die Projektleitenden, dass die neu formierte Gruppe sich schon nach dem ersten Tag gefunden hatte und sehr vertraut und aufmerksam miteinander umging. Zugegebenermaßen waren diese Gruppenfindungsprozesse durch die verhältnismäßig kleine Gruppengröße begünstigt, aber lange nicht selbstverständlich.

Der zweite Punkt an diesem Kick-off-Wochenende war das Vermitteln von Basiswissen: Filmtechniken, Einstellungsgrößen, Konzeption, Storyboard, Kamera- und Tontechnik sowie die unterschiedlichen Lizenzrechte. Ein wahrer Crash-Kurs in Sachen Filmproduktion, der in das zwanglose Ausprobieren und eigenständige Arrangieren mündete.

Der zeitliche Ablauf sah drei dieser intensiven Block-Seminare mit je ca. zwei Monaten Abstand auf dem Scheersberg vor. In den Zwischenzeiten organisierten die freischaffenden Referent*innen wöchentliche 90-minütige Konzeptions- und Planungstreffen im Rahmen des offenen Ganztagskonzeptes der Schule. Es wurde geplant, verworfen, neu gedacht und skizziert ... Welche Bildungseinrichtungen sind wichtig für jemanden, der oder die neu in ein fremdes Land kommt? Und wie ist das überhaupt mit der Schulpflicht in Deutschland? Darüber mussten sich die Teilnehmenden selbst erst klarwerden. Selbst die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb schreibt: "Das deutsche Bildungssystem grafisch darzustellen ist gar nicht so einfach, zumal es ein deutsches Bildungssystem genau genommen gar nicht gibt. Denn für die Bildungspolitik sind in Deutschland die Bundesländer zuständig." (Edelstein 2013).

Plauschen, planen, Pandemie

Für das zweite Intensivwochenende auf dem Scheersberg sollten bereits im Schulrahmen Konzepte entwickelt werden. Nur eine Woche vor dem Frühjahrslockdown im Zuge der Covid-19-Pandemie konnten die Schüler*innen unter besonderen Schutzmaßnahmen und Hygienekonzept das Wochenende in der Internationalen Jugendbildungsstätte im hohen Norden wahrnehmen. Doch eine vorübergehende Schließung der Einrichtung und der Schulen war bereits deutlich absehbar. Die Gruppe arbeitete dennoch fleißig und hoffnungsvoll weiter. Natürlich waren die Bedenken ob der unsicheren Planungsmöglichkeiten auch auf Seiten des Leitungsteams groß und ein gewisser Produktionsdruck, die Filme möglichst schnell fertigzustellen, war insgeheim spürbar. Das war man der Mittelgeberin und den eigenen Ansprüchen nach all den zeitintensiven Gesprächen und der aufwändigen Koordination schuldig, so war zumindest das Gefühl. Die Schwierigkeit bestand darin, die Schüler*innen den Druck nicht spüren zu lassen. Am zweiten Intensivwochenende wurden letztendlich die Planungen und Konzepte konkretisiert. Eigenständig telefonierten die Schüler*innen mit Verantwortlichen von den Bildungsorten, über die sie einen Erklärfilm drehen wollten und fixierten Interviewtermine. Niemand wusste, was in Sachen Pandemiebekämpfung auf sie zukommen würde und die Planungen somit zunichtemachen könnte.

Da war er nun, der Lockdown, der den Stillstand des Projektes bedeutete. Als außerschulische Bildner*innen war es dem Projektteam nicht erlaubt, weiterhin im offenen Ganztag mit den Schüler*innen zu arbeiten. Die Gefahr war nun, den Kontakt zu den Teilnehmenden zu verlieren und somit auch das Projekt zu riskieren. Deswegen startete das Team von Zeit zu Zeit eine Online-Spaß-Offensive: Rätselraten, Wettbewerb, gemeinsame Teilnahme an Online-Sessions von befreundeten Projekten, aber auch Rechercheübungen. Und alles diente nur dem Zweck, Kontakt zu halten sowie bei der nächstbesten Gelegenheit wieder Fahrt aufzunehmen und das Projekt zu Ende zu führen.

Planänderungen und Abschluss

In der Zwischenzeit wurden die bereits erdachten Konzepte und Pläne verworfen. Die Sommerferien und somit auch die Projektlaufzeit näherten sich dem Ende. Interviewtermine in Präsenz an den betreffenden Bildungsorten waren aus Vorsicht und zum Schutz der Schüler*innen nicht mehr realisierbar. Gegen Ende des Schuljahres war immerhin ein Treffen wieder möglich. Kurzerhand wurde die Idee angegangen, die Erklär- und Interviewfilme als sogenannte Legefilme umzusetzen. Damit diese auch einen ansprechenden Look haben, wurde kurzerhand eine Visualisierungsexpertin für einen Workshop eingeladen. Das Ziel war es nun, mit reduzierten, aber ansprechenden

Zeichnungen die Bildungsinstitutionen zu erklären, so dass Neuzugezogene eine Hilfestellung an die Hand bekämen, sich im deutschen Bildungssystem zurechtzufinden.

Innerhalb eines Wochenendes konnten so die Erklärfilme abgedreht werden, bei denen alle teilnehmenden Schüler*innen einmal auch vor der Kamera als Moderator*in fungierten. Den Schnitt übernahmen aus Zeitgründen die beiden auf Honorarbasis mitwirkenden Referent*innen Brit Stichel (Dozentin an der Europa Universität Flensburg) und Thierry Jové-Skoluda (Medieninformatik-Student der EUFL).

Sieben Filme entstanden: die Grundschule, weiterführende Schulen, berufsbildende Schulen, Tagespflege und Krippe, Kindergarten, Jugendzentren und Familienzentren.

In einem Tonstudio wurden die Filme auf Arabisch, Farsi, Kurdisch und Englisch mit Hilfe von weiteren Schüler*innen synchronisiert.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit sollte abschließend auch belohnt werden. Bei einer eintägigen Segeltour auf einem Traditionssegler wurden der jungen Filmcrew die finalisierten Filme präsentiert.

Vor Schulleiter, Vertreter der Nospa-Jugend- und Sportstiftung sowie einigen Eltern bekamen die Schüler*innen am Ende des Schuljahres vom Projektteam ihre Teilnahmezertifikate überreicht. Das Projekt ist beendet, doch der Nachklang ist groß. Das Institut für Qualitätsentwicklung Schleswig-Holstein, zuständig für Lehrkräfteaus- und Fortbildung, wurde auf das Projekt aufmerksam und lud die außerschulischen Bildner*innen zur Präsentation ihres Vorzeige-Projekts auf den Landeselternfachtag ein. Auch die Landeshauptstadt Kiel verweist auf ihrer Homepage auf die im Projekt entstandenen Bildungsfilme als unterstützendes Element für neuzugewanderte Familien.

Die Filme sind hier abrufbar.

Malte Morische, Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg

Bericht aus der Praxis

Außerschulische politische Bildung als Ort des Empowerments für das Leben



Exkursion der Teilnehmenden "Diktatur und Demokratie am Lernort Weimar" Foto: EJBW

Keine "normale" Bildungsfahrt ...

Für Jugendliche, die in Deutschland geboren sind und deren Familien aus dem Libanon kommen, birgt der Lernort Weimar interessante Herausforderungen, zumal wenn das Thema der Bildungsfahrt "Diktatur und Demokratie am Lernort Weimar im Zeitalter der Migration – Mehrheit und Minderheit neu denken!" lautet. Einige der Jugendlichen der hier beschriebenen Bildungsfahrt, besuchten schon im Herbst 2019 die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte (EJBW) sowie den Lernort Weimar. Die Gruppe war den Verantwortlichen also nicht gänzlich unbekannt.

Die Jugendlichen erleben in ihrem Alltag vielfältige Herausforderungen: Sie sind zumeist keine deutschen Staatsbürger*innen und haben wenig reale Mitbestimmungsmöglichkeiten. Sie erleben immer wieder Ablehnung und pauschale Zuschreibungen. Daher war es besonders wichtig, Vertrauen aufzubauen und kleine Schritte zu gehen, die dann letztlich von den Teilnehmenden als große Erfolge gewertet wurden.

Die Gruppe hat sich in Essen auch unter Mitwirkung der Kollegin Katja Schütze vom Bildungswerk der Humanistischen Union NRW über lokale Aktivitäten zum Thema "Erinnerung und Teilhabe" gefunden und ist zum Teil untereinander familiär

verbunden. Für einige Teilnehmende war die erste Fahrt nach Weimar 2019 auch ein erstes Rauskommen aus Essen überhaupt. Damals wurde die Gruppe von Sozialarbeitern und Lokalpolitikern begleitet. Nach dieser Erfahrung folgten bis zum Oktober 2020 noch weitere Exkursionen in ähnlicher Zusammensetzung u. a. nach Berlin.

... mit Menschen, die zwar markiert, aber kaum sichtbar sind ...

Vor diesem Hintergrund wurden die Ziele des Seminars v. a. auf die Stärkung der Gruppe an sich gelegt. Die Tatsache, aus libanesischen Familien zu kommen, die über mehrere Generationen hinweg über keinen gesicherten Aufenthaltsstatus verfügen, als auch die damit verbundene Ausgrenzung auf verschiedenen Ebenen (individuell, institutionell, strukturell, gesellschaftlich) rückte im Sinne der Kinder- und Jugendhilfe und damit der außerschulischen politischen Bildung Empowermentansätze in den Fokus. Der Blick richtete sich auf die Jugendlichen selbst und auf die Stärkung in ihrem Miteinander und in der Gesellschaft Ziel war es, dass die Jugendlichen sich – ausgehend von ihrer eigenen Biographie – als Teil der Gesellschaft verstehen und reflektieren. Der Schlüssel dazu lag ganz entscheidend darin, das Vertrauen der Jugendlichen zu gewinnen.

Methodisch-didaktisch richtete sich der Fokus explizit auf eine Prozessorientierung und entsprechende Begleitung. Die Seminarinhalte – genannte werden können hier z. B. Umgang mit Vielfalt, Identität, Erfahrung von Macht und Unterdrückung, Erinnerung – "dienten dabei als Angebot für die persönliche und gemeinschaftliche Auseinandersetzung unter der Fragestellung: Was hat das alles mit mir zu tun?

... deren Geschichte an Bürotüren scheitert ...

Von Vorteil waren die Erfahrungen vom Seminar im Herbst 2019. Hier nahm die Vertrauensbildung seitens der Jugendlichen in die Gegebenheiten vor Ort, d. h. in die Bildungsstätte, in den Bildungsreferenten und auch in die Umgebung in Weimar einen großen Raum ein. Die Jugendlichen kamen 2019 mit Bildern im Kopf nach Weimar, die mit Nachrichten von Rassismus in Thüringen und Ostdeutschland aufgeladen waren und die sich zum Teil auch bestätigten. Damit musste umgegangen werden. Dennoch gelang es, dieses Vertrauen aufzubauen, sodass ein Jahr später deutlich mehr Sicherheit und auch Mut bei den jungen Menschen spürbar war. Sie kannten sich schon aus. Sie hatten Strategien des Umgangs mit unfreundlichen Äußerungen außerhalb des Seminars und außerhalb der Bildungsstätte sowie mit bösen Blicken seitens der Bevölkerung entwickelt und konnten zusehends auch andere, positive Erfahrungen machen. Dies lässt sich auch durch einige Beispiel aus der Erwartungsabfrage

unterstreichen. Neben dem Wunsch nach Ausschlafen und leckerem Essen – letzteres ist auch seminartechnisch nicht zu unterschätzten – sei hier Folgendes genannt:

- Respektvoller Umgang miteinander
- kein Stress mit den Bürger*innen
- Gemeinschaft/eine gute Gesellschaft
- einen schönen Aufenthalt/Spaß
- etwas über Faschismus lernen/neue Erfahrungen machen
- Pünktlichkeit

Dass v. a. der letzte Punkt aus dem Teilnehmendenkreis heraus kam, zeigt den erhöhten Anspruch der Gruppe an sich selbst – anders als 2019.

... und welche Aneignungsräume brauchen

Im Anschluss an die oben dargestellten Ziele sei hier besonders auf ein Ereignis während des Seminars in der EJBW hingewiesen: Wie schon einleitend erwähnt, sind viele der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus ihrem Familienkontext bisher selten herausgekommen. Sie stehen vor der Herausforderung, selbstständig handeln zu lernen, Verantwortung zu übernehmen und nicht dem Motto zu folgen "Ich muss mich nicht mit schwierigen Fragen auseinandersetzen. Irgendjemand wird mir die Entscheidung schon abnehmen." Im Seminar kam es beim Stadtrundgang durch Erfurt zu einem für viele nachhaltigen Erlebnis. Beim Besichtigen der historischen Mikwe am Erfurter Flüsschen Gera überlegten sich manche, die Furt (einen Wasserdurchgang) unter der historischen Krämerbrücke zu benutzen, um auf die Insel in der Mitte des Flusses zu gelangen. Nach anfänglichem Abwarten und ein paar mutigen Sprüchen, setzte sich ein Teil der Gruppe (ohne die Schuhe auszuziehen!) bei 3° Außentemperatur in Bewegung, das Wasser erfolgreich zu durchqueren. Allein dies getan zu haben, ohne von einer höheren Instanz abgehalten worden zu sein, setzte trotz kalter Füße und nasser Schuhe und Hosen bei vielen Jubel und Glücksgefühle frei, die kaum zu erwarten waren. Es folgte darüber hinaus auch keine Strafe bzw. Sanktionen seitens der Seminarleiter*innen. Lediglich die Konsequenzen des eigenen Tuns mussten "ausgehalten" werden. Das geplante Exkursionsprogramm wurde umgesetzt. So entwickelte sich spontan eine selbst gewählte Situation, in der Freiheit und Eigenverantwortung pädagogisch kaum besser hätten simuliert werden können und in der die Referent*innen lediglich begleitend mit Papiertaschentüchern zum behelfsmäßigen Trocknen der Füße und Schuhe zur Verfügung standen. Eine Selbstwirksamkeitserfahrung solchen Ausmaßes, ohne dass die Betroffenen in Resignation verfielen, könnte dann auch Folgen über das Seminar hinaus haben, z. B. als Ermutigung für das politische Engagement einzelner Gruppenmitglieder gegen die langjährige Sippenhaft-Strategie einzelner Behörden, damit sie neben der deutschen Staatsbürgerschaft auch endlich eine gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung

erlangen (vgl. Boettner/Schweitzer 2020b). Dies wäre dann ein wünschenswertes Empowerment, das den Zielen der außerschulischen politischen Bildung mehr als genüge täte.

Literatur

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2020): Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise. Berlin:

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Aktuelles/DE/2020/20200406 Diskriminierungserfahrungen Corona.html am 04.04.2021

Boettner, Johannes/Schweitzer, Helmuth (2020a): Der Name als Stigma. In: Sozial Extra 44, S. 349–353

Boettner, Johannes/Schweitzer, Helmuth (2020b): Was heißt denn hier "Clan"? In: Sozial Extra 44, S. 354–363

Buchhorn, Eva (2020): Migrantenkarrieren – wie diskriminierend ist die deutsche Wirtschaft? In: <u>manager magazin</u>

Edelstein, Benjamin (2013): Das Bildungssystem in Deutschland; Dossier Bildung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Gepp, Uwe (2020): Kant, der Rassist. Über Rassismus bei Immanuel Kant; <u>www.domradio.de/themen/kultur/2020-08-14/kant-der-rassist-frankfurter-philosophueber-rassismus-bei-immanuel-kant</u>

Ghelli, Fabio (2021): Flüchtlingsunterkünfte stark betroffen. Mediendienst Integration vom 29.01.2021; https://mediendienst-integration.de/artikel/fluechtlingsunterkuenfte-stark-betroffen.html

Grujić, Ana/Lorenz, Laurin (2021): Warum sich "Querdenker" mit Sophie Scholl und Anne Frank vergleichen. In: <u>Der Standard vom 06.01.2021</u>

Hong, Eun-Young: Rassismus als Problem kritischer Bildung. Widersprüche von Aufklärung, Solidarität und Vielfalt (2011); Weinheim; https://d-nb.info/1011097400/34

Institute for Art Education (o.J.): Othering. In: <u>Glossar</u> des ehemaligen Institute for Art Education der Züricher Hochschule der Künste

Kazim, Hasnain (2020): Eine migrantische Erfolgsgeschichte; https://www.deutschlandfunkkultur.de/impfstoffforscher-eine-migrantische-erfolgsgeschichte.1005.de.html?dram:article_id=487428

Klingst, Martin (2020): Beschleuniger der Ungleichheit. In: Zeit-Online

Ly Lam, Kim (2020): Coronavirus: Rassismus schützt nicht. In: <u>Fink.Hamburg vom</u> 18.02.2020

Schmidt, Joel (2020): Verschwörungstheorien und Corona: Antisemitismus in Deutschland nimmt zu. In: Frankfurter Rundschau vom 08.11.2020

Vertovec, Steven (o. J.): Corona verschärft Rassismus: Ein Stigma, das bleibt. In: taz

Zugriff auf alle in diesem Bericht genannten Links: 31.05.2021.

Mitglieder der Fachgruppe "Flucht und Migration"

Kerem Atasever Alte Feuerwache e. V. – Jugendbildungsstätte Kaubstraße www.kaubstrasse.de kerem@kaubstrasse.de

Urte Bliesemann dock europe e. V. Internationales Bildungszentrum www.dock-europe.net urte.bliesemann@dock-europe.net

Iwona Domachowska
Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V. Europäisches Bildungs- und
Tagungshaus Bad Bevensen
www.gsi-bevensen.de
iwona.domachowska@gsi-bevensen.de

Christian-Friedrich Lohe
Stiftung "Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar"
www.ejbweimar.de
lohe@ejbweimar.de

Malte Morische Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg www.scheersberg.de morische@scheersberg.de



Jahresbericht 2020 – Programm Politische Jugendbildung im AdB

Lebens.Wert!? – Die Erinnerung an die Patient*innenmorde der Nationalsozialist*innen als Thema historisch-politischer Jugendbildung

Bericht der Fachgruppe "Erinnerungskultur und Teilhabe"

Erinnerungskultur und Teilhabe – genau diese zwei namensgebenden Substantive spielten für die Fachgruppe eine zentrale Rolle im Jahr 2020. Sie widmete sich dem schwierigen Thema Patient*innenmorde im Nationalsozialismus, dem Mord von psychisch kranken und geistig behinderten Frauen, Männern und Kindern, die in "Heil- und Pflegeanstalten" lebten, und sie benennt die Herausforderungen, die bei der Bearbeitung dieses Themas für die historisch-politisch Jugendbildung bestehen.



Foto: Katja Schütze

Der neue Schwerpunkt sollte eine Kombination werden aus einem bislang wenig beachteten Aspekt im Vielklang öffentlicher Erinnerungen und gleichzeitig den Fokus auf aktivierende Teilhabe von jungen Menschen mit sogenannten Andersfähigkeiten legen, die wir eher selten direkt mit unseren Bildungsangeboten erreichen. Außerdem sollte das Thema Kontinuitäten und Anknüpfungspunkte zu aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bieten.

Die fachliche Expertise einiger Kolleg*innen und die räumliche Nähe der Villa Fohrde zu der Gedenkstätte für die Opfer der "Euthanasie"-Morde in Brandenburg boten eine solide Grundlage, sich dem Thema "Patient*innenmorde im Nationalsozialismus als Herausforderung für politisch-historische Jugendarbeit" zu nähern.

Also planten wir eine gemeinsame Exkursion zur Gedenkstätte und erhofften uns Einblicke in die pädagogischen Programme und die praktische Arbeit vor Ort, um anschließend in unseren Wirkungsgebieten Angebote zu dem Thema umsetzen zu können. An dieser Stelle sei nur kurz erwähnt, dass die Corona-Pandemie dieses Vorhaben in 2020 verunmöglichte und die Fachgruppe sich daher auf eine theoretische Annäherung an das Themenfeld beschränken musste.

Doch bevor wir uns der Auseinandersetzung um die Vermittlung der historischen Aspekte der Patient*innenmorde im Nationalsozialismus konkret zuwenden, stellen wir die Anknüpfungspunkte für die politische Bildung kurz vor. Diese ergeben sich auf vielfältigen Ebenen:

Vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung sind wir gefordert, jede Entscheidung und Entwicklung in der Gegenwart genau zu überdenken. Das Thema Euthanasie hat bisher kaum einen breiten gesellschaftlichen Diskurs hervorgerufen. Anders als bei den Themen rund um die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit wie z. B. Antisemitismus, Gadjé-Rassismus, Bildung eines "Volkskörpers" und Etablierung einer faschistischen Ideologie, laufen die Diskurse zum Thema Euthanasie überwiegend in medizinisch-wissenschaftlichen Kontexten.

Ein weitere Ebene der Auseinandersetzung verknüpft sich mit aktuellen Debatten um Sterbehilfe. Die Diskussionen zeigen das rechtliche und moralische Dilemma. Ein Blick in einige europäische Nachbarländer wie die Schweiz, die Niederlande, Belgien und Luxemburg verrät, dass dort verschiedene Variationen von direkter oder indirekter Sterbehilfe gesetzlich erlaubt sind. In Belgien wurde dieses Recht 2015 auch auf Minderjährige und Demenzkranke ausgeweitet. Dies in Veranstaltungen der historischpolitischen Bildung zu thematisieren ist in der Auseinandersetzung mit dem Thema Euthanasie ein wichtiger Bezugspunkt.

Ein weiterer Anknüpfungspunkt: Mit der Frage nach "lebenswertem Leben" müssen sich auch Familien und werdende Eltern auseinandersetzen. Keine Schwangerschaft ohne die Zumutung der Angebotspalette pränataler Diagnostik, die Abtreibungen bei zu erwartenden Behinderungen zu einem Zeitpunkt, zu dem Frühgeborene erfolgreich überleben können, ermöglichen. Selten wird erzählt, dass der Fötus im Mutterleib vorher getötet wird, damit er nicht lebend zur Welt kommt.

Auch die Biometrie und Kriminalantropologie lassen sich in die Tradition des selektiven Blicks stellen. Letztere ist jedoch keine originäre Disziplin der Nationalsozialist*innen, sondern begründet in den Forschungen des 19. Jahrhunderts als Kriminalität zu einem sozialen Phänomen erklärt wurde, zu einer epidemieartigen Krankheit, die den "sozialen Körper" betraf. Bekanntester Vertreter ist der Kriminalanthropologe Cesare Lombroso. Er schuf eine Art Zoologie des Verbrechens und erklärte 1/3 der Taten als biologisch bedingt. Unter anderem versuchte er an körperlichen Merkmalen wie Schädelmaß und -

form, zusammengewachsenen Augenbrauen u. v. m., den "geborenen Verbrecher" wissenschaftlich zu beschreiben und für jeden identifizierbar zu machen. Diskutiert werden kann, in wie weit diese Vorstellungen heute noch in –den Köpfen der Menschen, in Literatur, Kunst und Medien und nicht zuletzt bei den eigenen Bildern im Kopf zu finden sind.

Dass Politik und Medizin auch aktuell die Frage nach der Bewertung von Leben in den öffentlichen Diskurs stellt, konnte man in den letzten Monaten erleben, als mit dem Begriff der "Triage" die Verteilung der Corona-Erkrankten auf die möglicherweise nicht ausreichenden Intensivbetten diskutiert wurde. Dass für Mediziner*innen und Ethikräte diese Auswahl aber zur Routine gehört, z. B. bei der Vergabe von Organspenden, zeigt das rechtliche und moralische Dilemma noch einmal deutlich.

Doch damit nicht genug. Die möglichen anschlussfähigen Themen könnten ebenfalls lauten: unterlassene Hilfeleistung gegenüber ertrinkenden Menschen auf der Flucht und verweigerte Inklusion auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Im Folgenden wird der Fokus auf die Patient*innenmorde im Nationalsozialismus gelegt, wird die politisch-historische Arbeit zu diesem schwierigen Thema vorgestellt und werden die Leser*innen eingeladen, sich mit der Fachgruppe "Erinnerung und Teilhabe" nach Brandenburg zu begeben.

In der Zeit von 1939 bis 1945 wurden in Deutschland fast 400.000 sogenannte erbkranke Menschen zwangssterilisiert und etwa 300.000 Patient*innen zunächst durch Vergasung in dafür eingerichteten Tötungsanstalten und später durch Vergiftung, Nahrungsmittelentzug, Medikamente sowie verweigerte medizinische Versorgung in "Heil- und Pflegeanstalten" ermordet (vgl. Schmuhl 1987; Bock 2010).

Der Begriff der "Euthanasie", aus dem griechischen für "der gute Tod", wurde von Nationalsozialist*innen als "euphemistisches Synonym für hunderttausendfachen Mord" (Fuchs et al. 2007, S. 15) genutzt. Seitdem ist der Begriff im deutschsprachigen Raum nicht mehr von den nationalsozialistischen Verbrechen zu trennen, im Gegensatz zu einem unbefangeneren Umgang in anderen europäischen Ländern, wie historischpolitische Jugendseminare mit internationalen Teilnehmer*innen zeigen. Der Begriff der Krankenmorde oder Patient*innenmorde hat sich etabliert, um zu benennen, was wirklich geschehen ist: Der Mord von psychisch kranken und geistig behinderten Frauen, Männern und Kindern, die in "Heil- und Pflegeanstalten" lebten.

Mehr als die Hälfte der Opfer waren aufgrund der Diagnose Schizophrenie untergebracht, die zweitgrößte Gruppe bildeten als "schwachsinnig" diagnostizierte Menschen. Darunter fielen jedoch nicht nur lern- und geistig behinderte Menschen, sondern auch psychisch kranke und sozial unerwünschte Personen, die als "asozial" kategorisiert wurden. Die Nationalsozialist*innen deuteten unangepasstes Verhalten

vielfach als psychischen Defekt und fassten dies unter den Begriff des "ethischen oder moralischen Schwachsinns" (vgl. Fuchs 2007, S. 61). Bei Kindern spielte wiederum die "Bildungsfähigkeit" eine entscheidende Rolle (vgl. Ley/Hinz-Wessels 2012, S. 54).

Die Planung und Organisation der "Euthanasie"-Morde lief unter der Bezeichnung "Aktion T4", benannt nach dem Ort der zentralen Dienststelle in der Berliner Tiergartenstraße 4. Seit 2014 ist dort ein <u>Gedenk- und Informationsort</u> für die Opfer der "Euthanasie"-Morde öffentlich zugänglich. Innerhalb der "Aktion T4", der zentralen Tötungsphase, wurden in sechs "Euthanasie"-Tötungsanstalten über 70.000 psychisch Kranke und behinderte Menschen in Gaskammern getötet: in Grafeneck (Baden-Württemberg), in Hadamar (Hessen), in Brandenburg an der Havel, Bernburg an der Saale (Sachsen-Anhalt), in Hartheim bei Linz und Sonnenstein in Pirna (Sachsen) (vgl. Berger 2013).

Die Erfahrungen der Täter*innen und das technische Wissen um die Tötungsmethode mit Giftgas waren maßgeblich für die Ermordung der europäischen Juden und Jüdinnen und so wurden Mitarbeitende der "Euthanasie"-Tötungsanstalten später in der "Aktion Reinhardt" in den Vernichtungslagern im besetzten Polen eingesetzt (vgl. ebd., S. 31 ff.). Trotz dieser Dimension und dem seit Beginn der 1990er Jahre verstärkten Interesse an den Opfern nationalsozialistischer Verbrechen, ändert sich nur langsam etwas in der öffentlichen Wahrnehmung und Beachtung dieser Schicksale. Der Autor und Historiker Götz Aly beschreibt dies mit folgenden Worten:

"Die vielen Beteiligten sprachen beschönigend von Erlösung, Lebensunterbrechung, Gnadentod, Sterbehilfe oder eben von Euthanasie. Sie agierten halb geheim, doch inmitten der Gesellschaft. Viele Deutsche befürworteten den gewaltsamen Tod der "nutzlosen Esser", zumal im Krieg: nur wenige verurteilten das Morden deutlich, die meisten schwiegen schamhaft, wollten es nicht allzu genau wissen. Das setzte sich nach 1945 fort. Nur ausnahmsweise erinnerten sich Familien ihrer ermordeten Tanten, Kleinkinder, Geschwister oder Großväter. Erst heute, nach rund 70 Jahren, löst sich der Bann. Langsam tauchen jene Vergessenen wieder auf, die sterben mussten, weil sie als verrückt, lästig oder peinlich empfunden wurden, weil sie unnormal, gemeingefährlich, arbeitsunfähig oder dauernd pflegebedürftig waren, weil sie ihre Familien mit einem Makel belasteten" (Aly 2013, S. 9).

Die Biografien und Geschichten der Opfer sind noch immer ein marginalisierter Teil der Erinnerungskultur, nicht zuletzt durch die nach 1945 anhaltende Stigmatisierung von Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen – trotz dem seit den 1970er Jahren anhaltenden Kampf um Selbstbestimmung einerseits und Entschädigungsleistung andererseits. Ein weiterer Grund dafür wird auch darin liegen, dass das Gedenken an die Opfer der "Euthanasie" sich dezentral an den historischen Orten der Krankenmorde, in den Gedenkstätten der ehemaligen Tötungsanstalten

genauso wie in den psychiatrischen Nachfolgeeinrichtungen entwickelt hat (vgl. Fuchs et al. 2007, S. 16).

Einer dieser Orte in der Peripherie des offiziellen Gedenkens ist die "Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie-Morde Brandenburg an der Havel | Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten" (kurz Gedenkstätte Brandenburg). 2012 auf dem Gelände der einstigen NS-Tötungsanstalt eröffnet, informiert seitdem eine Ausstellung über die Geschichte des historischen Ortes. Dieser liegt mitten im Zentrum der Stadt in den Gebäuden des Alten Zuchthauses, wo 1939 zur Tarnung unter dem Namen "Landes-Pflegeanstalt Brandenburg an der Havel" die Tötungsanstalt errichtet wurde. In nur neun Monaten wurden dort in der Zeit von Februar bis Oktober 1940 über 9.000 Menschen in einer Gaskammer ermordet (vgl. Ley/Hinz-Wessels 2012, S. 15 ff.).

Inklusive Führungen als Gespräch

Die Gedenkstätte Brandenburg bietet neben den klassischen Führungen seit 2017 auch "Führungen als Gespräch" an, die von Menschen mit Lernschwierigkeiten zusammen mit einer Gedenkstättenpädagogin oder einem Gedenkstättenpädagogen durchgeführt und für Menschen mit und ohne Lernschwierigkeiten angeboten werden. Anspruch dieses Projektes ist es, die Beschlüsse der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) umzusetzen und Inklusion nicht nur darin zu verstehen, Menschen mit Lernschwierigkeiten an politischer Bildung teilhaben zu lassen, sondern sie selbst zu Akteur*innen der politischen Bildung zu befähigen. In Kooperation mit der Lebenshilfe Brandenburg-Potsdam e. V. wurden zwölf Menschen über mehrere Monate zu Guides ausgebildet und treten in der Gedenkstätte Brandenburg nun als Expert*innen auf. Damit ist dieses Projekt an Gedenkstätten in dieser Art noch einmalig, ist aber inzwischen zum Impulsgeber für andere geworden. Eine wachsende Zahl an Schulklassen und Jugendseminargruppen nehmen dieses Angebot in Anspruch, wie der Gedenkstättenpädagoge Christian Marx berichtet: "Tatsächlich merken wir, dass diese Führungen bei Schulklassen, von Sekundarschulen zum Beispiel, außerordentlich gut ankommen. Lehrer*innen sagen dann: Ihr macht das gut, aber mit den Guides ist es besser." (Marx/Albrecht 2020)



Die Gruppe der Guides bei einer Führung durch die Gedenkstätte Brandenburg Foto: Villa Fohrde

Das inklusive Angebot verändert für alle Beteiligten die Zugänge zu historischem Wissen, aber auch die Erfahrung des Gedenkstättenbesuchs an sich, wie die Gedenkstättenpädagogin Clara Mansfeld beschreibt (vgl. Mansfeld 2020, S. 241). Zunächst für die Guides selbst: Entgegen der allgemeinen Annahme, die Themen Nationalsozialismus und "Euthanasie"-Morde würden eine emotionale und kognitive Überforderung für Menschen mit Lernschwierigkeiten darstellen (vgl. George 2014, S. 156 ff.), zeigt das Projekt in der Gedenkstätte ein anderes Bild: "Die zukünftigen Guides wussten viel über den Nationalsozialismus – sei es aus Familienerzählungen, aus TV-Dokumentationen oder anderen Medien. Die Gelegenheit, dieses Wissen zu strukturieren und zu kontextualisieren, wurde von ihnen gerne wahrgenommen." (Mansfeld 2020, S. 245) Der Guide Lutz Albrecht erklärt seine Teilnahme mit den Worten: "Also erstmal bin ich geschichtlich und politisch interessiert. Und zweitens: es darf sich so etwas nicht wiederholen." (Marx/Albrecht 2020)

Das positive Feedback der Besucher*innen und das öffentliche Interesse an der Arbeit in Medien und auf Fachtagungen hatte für die Guides den Effekt, auf die eigene Tätigkeit mit Stolz und Selbstbewusstsein zu blicken. Und schließlich verstärkte sich auch die Wahrnehmung der politischen Dimension des Bildungsangebots bei den Guides, wie Kerstin Latzke schildert: "Ich würde immer sagen – … wir sind auch irgendwie dabei, irgendwie politisch. Wir machen ne Sache, dass wir auch Politik machen, in unserem Rahmen als lernschwache Menschen, dass wir mit leichter Sprache alles erzählen." (Mansfeld 2020, S. 246)

Emotionen – Im Spannungsverhältnis zwischen Annäherung und Überforderung

Welchen Zugang erfahren die Teilnehmer*innen der Seminare durch die inklusiven Führungen? Jugendliche bewerten den Besuch in der Gedenkstätte Brandenburg meist überwiegend positiv, wovon eine Auswahl an Aussagen der Seminarevaluation zeugen:

"Die Guides haben das echt super gemacht."; "Die Führung war aufschlussreich, auch Themen, Personen und Aktionen, von denen man noch nicht gehört hat, wurden interessant thematisiert."; "Es war ein sehr emotionaler Tag, wobei ich viele neue Eindrücke erhielt. Die Rolle der Guides war beeindruckend!"; "super eindrückliche und bewegende Erfahrung". Auffällig ist, dass die hier exemplarisch ausgewählten Eindrücke der emotionalen Erfahrung durchaus keine Seltenheit sind und nicht nur durch die Themen, sondern auch durch die Begegnung mit den Guides, mit Menschen mit Lernschwierigkeiten hervorgebracht werden. Diese Begegnung gehört für viele Jugendliche zu keiner alltäglichen Erfahrung und verstärkt zunächst eine Unsicherheit und Befangenheit, die aufgrund von Fragen angesichts eines angemessenen Verhaltens bei Besuchen in Gedenkstätten oft bestehen (vgl. Heyl 2013, S. 245). Tatsächlich lässt sich aber meist bereits bei dem Einführungsworkshop beobachten, dass die Guides durch das Verwenden von Alltagssprache, einfachen Formulierungen und der Aufforderung, stets nachzufragen, einen leichteren Zugang zum Thema ermöglichen und die anfängliche Befangenheit meist abfällt. Die Begegnung mit den Guides wirkt sich auch auf eine positive Arbeitsatmosphäre im weiteren Verlauf des Besuches aus: $_{\prime\prime}(...)$ feststellbar ist (...), dass die Besucherinnen und Besucher sich auf die Arbeit mit den Materialien und Quellen (z. B. Kranken- und Fürsorgeakten, Prozessakten der Täter) stärker einlassen – häufig offener und aufgeschlossener sind als Teilnehmende, die vorher eine "klassische" Führung mitgemacht haben. Ihr Verständnis der Dokumente ist oft vielschichtiger, ihnen gelingt eine Differenzierung zwischen der stigmatisierenden Tätersprache in den Quellen und den dahinter durchscheinenden Biografien der Opfer." (Mansfeld 2020, S. 248)

Von emotionalen Zugängen bei Gedenkstättenbesuchen ist es nicht weit zum Vorwurf der Überwältigung. Die historisch-politische Bildung im Allgemeinen und die Gedenkstättenpädagogik im Besonderen haben sich 1976 dem "Überwältigungsverbot" als eine zentrale Kategorie des *Beutelsbacher Konsens* verpflichtet (vgl. Heyl 2013, S. 242). Ein Besuch in einer Gedenkstätte ist immer auch ein emotionales Ereignis, oft verknüpft mit dem Anspruch von Lehrer*innen, "die Jugendlichen sollten beim Gedenkstättenbesuch in emotionalen Lernprozessen Empathie mit den Opfern des Nationalsozialismus entwickeln". Der Gedenkstättenbesuch sollte mit Verweis auf Matthias Heyl jedoch unter dem Zeichen einer empathischen Annäherung, die gerade keine empathische Überwältigung meint, anstatt einer empathischen Aneignung stehen (vgl. ebd., S. 247 ff.). Letztere sei vielmehr "Ausdruck des Fehlens, der Abwesenheit, des Versagens von Empathie" (ebd., S. 255).

Die "Führungen als Gespräch" mit den Guides zeigen, dass hier empathische Zugänge und Annäherung ermöglicht werden und in der Abschlussrunde auch Raum für emotionale Wahrnehmung und Äußerungen ist. Darüber hinaus ist zu beobachten, dass die inklusiven Führungen nicht nur eine besondere Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nationalsozialist*innen anregen, sondern ebenso "eine Reflexion der eigenen Verortung innerhalb der Geschichte sowie des Umgangs mit Stigmatisierung

heute" (Mansfeld 2020, S. 250) verstärken. Der Gefahr, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten als "emotionale Katalysatoren 'benutzt' werden" könnten, kann und muss hingegen "durch eine permanente Selbstreflexion vonseiten der Gedenkstättenmitarbeitenden und auch der Besuchenden begegnet werden" (ebd.) – auch im Austausch mit den Guides in der Gedenkstätte sowie in Reflexion innerhalb der Seminargruppe nach dem Gedenkstättenbesuch.

Bericht aus der Praxis

Der Gedenkstättenbesuch im Rahmen des Projekts "Partizipativ (Ge)Denken" der Villa Fohrde



Jugendliche in der Gedenkstätte Brandenburg bei der Biografiearbeit Foto: Villa Fohrde

Die Bildungsstätte Villa Fohrde kooperiert seit vielen Jahren mit der Gedenkstätte Brandenburg und seit 2016 insbesondere im Rahmen des Projektes "Partizipativ (Ge)Denken". Die innerhalb dieses Projektes stattfindenden 5-tägigen Seminare richten sich überwiegend an junge Menschen, die von Bildungshindernissen betroffen sind und kaum Vorkenntnisse zum Thema mitbringen. Neben der Auseinandersetzung mit dem Thema der Patient*innenmorde und der Ideologie lebensunwerten Lebens gehen sie der Frage nach, was diese Geschichten von Ausgrenzung und Verfolgung heute für uns bedeuten.

Je nach Zielgruppe und Interesse der Teilnehmer*innen wird der Besuch in der Gedenkstätte mit unterschiedlichen Themen verknüpft. Fester Bestandteil ist die Vorbereitung auf den Gedenkstättenbesuch mit biografischer Zeitstrahlarbeit und der Frage, was ich eigentlich selbst mit Geschichte zu tun habe. Daran knüpfen analoge und digitale Stationen zu ausgewählten Aspekten der Geschichte des Nationalsozialismus an, um das unterschiedliche Wissen der Teilnehmer*innen über diesen Zeitraum zu sammeln und zu strukturieren.

In der Gedenkstätte Brandenburg beginnt der Tag mit einem Einführungsworkshop zum Thema "Es begann mit Worten". Anhand von nur fünf Gegensatzpaaren führen die Guides eindrucksvoll vor Augen, wie Ideologie und Ausgrenzung im

Nationalsozialismus (und darüber hinaus) funktionierten: sinnlos – sinnvoll, unnütz – nützlich, minderwertig – höherwertig, erbkrank – erbgesund, lebensunwert – lebenswert. Vor dem Hintergrund der später in der Führung und in den

Archivmaterialien thematisierten Biografien von Opfern wird der Aspekt von "Macht", der in seiner Wichtigkeit oft vernachlässigt oder geleugnet wird, sehr greifbar – zunächst nur Worte, konnten diese durch Kategorien und deren Hierarchisierung zu Todesurteilen werden. Außerdem wird deutlich, dass die "Ausschaltung der Minderwertigen aus der Gesellschaft" und die "Vernichtung lebensunwerten Lebens" bereits seit dem 19. Jahrhundert die Debatten um "Rassenhygiene" und "Euthanasie" bestimmten und in der nationalsozialistischen Propaganda "nur noch" aufgegriffen und hervorgehoben wurden (vgl. Hohendorf 2007, S. 36 ff.).

Am Nachmittag schließt sich eine vertiefende Auseinandersetzung mit Archiv- und Quellenmaterial zu den Opfern und Täter*innen, also Ärzte (in Brandenburg nur männliche) sowie Krankenschwestern und -pflegern an. Anhand von Kranken-, Erfassungs- und Tötungsakten kann zum Beispiel exemplarisch der Weg von Günther E. seit der Wegnahme von seiner Familie über die Unterbringung in Pflegeeinrichtungen bis zu seinem Tod nachvollzogen werden, als er 1940 im Alter von 10 Jahren in Brandenburg an der Havel vergast wird. In den Texten spiegelt sich die Sicht der nationalsozialistischen Institutionen auf das Kind wider, die in ihrer Wortwahl über die Jahre immer negativer wird. In einer ärztlichen Zusammenfassung aus der Patientenakte heißt es im Mai 1940: "G(ünther). entstammt einer erblich belasteten Sippe. (...) G(ünther). befindet sich seit 1936 in Anstalten. Er leidet an angeborenem Schwachsinn erheblichen Grades. (...) Seine Fortschritte sind äußerst dürftig. G(ünther). ist kaum als bildungsfähig anzusehen. (...) Er ist dauernd anstaltspflegebedürftig." (Bundesarchiv Berlin, R 179, Nr. 14724)

Die größten Diskussionen unter Jugendlichen entspinnen sich meist an der Frage, aus welchen Beweggründen sich das ärztliche Personal an Patient*innenmorden beteiligten und ob es auch welche gab, die sich verweigerten. Stellvertretend dafür kann die Aussage des Brandenburger Assistenzarztes Heinrich Bunke in einem Vernehmungsprotokoll vom 13. April 1962 herangezogen werden: "Ich hätte die Möglichkeit gehabt, mich zu weigern, an der Aktion teilzunehmen. Mir ist damals aber nicht klargeworden, daß es sich um eine gesetzeswidrige Handlung handeln könnte." (Bundesarchiv Berlin, R 178, K.4 A.3) Und auch Krankenschwestern wie beispielsweise Anna G. äußern sich dahingehend: "Ich war der Überzeugung, daß ich als Beamtin im Staatsdienst verpflichtet war, jedes Verlangen des Staates auszuführen. (...) Einen Bankraub oder einen Diebstahl hätte ich nicht ausgeführt, weil man so etwas nicht tut. Außerdem hätte ein Diebstahl nicht zu meinen Aufgaben gehört." (Steppe 2001, S. 341 f.)

Es gab – wenn auch nur wenig nennenswerte – Beispiele von Widerstand unter dem ärztlichen Personal. Der Fall des Leiters der "Heil- und Pflegeanstalt" Göttingen, Professor Dr. Gottfried Ewald zeigt, dass er sich mit der Begründung der Behandlungserfolge in der Psychiatrie und seiner Ablehnung, die eigenen Patient*innen zu töten nicht an der "Aktion T4" teilzunehmen, keine weiteren Konsequenzen für seinen beruflichen Werdegang einhandelte (vgl. Klee 1985, S. 223 ff.).

Themen und Bezüge zur Gegenwart und Lebenswelt der Jugendlichen

Abschließend soll verdeutlich werden, welche Themen sich mit dem Besuch der Gedenkstätte im weiteren Verlauf der Seminare verbinden können. Die Seminare im Rahmen des Projekts "Partizipativ (Ge)Denken" sollen dazu anregen, Geschichte(n) zu hinterfragen und zu untersuchen, wer über wen welche Geschichte(n) erzählt sowie welche Rolle Macht dabei spielt. Zu Beginn des Seminars steht dazu meist eine Übung, bei der sich die Teilnehmer*innen mit der Konstruktion des Begriffs "normal" auseinandersetzen.

Dieser Blick auf Geschichte(n) schließt auch eine Reflexion über eigene "Single Stories" mit ein. Anhand des TED-Talks von Chimamanda Ngozi Adichie (2009) erarbeiten die Teilnehmer*innen zum Beispiel in Kleingruppen, was die Gefahr einer "Single Story" ist, welche "Single Stories" sie über Gruppen kennen, denen sie sich selbst zugehörig fühlen und was sich der Gefahr einer "Single Story" entgegensetzen lässt – eine "Vielfalt von Geschichten". Dies kann nach dem Gedenkstättenbesuch aufgegriffen werden, in dem die Forderungen der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung seit den 1970er Jahren angeschaut werden. Wo sind Menschen mit Lernschwierigkeiten heute in unserer Gesellschaft sichtbar? Von wem wird öffentlicher Raum geprägt und eingenommen? Indem der (Un-)Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung nachgegangen wird, können auch intersektionale Aspekte aufgezeigt werden (z. B. Behinderung und Geschlecht). Thematisch daran anknüpfen kann die Methode "Wall of fame": Jeder Kleingruppe stehen eine Auswahl von Fotos berühmter Menschen mit Behinderungen zur Verfügung, die sie nach einer kurzen Recherchephase vorstellen. So kann angeregt werden, eigene "Single Stories" zu hinterfragen sowie Vielfalt und unterschiedliche Empowerment-Strategien zu zeigen. Ebenso ist es denkbar, den Fokus auf andere Themen und gesellschaftliche Debatten wie zum Beispiel zur pränatalen Diagnostik oder dem sogenannten Triage-Verfahren im Zuge der Corona-Pandemie zu legen.

Zum Ende des Seminars hin kann ein Workshop stehen, der dazu einlädt, Handlungsoptionen gegen Diskriminierung zu entwickeln sowie einen Austausch über Strategien gegen Diskriminierung anzuregen. So werden in den Gedenkstättenseminaren nicht nur historische Zusammenhänge vermittelt, sondern auch Empathiefähigkeit durch die Beschäftigung mit einzelnen Biografien und "die Herausbildung demokratischer Einstellungen und Werte sowie demokratisches, soziales und politisches Handeln" gefördert (Haug/Thimm 2007, S. 13).

Susanne Albani, Villa Fohrde e. V.

Bericht aus der Praxis

Das Schwingen der leeren Schaukel – Fragmente aus dem Leben Wilhelm Lorbachs zwischen Fürsorgeerziehung und Kindereuthanasie



Erinnerungen an Wilhelm Lorbach

In unseren lokal-historischen Projekten dürfen Jugendliche nach einer gemeinsamen medienpraktischen Einführung und einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema Erinnerungskulturen eigenständige Recherchen zu Personen oder Orten in Kleingruppen durchführen. Oftmals entwickeln sie eigene Ideen und Vorschläge, zu Plätzen an den sie täglich vorbeikommen oder zu Stolpersteinen, Gedenktafeln, Denkmälern, die sie schon mal wahrgenommen haben. Manchmal haben wir Teamer*innen aber auch thematische Anregungen zur Hand, die nicht immer nur dem Zufall geschuldet sind und auf die aus freien Stücken wahrscheinlich auch niemand gestoßen wäre.

Mit geringem biografischen Material, dem Versprechen der Unterstützung und einem Historiker als Experten, konnten wir eine Gruppe Jugendlicher gewinnen, zu der kurzen und kaum bekannten Lebensgeschichte Wilhelm Lorbachs (3. Juli 1930 – 28. September 1944) zu arbeiten. Aufmerksam geworden durch eine anonyme Stolpersteinspende, sollte ihm wenige Wochen nach dem Seminar ein Gedenkstein an seinem letzten freiwilligen Zuhause verlegt werden. Diese Wohnung und seine Familie musste Wilhelm Lorbach auf Beschluss des Amtsgerichts Essen über die Anordnung der

Fürsorgeerziehung im November 1935 im Alter von 5 Jahren verlassen. Die komplette Familie wurde mehrfach verfolgt; u. a. wegen angeblich identifizierter sozialer und sexueller Verwahrlosung, körperlichen und geistigen Behinderungen, Lerndefiziten und aus rassistischen Gründen. Ein Netzwerk aus Fürsorge- und Krankeneinrichtungen, Jugendämtern, Gerichten, Psychiatrien und begutachtenden Personen schöpfte aus dem Repertoire nationalsozialistischer Maßnahmen: Die Eltern und ein Bruder Wilhelms wurden zwangssterilisiert, drei Kinder wurden in sogenannte Fürsorgeeinrichtungen eingewiesen, Wilhelm und seine Schwester Magarete wurden Opfer der sogenannten Kindereuthanasie.

Bei der Annäherung an das Schicksal dieses Jungen standen die Jugendlichen vor vielfältigen Herausforderungen. Ihre Aufgabe: einen kurzen Film über das Leben Wilhelm Lorbachs zu drehen. Die Schwierigkeit: Es gab jedoch nur ein Foto auf seiner Personalakte B des Franz-Sales-Haus aus dem Jahre 1936. Bei der anschließenden Spurensuche spielte die Frage "Wie lässt sich seine Geschichte ohne Bilder filmisch erzählen?" eine wichtige Rolle.

An seinem letzten Wohnort gibt es keinen Hinweis mehr auf die ärmlichen Lebensverhältnisse im Ruhrgebiet Mitte der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts, heute stehen dort Einfamilienhäuser. Damals ging es von dort aus für den Fünfjährigen auf eine erbarmungslose Odyssee. Zuerst ins St. Raphael Haus/Domagen, dann 1936 ins Essener Franz-Sales-Haus mit mehrmaligen Unterbrechungen in der Landesklinik Viersen-Süchteln und wiederum vom Franz-Sales-Haus im April 1943 mit einem Transport zum Zielort Uchtspringe bei Stendal in Sachsen-Anhalt. Diese Anstalt diente zwischen Juli 1940 und August 1940 für die Vergasungsklinik Brandenburg/Havel und dann bis Ende Juli 1941 für Bernburg/Saale als Zwischenanstalt. Nach dem "Euthanasie"-Stopp im August 1941 wurde Uchtspringe mit Medikamenten zur Patiententötung beliefert und zeitgleich eine der sogenannten Kinderfachabteilung zur Durchführung der "Kindereuthanasie". Dort wurde Wilhelm im Rahmen dieser "Kindereuthanasie" am 28. September 1944 ermordet.

Was ist in diesen neun Jahren geschehen, dass der fünfjährige Wilhelm, der ursprünglich vor drohender Verwahrlosung gerettet werden sollte, letztendlich mit 14 Jahren den Kranken- und Patientenmorden zum Opfer fiel und welche Fragen können Jugendliche heute an diese Dramaturgie stellen?

Wilhelm war ein uneheliches Kind. Für Jugendliche heute nichts Ungewöhnliches: Statistisch wird ein Drittel aller Kinder unehelich geboren, ca. 50 % aller Kinder und Jugendliche wachsen mindestens zeitweise in Einelternfamilien auf. In den 30er Jahren lag die Vormundschaft für nichteheliche Kinder bei den jeweiligen Jugendämtern. Gegen die Vorwürfe, die zur Fürsorgeerziehung ihrer drei unehelichen Kinder führten, konnte die Mutter nichts ausrichten. Während des gerichtlichen Verfahrens zur

Unfruchtbarmachung wegen "angeborenen Schwachsinns" im Jahr 1936 bedauert sie, dass sie nicht weiß, was sie machen kann, gegen die Wegnahme der drei Kinder.

Was können Jugendliche der Akte B noch entnehmen? – Die Diagnose, die da lautet: "Schwachsinn mäßigen Grades mit rechtsseitiger (…) Bewegungsstörung." Mit Hilfe des Historikers Volker van der Locht versuchten die Jugendlichen diese Zuschreibungen zu entschlüsseln.

Durch die partielle rechtseitige Lähmung bedingt, war Wilhelm ein Linkshänder, eine Eigenart, die damals unbedingt abtrainiert werden musste – heute kennen wir die Konsequenzen. Seine körperlichen Einschränkungen wurden mehrfach in der Landesklinik Viersen-Süchteln behandelt. Der Hilfsschüler Wilhelm verpasste zahlreiche Unterrichtstunden, konnte aber laut Bericht "durch Eifer und Erfragen die dadurch entstandenen Lücken fast ganz" nachholen.

Seine Entwicklung schaut trotz seiner schlechten Prognose durchaus optimistisch aus. Im zweiten Schuljahr 1937 heißt es über ihn: "Willi Lorbach ist ein sonniges, lebhaft, aufgewecktes Kind, das immer zum Scherzen u. Schelmenstreichen aufgelegt ist. Er belebt den Unterricht durch seine witzigen Fragen u. Einfälle und macht sich dadurch zum Freunde aller. Er ist sehr gemütvoll, anhänglich, gesellig, macht beim Gemeinschaftsspiel gern den Führer, ohne jedoch aufdringlich zu sein."

Drei Jahre später finden wir diesen Eintrag über ihn: "Die schulischen Fortschritte sind verhältnismäßig gut. Willi zeigt guten Willen, Fleiß u. Ausdauer in jeder Beziehung. Seine Leistungen jedoch entsprechen nicht den Anforderungen der Klasse. Eine Wiederholung des Stoffes ist erforderlich."

Volker van der Locht weiß: Solche Akteneinträge über "Euthanasie"-Opfer muss man betonen, weil sie der Ansicht der NS-Täter widersprechen, bei den Ermordeten handele es sich um "leere Menschenhülsen".

In den darauffolgenden Jahren verschlechtern sich Wilhelm schulische Leistungen, Unterrichtsausfall und nächtliche Fliegeralarme werden als Ursache in Erwägung gezogen. Seine partielle Lähmung bereitet ihm Probleme bei handwerklichen Aufgaben.

Die Jugendlichen staunen, wie detailliert alte Dokumente Aufschluss geben können, wenn Expert*innen sie lesen und deuten können, verzweifeln aber teilweise an den handschriftlichen Einträgen. Doch das Puzzle ist noch nicht komplett, die Frage, warum Wilhelm Lorbach mit 14 Jahren im Rahmen der Kranken- und Patientenmorde getötet wurde, noch nicht beantwortet. Bislang fehlt die entscheidende rassistische Komponente der Mehrfachverfolgung, die letztendlich für die Tötungsaktion verantwortlich ist.

Springen wir ins Jahr 1943 – am 16. Januar wollte Landesrat Walther Hecker von der rheinischen Fürsorgeerziehungsbehörde wissen, wie viele "fremdvölkische Jugendliche" auf Kosten des Landesjugendamtes in den Anstalten untergebracht waren. Das Franz-Sales-Haus benannte 14 Mädchen und Jungen ("zwei Zigeuner, drei Zigeunermischlinge und neun Jenische"). Willi wurde als sogenannter Zigeunermischling auf die Liste gesetzt. Denn in der Familienvorgeschichte in Willis Schulpersonalbogen heißt es: "Der Vater des Kindes soll ein Zigeuner sein, (…). Er ist mehrfach wegen Sittlichkeitsverbrechen bestraft und auch sterilisiert. Die Mutter sieht aus wie eine Zigeunerin, hat 3 uneheliche Kinder, 2 sind schwachsinnig." Allein diese auf Spekulationen beruhenden Beschreibungen der Eltern "soll … sein, sieht aus wie …" befördern Wilhelm auf die Liste sogenannter "fremdvölkischer Jugendlicher".

Am 15. April wird Wilhelm Lorbach im Alter von 13 Jahren in die sogenannte Kinderfachabteilung zur Durchführung der "Kindereuthanasie" Uchtspringe verlegt. Dort wird er am 28. September 1944 ermordet.

Wie lässt sich ein Leben, das keine Spuren hinterlässt, erzählen? Ohne akribisch forschende Menschen, die kleinste Hinweise in Archiven verfolgen und zusammentragen, wären sie für immer vergessen.

Mehrere Tage recherchierten die jungen Forscher*innen zu den verschiedenen Dimensionen der staatlichen und als fürsorglich titulierten Zugriffe auf ein Kind in den 30er Jahren, das wehrlos in die Vernichtungslogistik der Nationalsozialisten geriet. Sie filmten die Außenfassade des 19. Jahrhunderts in Essen gegründeten Franz-Sales-Hauses, das heute sein <u>Leitbild</u> "Leben gemeinsam gut gestalten" tituliert. Einen Verweis auf seine Geschichte im Nationalsozialismus suchten wir vergeblich auf der offiziellen Homepage.

Sie dokumentierten mit der Kamera Volker van der Locht zwischen alten Dokumenten und Erklärungen und gestalteten ein Interview mit ihm. Aber wie sollte sie das Kind Wilhelm Lorbach einbinden in das Reden über ihn? Verschiedene Variationen wurden diskutiert und wieder verworfen und abschließend wählten die Jugendlichen einen leeren Spielplatz mit einer unbesetzten, hin- und her schwingenden Schaukel, um seine Lebensgeschichte im Schwarz-Weiß-Modus zu erzählen und fanden so ihren Ausdruck für diese Leerstelle ...

Katja Schütze, Bildungsstätte der Humanistischen Union

Interview mir Dr. Volker van der Locht, Essen

Promovierter Erziehungswissenschaftler mit Schwerpunkt Geschichte des Behindertenwesens und speziell Zwangssterilisation und Euthanasie an Kranken in Essen und im Ruhrgebiet.

Die Aufarbeitung und Erinnerung an Opfer von NS-Kranken- und Patient*innen Morden finden in der Öffentlichkeit relativ wenig Beachtung. Wie erklärst du dieses Phänomen?

Ich vermute ein richtig schlechtes Gewissen. Kranke und Behinderte, besonders Kinder, sind die wehrlosesten Opfer. Sie konnten am wenigsten Widerstand leisten, hatten praktisch keine Handlungsfreiheit, um zu fliehen. Daran möchte niemand erinnert werden. Das betrifft nicht nur offizielle Stellen, sondern geht bis in die Familien, wo Euthanasieopfer verdrängt und verschwiegen werden.

Die sogenannte Euthanasie ist ja nicht von den Nationalsozialisten erfunden worden. Was unterscheidet diese Kategorie der Verfolgung und Vernichtung von der anderer Opfergruppen?

Das erbbiologische Denken, also Ausschluss von der Fortpflanzung war verbreitet und entzieht sich dem typischen politischen Links-Rechts-Schema. Es gab linke Ärzte, die für Sterilisationen und einige wenige auch für Euthanasie waren, es gab NS-Ärzte, die gegen die Euthanasie aber für Judenmord waren, es gab auch NS-orientierte Behinderte (meist Kriegsversehrte). Das ist alles sehr kompliziert.

Wenn sich politisch-historische Jugendbildung mit dem Thema Kranken- und Patient*innen-Morde im NS allgemein oder biografisch auseinandersetzen möchte, welche aktuellen Fragestellungen lassen sich für Jugendliche an das Thema anknüpfen?

Da spielen natürlich aktuelle Diskussionen über Pränataldiagnostik und Sterbehilfe eine Rolle. Vielleicht gibt es noch alte Gerichts-, Klinik- oder Amtsgebäude, in denen vor 1945 über Sterilisationen und Euthanasie entschieden wurde. Gerade bei den Stolperstein-Verlegungen wird sichtbar, dass die Opfergeschichten in der eigenen Stadt, in der Nachbarschaft begann auch wenn der Mord in einer entfernt liegenden Anstalt durchgeführt wurde.

Menschen, die sich lokalhistorisch zu dem Thema auf Spurensuche begeben möchten: Wo finden sie Unterstützung, historisches Material, Bilder, Patient*innen-Akten und/oder Expert*innen?

Hat man/frau die Vermutung, dass es ein verdrängtes, vergessenes Opfer in der eigenen Familie gibt, oder die Betreffenden wollen allgemein lokal anfangen, dann sind die örtlichen Stadt- oder Kreisarchive erste Ansprechpartner, sie verfügen über Einwohner*innenmeldedaten, evtl. auch Literatur. Gibt es Hinweise auf Mordstätten, dann bietet sich eine Anfrage dort an. Alle ehemaligen Euthanasieanstalten verfügen über Gedenkstätten, Hinweise gibt es im Internet. Patient*innenakten können in den Klinik- oder Anstaltsarchiven oder den Archiven der Landeswohlfahrtsverbände sein. Die Archivar*innen können weiterhelfen. Hinweise kann auch die Arbeitsgemeinschaft Bund der Euthanasie-Geschädigten und Zwangssterilisierten (AG-BEZ) geben, auch übers Internet erfragbar.

Volker, du lebst in Essen forscht seit Jahrzehnten zu dem Thema nicht nur auf lokaler Ebene. Was berührt dich besonders bei deinen Recherchen?

Berührt hat mich besonders die jeweilige Einzigartigkeit eines jeden Opferschicksals – keins ist wie das andere. Ebenso fällt auf, wie viele Personen in die Dramaturgie involviert waren, bis es zum Mord kommt, Haus- und Klinikärzt*innen, Fürsorgerinnen, Jugendpfleger*innen, Richter*innen, Lehrer*innen. Alle haben nur ihre Pflicht getan und am Ende steht der Mord.

Wer in Essen lebt, muss bei dem Thema Kranken- und Patient*innen-Morde als erstes an das Franz-Sales Haus an der Steeler Straße denken. Wie ist dort eigentlich der Stand der Aufarbeitung?

Im Großen und Ganzen sind die Deportationen während der NS-Zeit aufgearbeitet. Ich erhalte aber immer wieder Anfragen, über das Schicksal einzelner Anstaltszöglinge. Berührt hat mich eine Anfrage aus Holland. Eine jüdische Familie ist nach der Pogromnacht 1938 nach Holland geflüchtet und hat einen behinderten Sohn ins Franz-Sales-Haus gebracht. Der Junge ist wie Ernst Udewald in dem Judentransport ermordet worden, während viele Familienmitglieder von Holland aus nach Auschwitz deportiert wurden. Nachfahren der Familie, heute in Israel und Frankreich lebend, wussten nichts von dem Euthanasiemord.

Ursprünglich sollte unsere Expertise in der Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie-Morde in Brandenburg starten. Das konnte leider corona-bedingt nicht stattfinden. Gab es in Essen historische Verflechtungen mit Brandenburg oder anderen ehemaligen Orten der Vernichtung/heutigen Gedenkstätten?

Ja, einige Essener Psychiatriepatient*innen waren in der Landesklinik Bedburg-Hau untergebracht. Von dort gab es im März 1940 einen Transport nach Brandenburg, bei dem auch Essener ermordet wurden.

Noch ein kurzer Blick in die Jahre nach 1945. Allerortens werden Kontinuitäten des nationalsozialistischen Denkens und Handelns vermutet. Wie steht es um diese Anwürfe im Bereich der Akteur*innen und Institutionen, die an Kranken und Patient*innen-Morden mitgewirkt haben?

Das erbbiologisch/eugenische Denken hat nach 1945 nicht aufgehört. Auch die Alliierten haben nur einzelne Hauptverantwortliche im Nürnberger Ärzteprozess verurteilt. Tausende Ärzt*innen in Gesundheitsämtern und Kliniken blieben verschont. Wichtige Euthanasieärzt*innen machten nach Gründung der BRD Karriere und starben selbstzufrieden in hohem Alter. Sie sorgten dafür, dass die Opfer jahrzehntelang keine Entschädigung bekamen.

Literatur

Adichie, Chimamanda Ngozi (2009): "The Danger of a Single Story";

Aly, Götz (2013): Die Belasteten. "Euthanasie" 1939–1945. Eine Gesellschaftsgeschichte. Frankfurt am Main: S. Fischer

Berger, Sara (2013): Experten der Vernichtung. Das T4-Reinhardt-Netzwerk in den Lagern Belzec, Sobibor und Treblinka. Hamburg: Hamburger Edition

Bock, Gisela (2010): Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Geschlechterpolitik. Münster: Monsenstein und Vannerdat

Fuchs, Petra (2007): Die Opfer als Gruppe. Eine kollektivbiografische Skizze auf der Basis empirischer Befunde. In: Fuchs, Petra/Rotzoll, Maike/Müller, Ulrich/Richter, Paul/Hohendorf, Gerrit (Hrsg.): Das Vergessen der Vernichtung als Teil der Vernichtung selbst. Lebensgeschichten von Opfern der nationalsozialistischen "Euthanasie". Göttingen: Wallstein, S. 53–72

Fuchs, Petra/Rotzoll, Maike/Müller, Ulrich/Richter, Paul/Hohendorf, Gerrit (Hrsg.) (2007): Das Vergessen der Vernichtung als Teil der Vernichtung selbst. Lebensgeschichten von Opfern der nationalsozialistischen "Euthanasie". Göttingen: Wallstein

George, Uta (2014): Inklusive Bildung in Gedenkstätten. In: Fleßner, Alfred/George, Uta/Harms, Ingo/Keller, Rolf (Hrsg.): Forschungen zur Medizin im Nationalsozialismus. Vorgeschichte – Verbrechen – Nachwirkungen (Schriftenreihe der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten, Bd. 3). Göttingen: Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten, S. 155–168

Haug, Verena/Thimm, Barbara (2007): <u>Projektdokumentation</u>. "Aus der Geschichte lernen? Entwicklung zeitgemäßer Seminarkonzepte zur Vermittlung der NS-Geschichte insbesondere an Gedenkstätten im Kontext einer historisch-politischen Bildungsarbeit in Demokratie fördernder Perspektive". Dachau

Heyl, Matthias (2013): Mit Überwältigendem überwältigen? Emotionen in KZ-Gedenkstätten. In: Brauer, Juliana/Lücke, Martin (Hrsg.): Emotionen, Geschichte und historisches Lernen. Geschichtsdidaktische und geschichtskulturelle Perspektiven (Studien des Georg-Eckert-Instituts zu internationalen Bildungsmedienforschung, Bd. 133), Göttingen: Georg-Eckert-Institut, S. 239–259

Hohendorf, Gerrit (2007): Ideengeschichte und Realgeschichte der nationalsozialistischen "Euthanasie" im Überblick. In: Fuchs, Petra/Rotzoll, Maike/Müller, Ulrich/Richter, Paul/Hohendorf, Gerrit (Hrsg.): Das Vergessen der Vernichtung als Teil der Vernichtung selbst. Lebensgeschichten von Opfern der nationalsozialistischen "Euthanasie". Göttingen: Wallstein, S. 36–52

Klee, Ernst (1985): "Euthanasie" im Staat. Die "Vernichtung lebensunwerten Lebens". Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch

Ley, Astrid/Hinz-Wessels, Annette (Hrsg.) (2012): Die Euthanasie-Anstalt Brandenburg an der Havel: Morde an Kranken und Behinderten im Nationalsozialismus. Berlin: Metropol

Mansfeld, Clara (2020): Menschen mit Lernschwierigkeiten als Vermittelnde von Geschichte. Historisch-politische Bildungsarbeit und inklusive Begegnungen in der "Euthanasie"-Gedenkstätte Brandenburg. In: Meyer, Dorothee/Hilpert, Wolfram/Lindmeier, Bettina (Hrsg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn: bpb, S. 239–252

Marx, Christian/Albrecht, Lutz (2020): <u>Podiumsgespräch</u> auf der Bundesvolontariatstagung 2020 mit dem Gedenkstättenpädagogen zum Thema "Diversität im Team – Erwachsene Menschen mit Lernschwierigkeiten als Guides in der Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie-Morde in Brandenburg an der Havel"

Schmuhl, Hans-Walter (1987): Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie: von der Verhütung zur Vernichtung "lebensunwerten Lebens". Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht

Steppe, Hilde (2001): Krankenpflege im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main: Mabuse Verlag

Zugriff auf alle in dieser Publikation benannten Internetquellen: 25.05.2021.

Mitglieder der Fachgruppe "Erinnerungskultur und Teilhabe"

Eva Krane Vogelsang IP gGmbH www.vogelsang-ip.de/de/ eva.Krane@vogelsang-ip.de

Verena Reichmann aktuelles forum e. V. www.aktuelles-forum.de/ v.reichmann@aktuelles-forum.de

Katja Schütze Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V. www.hu-bildungswerk.de katja.schuetze@hu-bildungswerk.de

Susanne Albani Villa Fohrde e. V. www.villa-fohrde.de/ susanne.albani@villa-fohrde.de

Christoph Schultz Soziale Bildung e. V. www.soziale-bildung.org c.schultz@soziale-bildung.org

Gina Schumm
Jugendkulturarbeit e.V.
www.jugendkulturarbeit.eu
q.schumm@jugendkulturarbeit.eu

Olan Scott Pinto Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH www.lidicehaus.de scott.pinto@lidicehaus.de

Daniel Steinbach Waldritter e. V. www.waldritter.de daniel.steinbach@waldritter.de

Giulia Tonelli Anne Frank Zentrum e. V. www.annefrank.de tonelli@annefrank.de



Jahresbericht 2020 – Programm Politische Jugendbildung im AdB

Jugendliche in der Pandemie – Perspektiven zur Gegenwart und Zukunft junger Menschen in Freiwilligendiensten

Bericht der Fachgruppe "Arbeit und Lebensperspektive"

Die Corona-Pandemie hat die Arbeitswelten und Lebensperspektiven der Fachgruppe, aber auch der Teilnehmenden rasant verändert. Jugendliche müssen lernen, mit der Pandemie zu leben. Sie erfahren, dass kaum noch etwas ist, wie zuvor. Die Fachgruppe hat insbesondere die Perspektiven von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Übergang Schule-Beruf in den Blick genommen, deren Stimmen aktuell zumeist nicht gehört werden. Einbezogen wird eine Umfrage der Fachgruppe unter jungen Menschen, die 2020 einen Freiwilligendienst absolvierten.



Corona brachte die politische Jugendbildung vor Ort fast gänzlich zum Erliegen Foto: HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg

Der Umgang mit dem Virus und die gesellschaftspolitischen Maßnahmen haben seit dem Frühjahr 2020 erheblichen Einfluss auf die außerschulische Jugendbildungsarbeit zur Arbeitswelt und Lebensperspektive und auf ihre Teilnehmenden. Zunächst kam die Jugendbildung fast gänzlich zum Erliegen, dann begannen wir neue, zumeist digitale oder hybride Konzepte zu entwickeln. Gleichzeitig veränderten sich die Arbeitswelten und Lebensperspektiven von uns und unseren Teilnehmenden in einer rasanten Geschwindigkeit. Nun stehen wir als Fachgruppe mitten in der Transformation des eigenen Arbeitsfeldes und erleben Jugendliche, die lernen mussten und müssen, mit

der Pandemie zu leben. Ihnen wollen wir im Folgenden den Raum überlassen. Dabei haben uns insbesondere die Perspektiven von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Übergang Schule–Beruf interessiert, denn ihre Stimmen fehlen bis heute in den Diskussionen und Maßnahmenkatalogen. Neben einer Vielzahl bereits erhobener und publizierter Studien haben wir innerhalb unserer Fachgruppe auch eine eigene Umfrage zu "Zukunft und Pandemie" erstellt: 100 junge Menschen, die 2020 einen Freiwilligendienst absolvierten, haben uns Fragen zu ihrem Erleben in der Pandemie beantwortet und wir haben überraschende Ergebnisse erhalten.

Vergessene Jugend in der Pandemie

Dass sich die Konsequenzen der Pandemie nicht in Corona-Zahlen, Abstandsregeln und wirtschaftliche Unsicherheiten zusammenfassen lässt, wurde bereits durch die erste JuCo Studie (vgl. Andresen et al. 2020a) im Frühjahr 2020 deutlich. Es gibt viele marginalisierte Gruppen über die kontinuierlich gesprochen wird, die jedoch selbst nicht beteiligt und auf ihnen zugeteilte Rollen reduziert werden. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene stellen so eine Gruppe dar und werden auf ihre Rolle als Schüler*innen oder Student*innen reduziert. Gerade sie empfinden die Erfahrungen des Lockdowns und der daraus resultierenden Kontaktbeschränkungen als emotional und psychisch belastend. Während die frühkindliche Bildung und politische Jugendbildung von heute auf morgen gar keinen Stellenwert mehr hatte, wurde über Schulen viel diskutiert. Leider wurden die eigentlichen Expert*innen dieses (schulischen) Lernraumes, die Schüler*innen selbst, nicht in die Diskussion einbezogen: "Es wird häufig in der Politik darüber diskutiert, was mit den Schulen, den Schülern und dem Unterrichtsstoff passieren soll. Aber wir (also die Schüler) werden nie gefragt, also es wird nicht gefragt, ob bzw. was für Lösungsideen wir haben oder was wir für das Beste halten oder was wir uns wünschen." (Ebd., S. 16) Dass Schule nicht alles ist und Kinder und Jugendliche in nicht-formalen Settings demokratisches Miteinander erleben und lernen, kam in der Vorstellung von Entscheidungsträger*innen nicht vor. Auch wurden Expert*innen der Jugendarbeit und außerschulischen Bildung nicht befragt, was aus ihrer Sicht in Sachen Bildung zu tun sei.

Strukturelle Möglichkeiten der Partizipation für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien sind nach wie vor kaum vorhanden und werden konsequent vergessen. Junge Menschen sind mehr als Schule. Und selbst um die Öffnung von Schulen wurde noch debattiert. Junge Menschen sind eingebettet in familiäre und soziale Systeme, pflegen Angehörige, kümmern sich um Geschwister, Eltern und Großeltern, können selbst schon Eltern sein, engagieren sich in Vereinen und Verbänden, machen Sport, Kunst und Musik, sind – nicht erst seit Fridays for Future – politisch aktiv, studieren, machen eine Ausbildung, sind auf der Suche nach (sexueller und geschlechtlicher) Identität, arbeiten in Freiwilligendiensten, sind berufstätig, gründen Firmen und vieles mehr. Vor allem aber sind eins: betroffen. Betroffen von allen Entscheidungen, die ohne

ihre Mitwirkung getroffen werden. Die Stimmen der Kinder und Jugendlichen haben keine Rolle gespielt, in Präventions- und Gesundheitsfragen, in Fragen der Bildung und Politik. Das Gefühl von Selbstwirksamkeit, Zugehörigkeit und sozialem Zusammenhalt spielt eine besondere Rolle für die psychische Gesundheit. Diese ganzheitliche Gesundheit der jungen Menschen wird aktuell leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Die Jugendlichen aber prägen die Zukunft und sind die zukünftigen Gestalter*innen – ihre Stimmen müssen gehört und anerkannt werden. Politische Jugendbildung könnte Räume dafür bieten.

Besonders am Beispiel der Kinder und Jugendlichen aus der Vielfalt von Familien und Schüler*innen mit Förderbedarf zeigt sich die fehlende Lobby. Jugendliche befinden sich in sehr sensiblen Phasen des Übergangs. Junge Menschen, die sich beispielsweise im Übergang von der Bildungs- zur Arbeitswelt befinden und womöglich während der Pandemie mit der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz beschäftigt waren, fühlen sich im Stich gelassen durch die Politik (vgl. Barlovic et al. 2020). Sophie Schmitt belegt eindrücklich, dass die Arbeit und die Antizipation der Teilnahme an der Arbeitsgesellschaft immer noch sinnstiftender Teil jugendlichen Identitätsentwürfe sind. Entlang ihrer Ressourcen, ihrer gesellschaftlichen Positionierung und entlang ihrer Möglichkeiten einen Bildungsabschluss zu erhalten, erhöhen oder reduzieren sich ihre Chancen (vgl. Schmitt 2021). Schmitt betont: "Zu lange wurden Kinder und Jugendliche von der Politik lediglich als Schüler*innen adressiert, als potentielle Virenüberträger*innen und damit als Risiko für sogenannte Risikogruppen sowie als Belastung für Eltern, denen die zweifellos anstrengende Aufgabe zuteilwurde, Erwerbsarbeit und Homeschooling miteinander zu verbinden." (Ebd., S. 23) Diese reduzierende Perspektive auf Kinder und Jugendliche verbindet sich hier mit einer Gesellschaft, in der das Alter der Entscheider*innen über Partizipation und Mitbestimmung einer großen Bevölkerungsgruppe dominiert.

"Transformationen: Globale Entwicklungen und die Neuvermessung der politischen Bildung" war das Jahresthema des AdB 2020. Treffender könnte ein Jahresthema nicht gewählt sein. Während sich einerseits die menschengemachte Klimakrise immer deutlicher vor unseren Augen offenbart, hält die Pandemie seit einem Jahr das Brennglas auf die systemischen Problemstellungen, vergrößert Armut und verstetigt die Zugehörigkeit zum Prekariat. Die jungen Menschen sind es, die sich mit den noch nicht absehbaren ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen dieser Krisen auseinandersetzen müssen. Laut der zweiten JuCo-Studie (vgl. Andresen et al. 2020b) haben über 40 % der Studienteilnehmer*innen aufgrund der aktuellen Situation Angst vor der Zukunft, bis zu 70 % zumindest teilweise. Diese Angst der Jugend ist ernst zu nehmen, sie sollte eine Grundlage sein, sich für eine respektvolle und faire Zukunft zu entscheiden.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Fachgruppe entschlossen, selbst junge Menschen im Bundesfreiwilligendienst, die Teilnehmer*innen in unseren Jugendbildungsseminaren waren, zu befragen, wie sie dieses Jahr erlebt haben.

Schools Out und neue Lebensperspektiven – Freiwilligendienst in der Pandemie

"Ich habe 2020 Abi gemacht, ich hätte einen Abiball und eine tolle Reise mit meinen Freundinnen erleben können. Leider ist das alles ausgefallen." (Bundesfreiwillige 2020/21)

Das Gefühl von Freiheit nach all den Schuljahren, das näher rückt, und eine gute Zeit mit Freund*innen, wie man sie nach der Schulzeit vielleicht nicht mehr wieder erlebt. Die Welt wird immer größer und spätestens mit der Planung der Abschlussfeier beginnt für einige die Planung des nächsten Lebensabschnitts: Auslandsjahr, Freiwilligendienste, Ausbildung, Studium. Und zwischen Leben genießen, Abschied planen, Neues wagen wollen und Aufbruchsstimmung kam plötzlich eine Pandemie: Corona! Niemand wusste Anfang 2020, was geschehen wird, welche Ausmaße die Pandemie bekommen wird und vor allem, welche Auswirkungen sie für jede*n persönlich haben könnte. Für einen Augenblick stand die Welt still und für eine junge Generation, von denen viele ohne Grenzen und Mauern aufgewachsen sind, muss es sich auf einmal wie ein schlechter Scherz angefühlt haben. Statt gemeinsam für die Abschlussarbeiten zu lernen und eine gute Zeit mit Freund*innen zu haben hieß es nun also: Wir bleiben Zuhause!

"Ich habe das Gefühl mein Alltag wird immer eintöniger und meine Tage drehen sich außerhalb der Arbeit nur noch um das Internet. (...) Mir fehlt es an Struktur im Alltag aber ich bin auch nicht gewillt, sie mir selbst zu schaffen. (...) Wesentlich länger will ich das Ganze gar nicht aushalten." (Leo, 19 Jahre)

Doch die jungen Erwachsenen, die an der Umfrage der Fachgruppe "Zukunft und Pandemie" teilgenommen haben, zeigen auch, dass einige der Befragten die Krise als Herausforderung und Chance nutzten konnten. Wir lernten, es gibt immer verschiedene Perspektiven auf eine Krise. Im Folgenden die Antworten der Jugendlichen, die sich mitten in der Pandemie – zum Zeitpunkt der Befragung – im Freiwilligendienst (FSJ) befanden.

Auf die Frage, welche Entscheidungen aufgrund der Pandemie neu getroffen werden mussten, antworteten 36 der 103 Befragten, dass sich bisher keine ihrer Pläne änderten. Trotzdem mussten viele Personen ihre (Reise-)Pläne streichen und sich daher für ein Freiwilliges Soziales Jahr, einen Bundesfreiwilligendienst (BFD), eine Ausbildung oder ein Studium entscheiden. "Ich wollte meinen 18. Geburtstag feiern, mit Freunden nach Spanien fliegen und einfach mein Leben leben!!" (Freiwillige im FSJ 2020/21) Viele gaben

an, neue Entscheidungen treffen zu müssen, wie z. B. ob und welche Familienmitglieder oder Freund*innen man noch treffen möchte. Einige der Befragten überdachten nochmals ihre Zukunftspläne, wie z. B. ein FSJ/Ausbildung, statt eines Online-Studiums. Es gab auch positive Wendungen einzelner Jugendlicher. So entschied sich ein junger Mensch für ein BFD im Krankenhaus, wodurch erst die Begeisterung für Medizin entdeckt werden konnte. Ein FSJ angefangen zu haben war "die beste Entscheidung", äußerte ein junger Mensch, als Konsequenz aus der Pandemie.

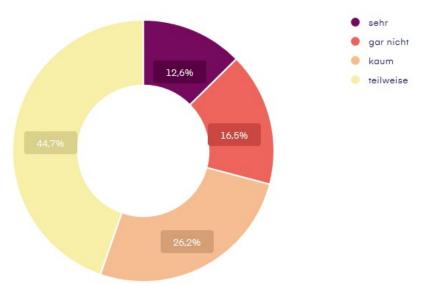


Abbildung 1: Umfrageergebnisse: Wie sehr wurden deine Zukunftspläne eingeschränkt?

Dennoch gibt es sie, die Stimmen in unserer Umfrage, die sich auch in anderen Befragungen (vgl. Zeit Online 2021) wiederfinden, in denen das Leid überwiegt. Stimmen derjenigen jungen Menschen, die unter Corona leiden und Angst spüren. Diese Stimmen müssen ernst genommen werden, denn Corona trifft die Lebensperspektiven und den Start ins Berufsleben der jungen Erwachsenen sehr. Auch wenn sich bei vielen aus unserer Befragung keine Pläne verändert haben, hat sich das Wohlbefinden aller Befragten verändert: Sie geben an, nervöser zu sein und dass es ihnen allgemein schlechter geht. Sie sind erschöpft, müde und sie fühlen sich persönlich durch die Pandemie eingeschränkt. Ihnen fehlt der soziale Kontakt.

"Man hat fast keine Entscheidungen mehr, man lebt in Angst und das ist die reinste Katastrophe." (Freiwilliger im FSJ)

Unterstützung erhalten sie von der Familie, Freund*innen und aus dem schulischen bzw. beruflichen Umfeld. Das zeigt wiederum, wie sehr es auf soziale Kontakte ankommt, die doch seit der Pandemie so sehr eingegrenzt sind: social distancing statt social networking. Mit Blick auf die Zukunft und ihre Wünsche gaben viele Befragte an, dass sie einfach nur ihre Freund*innen und Familie regelmäßig sehen wollen, ohne etwas befürchten zu müssen, dass die Pandemie bald vorübergehen soll, dass sie feiern

gehen wollen oder dass sie sich berufliche Sicherheit herbeisehnen. Neben der Hoffnung, dass sie sich mental bald wieder besser fühlen, wurden auch solidarische Wünsche geäußert. Noch mit Ausbreitung der Pandemie berichteten einige Medien, Jugendliche würden sich nicht an die Regeln halten und verhalten sich unsolidarisch. Doch zeigt z. B. die SINUS-Jugendstudie 2020, die qualitativ-empirisch erforscht, wie die Jugendlichen den Alltag und das Geschehen um sich herum erleben und einordnen und woran sie sich orientieren, dass das Virus ernstgenommen wird und die Sorge um die Mitmenschen groß ist (vgl. Calmbach et al. 2020). Dieses Ergebnis spiegelt sich in unserer Umfrage wider.

Jugendliche und junge Erwachsene erleben eine "verlorene" Zeit, die sie so schnell wie möglich nachholen können müssen, denn es sind wichtige Erfahrungen und Erinnerungen, die bedeutsam sind für die eigene Biografie und nicht zuletzt für die Identitätsfindung. Hier müssen die Herausforderungen und Anliegen der jungen Menschen ernst genommen und ihren Ängsten mit neuen Lösungsansätzen, Teilhabe und Selbstwirksamkeitserfahrungen entgegnet werden. Dauert die Krise an, werden elementare Formen von Erfahrung und Gesellschaft für die jetzt junge Generation umso wichtiger.

"Die ersten Arbeitstage waren dann etwas holprig, ich war nicht mehr daran gewöhnt, früh aufzustehen und funktionstüchtig zu sein. (...) Ursprünglich wollte ich mein FÖJ am Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung leisten, dort nahm man mich wegen der Corona-Situation jedoch nicht an. (...) Ich wünsche mir, dass die Corona-Situation sich verbessert, damit ich mit allen, die ich hier kennenlernte, wieder näher zusammenarbeiten kann." (Anton, 19 Jahre)

Politische Jugendbildung als Perspektive für Jugendliche

Die Bildungslandschaft erlebt einen eklatanten Umbruch. In diesem Wandel bedarf es einer neuen Perspektive auf die politische Jugendbildung, denn sie ist als Begleitung der Jugendlichen in einer Welt der Krisen im Sinne der Wertbildung und demokratischen Teilhabe von zentraler Bedeutung: Sie ist als Mittel von Meinungsbildung, Kontroverse, Aushalten von Widersprüchen und Diskontinuitäten, als Partizipationsort mit ihrer ganzheitlichen Idee von Lernen und Austausch in der Begegnung ein Bildungszentrum von Gesellschaft. In der politischen Jugendbildung können sich kritische, solidarische Subjekte entwickeln. Im Gegensatz zu Schule, die den Lernstoff in den Vordergrund stellt, steht in der außerschulischen Bildung die Verbindung aus Wissen, Erleben und Reflexion und das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft im Vordergrund.

Die Neuvermessung in der politischen Jugendbildung muss aus der Sicht der Jugendlichen erfolgen. Wir brauchen radikal partizipative Projekte, die die Ideen, die

Sichtweisen und politischen Interventionen der Jugendlichen in den Mittelpunkt rücken. Jugendliche und junge Erwachsene brauchen Teilhabe statt Erleben des Einsatzes autoritärer Maßnahmen ohne Mitspracherechte. Politische Jugendbildung bietet Räume für Partizipation als Beteiligungsverfahren. Sie wird im Idealfall von den Jugendlichen mitgestaltet und somit werden die jugendlichen Akteur*innen als Subjekte der Gegenwart und als Gestalter*in der Zukunft anerkannt und geachtet. Jugendliche in Zeiten der Krise zu entmündigen, bedeutet, ihnen die Macht der Zukunft zu verwehren. Sie brauchen das Erleben von demokratischen Bildungserfahrungen und Entscheidungsfindungen als eine wesentliche Grundlage für das eigene Engagement und das Erlernen von einem solidarischen Miteinander. Trotz der Krise, sollten die Lebenswelten der Jugendlichen, ihre Ängste, Sorgen und Nöte und ihr Optimismus unbedingt Teil aktueller Bildungsarbeit und Bildungspolitik werden. Dass für diese parteiliche Perspektive die Jugendlichen selbst und in mancher Perspektive die Fachkräfte aus der politischen Jugendbildung ebenfalls angefragt werden sollten, ist für uns eine Notwendigkeit der gemeinsamen Bewältigung der Krise, in der ein Leben mit Corona, Demokratie, Gesundheitsschutz und Beibehaltung der Grund- und Menschenrechte möglich ist. Gleichermaßen müssen alle Akteur*innen der politischen Jugendbildung die Brücken zur Zivilgesellschaft bauen und Jugendlichen Foren bieten, um ihren Stimmen Anerkennung zu verschaffen. In Zeiten der Krise ist dies aus unserer Sicht die zentrale Aufgabe der politischen Jugendbildung.

Im 16. Kinder- und Jugendbericht (vgl. BMFSFJ 2020) wird in detaillierter Analyse darauf verwiesen, dass die politische Bildung ein vielfältiges Arbeitsfeld ist. Selbstverständlich braucht sie gut ausgebildete Fachkräfte, Lehrstühle für die wissenschaftliche Aus- und Weiterbildung, Träger, die das Selbstverständnis der Jugendbildungsarbeit als solches anerkennen. Sie braucht die Anerkennung der vielfältigen Lernräume von politischer Jugendbildung, die in den Sozialräumen der jungen Menschen ihren Ort haben. Aber sie braucht vor allem auch Teilnehmer*innen politischer Jugendbildung, die diesen Ort der politischen Jugendbildung für ihr Engagement nutzen können und wollen. Sie braucht junge Menschen, die sich einmischen und Möglichkeiten zur gesellschaftspolitischen Intervention kennenlernen wollen.

Dabei ist die politische Jugendbildung nie neutral. Sie hat einen normativen Auftrag, dem es um die Erhaltung und den Ausbau pluralistischer, demokratischer Gesellschaften geht, die sich auf der Basis der Menschenrechte bewegt. Politische Jugendbildung bedeutet Streiten und Auseinandersetzen für Menschenrechte und Vielfalt, für gerechte Verteilung von Ressourcen. Politische Jugendbildung hat aber mehr denn je die Aufgabe, Räume für die Stimmen von Jugendlichen und jungen Menschen zu schaffen, Advokatin für diese Vielfalt der Stimmen zu sein und diese in den Diskurs zu tragen. Damit wirkt sie als Stimme der Jugendlichen präventiv, aktivierend und erkenntnisorientiert und trägt zur Reduzierung der Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen, der vergessenen Jugend, in diesen Zeiten der Pandemie bei.

Bericht aus der Praxis

Zukunfts- und Arbeitsperspektiven in der Pflege



Bildungsstätten in Corona-Zeiten

Foto: Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V.

Arbeit an der Belastungsgrenze, Personalmangel und fehlende Anerkennung – die aktuelle Corona-Pandemie verdeutlicht mehr denn je die ohnehin schon prekäre Arbeitssituation in der Pflegebranche. Auszubildende sind in dieser Situation besonders betroffen – versuchen gerade sie den Spagat zwischen Traumberuf und Realität zu meistern.

"Wie kann dieser Spagat gelingen?", "Wie kann eine Arbeitsperspektive in der Pflege aussehen?" und "Was bedeutet in diesem Kontext gute Arbeit?". Mit diesen und weiteren Fragestellungen beschäftigten sich Auszubildende in der Krankenpflege in einem 5-tägigen Seminar in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte in Papenburg.

Die aktuelle Corona-Pandemie und die damit verbundenen besonderen Belastungen für die Pflegekräfte standen zunächst im Mittelpunkt der Seminararbeit. Gerade zu Beginn wurde Raum geschaffen, um die vielfältigen Arbeitserfahrungen und -erlebnisse zu reflektieren und einzuordnen. Die Gespräche mit den Auszubildenden haben dabei die Pflegesituation deutlich auf den Punkt gebracht: Personalmangel, zeitliche Belastungen, zunehmende Motivationsprobleme, Entfremdung, Verlust der Freude an der Arbeit, psychische und körperliche Anforderungen, unzureichende Vergütung. Demgegenüber standen dennoch viele treibende und motivierende Aspekte für einen helfenden Beruf: "anderen Menschen helfen", "etwas Gutes für die Gesellschaft tun", "eine sinnstiftende Aufgabe übernehmen". Die Teilnehmenden diskutierten in diesem Zusammenhang die Systemrelevanz ihrer Arbeit und setzten sich kritisch mit dem Pflegeberuf und damit auch mit ihrer persönlichen Zukunft in diesem Arbeitsfeld auseinander.

Um eine positive und motivierende Arbeitsperspektive für junge Menschen in der Pflege zu entwickeln und ein lösungsorientiertes Denken zu fördern, arbeiteten die Teilnehmenden im weiteren Prozess mit der Methode der wertschätzenden Erkundung, "Appreciative Inquiry" (AI). Die Methode wurde erstmalig im Rahmen der Seminare mit Auszubildenden in der Pflege umgesetzt.

Das Konzept von Appreciative Inquiry ist ein Ansatz im Sinne des Demokratie-Lernens, um in Organisationen Veränderungsprozesse anzustoßen und diese zukunftsorientiert für alle Beteiligten zu gestalten. Es wird mit den Ressourcen, Qualitäten und Motivationen, die in der Vergangenheit erfolgreich waren, gearbeitet. Die Visionen und der Wille der einzelnen werden als Ausgangsbasis für eine Weiterentwicklung einer Gruppe, Organisation oder eines Projektes genommen. Das methodische Vorgehen von Appreciative Inquiry lässt sich in vier Phasen einteilen: Discover, Dream, Design und Destiny (vgl. Wenzel 2004; 2015).

Erkunden, was Gutes da ist (Discover)

Auf der Grundlage des Konzeptes Al führten die Teilnehmenden zunächst ein wertschätzendes Partner*innen-Interview durch. Persönliche Erfolge und Stärken kamen hier ebenso zur Sprache wie energie- und lichtgebende Quellen der Arbeit. Im Anschluss wurden die belebenden Faktoren – die "Juwelen" der Pflegeeinrichtung – wie z. B. Anerkennung durch Patient*innen und deren Angehörigen, Unterstützung im Team, Vielseitigkeit der Arbeit, persönliche Weiterentwicklung, fachliche Kompetenzen und Übernahme von Verantwortung identifiziert.

Entwerfen, was sein könnte (Dream)

Wie soll sich die Pflegeeinrichtung insbesondere in der Ausbildung entwickeln? Welche Träume und Wünsche haben die Auszubildenden an die Zukunft der Pflege? In einem nächsten Schritt entwickelten die Teilnehmenden in Kleingruppen Zukunftsvisionen, u. a. hinsichtlich guter und gesunder Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitstrukturen, Teamentwicklung und Kommunikationsstrukturen in der Ausbildung.

Gestalten, was sein soll (Design)

Die zuvor entworfenen Zukunftsvisionen wurden in dieser Phase präzisiert, Zukunftsaussagen wurden entwickelt und umsetzbare Schritte erarbeitet. Darin wurde formuliert, wie die gemeinsame Zukunft aussehen soll, welche Möglichkeiten der Weiterentwicklung in der Pflegeeinrichtung gegeben sind. Die Auszubildenden definierten Kriterien für "Gute Arbeit" für die Pflegebranche – insbesondere für die Ausbildungssituation. Themen waren hier beispielsweise verbesserte Kommunikation und Feedbackkultur zwischen Praxisanleiter*in und Auszubildenden; Verbesserung der Einbindung in die Pflegeteams und Einarbeitung auf den wechselnden Stationen, Förderung der (Mit-)Gestaltungsmöglichkeiten u. a. bei der Dienstplanung, Arbeitszeitgestaltung, Entwicklungsmöglichkeiten (z. B. Teilnahme an Fort- und

Weiterbildungen), körperliche und emotionale Entlastungen (z. B. Gesundheitsmanagement).

Planen, was sein wird (Destiny)

Im letzten Schritt des AI-Prozesses haben die Teilnehmenden die formulierten Zukunftsaussagen den Ausbildungsleiter*innen der Pflegeschule vorgestellt. Einzelne Themen wurden in Hinblick auf die Umsetzung v. a. im Rahmen der Ausbildung diskutiert und abschließend konkret geplant.

Die Teilnehmenden setzten sich mit Hilfe der angeführten Methode mit den Entstehungs- und Wirkungszusammenhängen von Macht und Hierarchie auseinander und reflektierten ihr eigenes Verhältnis zu Macht und Ohnmacht. Sie entwickelten eine zivilgesellschaftliche Handlungskompetenz, im Sinne von Zivilcourage, soziale Verantwortung zu tragen und sich für humane Werte einzusetzen. Der Austausch und die Fokussierung auf eine positive Haltung stärkte die Motivation und Eigenverantwortung der Teilnehmende insbesondere für die Gestaltung ihrer persönlichen Lebens- und Arbeitsperspektive.

Mechtild Möller/Theresa Slaghekke, Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V.

Bericht aus der Praxis

Seminar "Escape-Room goes queer!"



FG_Arbeit_04 Foto: Akademie Waldschlösschen e. V.

Ende Januar, nur wenige Wochen vor dem ersten Lockdown, trafen sich in der Akademie Waldschlösschen Jugendliche und junge Erwachsene, um sich mit Escape-Rooms, einer Form von Escape-Games, zu beschäftigen. Escape-Games sind Spiele, in denen die Spieler*innen innerhalb eines festgelegten Zeitrahmes Rätsel und Aufgaben lösen müssen, um das Spiel zu gewinnen, z. B. indem sie sich aus einem Raum befreien (vgl. Jantschek 2019). Das Ziel war es, einen Escape-Room zu entwickeln, der für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sensibilisiert und zum Abbau von Queerfeindlichkeit beiträgt.

In vielen Bildungssettings sind Teilnehmer*innen zwar eingeladen, die Inhalte mitzugestalten und an den Abläufen mitzuarbeiten, aber die Bildungsmaterialien wie z. B. Schulbücher, Handreichungen, Methodensammlungen etc. sind nur selten unter Einbeziehung der Zielgruppen erstellt worden. An diesem Punkt setzte das Seminar an. Es gab den Teilnehmer*innen die Möglichkeit, eine zukünftige Methode zu konzipieren und zu erstellen. Die pädagogische Leitung und die Referent*innen hatten hierbei primär die Rolle, den Prozess zu moderieren, Impulse zu geben, aber den Teilnehmer*innen möglichst ergebnisoffen freie Hand zu lassen. Dabei diente die Arbeit am Escape-Room vor allem als Folie, worauf der "eigentliche" Bildungsprozess stattfinden konnte: die Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensperspektive, sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, queerer Geschichte und der aktuellen politischen Situation.

Um einen Escape-Room entwickeln zu können, muss zuerst bei allen Teilnehmer*innen die konkrete Erfahrung mit zumindest einem Escape-Room vorausgesetzt werden. Die Teilnehmer*innen haben daher zu Beginn des Seminars am Bildungs-Escape-Room "Unite or divide?" teilgenommen. Dieser thematisiert einen möglichen EU-Austritt Deutschlands und wurde vom Europahaus Aurich entwickelt. Der Escape-Room wurde im Seminarraum im Vorfeld aufgebaut und konnte im weiteren Seminarverlauf so immer wieder als Referenz und Anschauungsobjekt aufgegriffen und genutzt werden.

Im Anschluss daran fand eine Begehung dieses Europa-Escape-Rooms statt, mit der Frage: "Was braucht ein Escape-Room?" Die Antworten wurden als Vorlage für die Erarbeitung der zentralen Elemente eines Bildungs-Escape-Rooms genutzt: Erzählung, Bildungsziel/Zielgruppe, Gestaltung/Szenerie, Rätsellogik/Rätseldesign. Im nächsten Schritt wurde dann die erzählerische Handlung des queeren Escape-Rooms skizziert. Hierfür wurde der Zugang über die Biografie einer fiktiven und kürzlich verstorbenen queeren Person gewählt, deren Testament durch die Spieler*innen "auf dem Dachboden" gefunden werden muss, um an ihr Erbe zu kommen. Dabei dringen sie immer weiter in das ihnen zuvor unbekannte queere Leben ihrer*s Verwandten vor. Die Teilnehmer*innen erarbeiteten hierfür den Lebenslauf der Hauptperson und achteten dabei auch auf die historische Authentizität. Um den historischen Kontext deutlich zu akzentuieren, wurden zudem fünf zentrale queere historische und politische Daten in den Ablauf der Handlung aufgenommen. Diese können später auch als Rahmen für Rätsel genutzt werden, beispielsweise in Form von Tagebucheinträgen, historischen Zeitungsartikeln, Fotos und anderen Darstellungen sowie Objekten wichtiger Lebensereignisse. Nach der Präsentation der ersten Arbeitsergebnisse wurde gemeinsam nachgesteuert und geprüft, ob die erarbeiteten Inhalte zueinander passen und die Erzählung in sich schlüssig ist. Am nächsten und letzten Seminartag wurden Intros und Outros, also die Rahmenhandlung des Escape-Rooms, ausformuliert. In der abschließenden Ergebnissicherung wurden darüber hinaus erste Vorüberlegungen hinsichtlich der noch fehlenden Elemente wie das Rätseldesign und Gestaltung der Szenerie angestellt.

Neben der Arbeit im Plenum konnten die Teilnehmer*innen entsprechend ihrer Interessen und Vorlieben in Kleingruppen- und Einzelarbeit an verschiedenen Aspekten des Escape-Rooms arbeiten, z. B. bei der Recherche und Zusammenfassung eines historischen Ereignisses, der Konzeption von Rätseln etc. Das beschriebene Seminar war sehr produktiv und wurde ausgesprochen gut bewertet. Die Teilnehmer*innen fühlten sich involviert, als Teil des Prozesses, hatten Aha- und Erfolgserlebnisse und wollten sich mit den Inhalten des Seminars weiter auseinandersetzen. Mit den Erarbeitungen der Teilnehmer*innen ist die Grundlage für die Entwicklung eines queeren Bildungs-Escape-Rooms gelegt. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte der ursprünglich geplante zweite Teil des Seminars leider nicht umgesetzt werden, der dazu dienen sollte, eine Rohversion für einen ersten Spieldurchlauf fertigzustellen. Es wurde aber auch deutlich, dass die Größe des Projekts durchaus einen eigenen Projektantrag rechtfertigen würde,

um die Materialerstellung, die noch zu leistende Überarbeitung und den finalen Feinschliff zu beschleunigen.

Literatur

Andresen, Sabine/Lips, Anna/Möller, Renate/Rusack, Tanja/Thomas, Severine/Schröer, Wolfgang/Wilmes, Johanna (2020a): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo I. Hildesheim: Universitätsverlag

Andresen, Sabine/Heyer, Lea/Lips, Anna/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2020b): Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen. Jugendalltag 2020. Ergebnisse der bundesweiten Studie <u>JuCo II</u>. Hildesheim: Universitätsverlag

Barlovic, Ingo/Ullrich, Denise/Wieland, Clemens (2020): Ausbildungsperspektiven in Zeiten von Corona. Eine repräsentative <u>Befragung</u> von Jugendlichen;

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): <u>16. Kinder- und Jugendbericht</u>. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter

Calmbach, Marc/Flaig, Boto/Edwards, James/Möller-Slawinski, Heide/Borchard, Inga/Schleer. Christoph (2020): <u>Sinus Jugendstudie</u> (2020): Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bonn: bpb

Jantschek, Ole (2019): Gemeinsam rätseln und demokratisch entscheiden: <u>Escape</u> <u>Games in der politischen Bildung</u>. Bonn: bpb

Schmitt, Sophie (2021): Jugendliche in Transformationen der Arbeitswelt – Erfordernisse politsicher Bildung. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, hrsg. vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.; Schwerpunkt: Veränderungen in der Arbeitswelt und die Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft; Heft 1/2021, S. 18–25

Wenzel, Florian (2004): Appreciative Inquiry – Ein neuer Ansatz der Organisationsentwicklung für politische Bildung; <u>Politische Bildung in Schwaben</u>

Wenzel, Florian (2015): Appreciative Inquiry. In: Boeser, Christian/Kral, Gerhard/Sell, Michael (Hrsg.): Mehr Demokratie (er)leben! Beispiele gelungener Politischer Bildung. Ulm: Klemm + Oelschläger

Zeit Online (2021): <u>Jugendliche für Corona-Regeln</u>: Leiden unter Kontaktverbot

Nähere Informationen zum Thema Appreciative Inquiry: Florian Wenzel; florian.wenzel@peripheria.de; www.peripheria.de

Zugriff auf alle in dieser Publikation benannten Internetquellen: 25.05.2021.

Mitglieder der Fachgruppe "Arbeit und Lebensperspektiven"

Tanja Berger HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg www.hochdrei.org berger@hochdrei.org

Dr. Ines Pohlkamp Bildungsstätte Bredbeck – Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz www.bredbeck.de ines.pohlkamp@bredbeck.de

Theresa Slaghekke Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V. www.hoeb.de theresa.slaghekke@hoeb.de

Christine Strauß
Europahaus Aurich – Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V.
www.europahaus-aurich.de
strauss@europahaus-aurich.de

Kim Alexandra Trau
Stiftung Akademie Waldschlösschen
www.waldschloesschen.org
kim.trau@waldschloesschen.org



Umgang mit Diskriminierung und Radikalisierung

Gegenstrategien politischer Bildung – das geht auch online!

Diskriminierung und Rassismus sind Indikatoren für Denkformen der Ungleichwertigkeit und damit für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Um diesen Faktoren mit politischer Bildung entgegenzuwirken, wird in der AdB-Geschäftsstelle Expertise gesammelt, gebündelt, sowie auf- und ausgebaut. Auch die Weiterentwicklung wirkungsvoller Ansätze der politischen Bildung in Kooperation mit Schule ist Bestandteil und wird im Rahmen des Bundesvorhabens "Respekt Coaches" vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

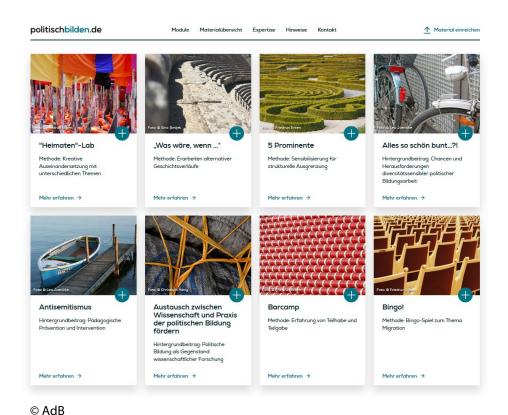
politischbilden.de – die neue Plattform

politischbilden.de ist seit Mitte 2020 online und bietet heute Hintergrundinformationen und Methodenbeschreibungen zu den Themenschwerpunkten *Politik, Rassismus, Diversität, Globalisierung* und *Digitalisierung*. Dazu zählen Beiträge über Erscheinungsformen von Diskriminierung, Menschenrechtsbildung in einer globalen Gesellschaft und Handlungsstrategien für die politische Bildung. Außerdem werden die vielfältigen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse beleuchtet, die durch Digitalisierungsprozesse angestoßen werden. Hier geht es vor allem um deren demokratische Komponente. Ebenso werden die besonders nachgefragten Materialien über digitale politische Bildung gesammelt. Größtenteils wurden die Beiträge von politischen Bildner*innen aus den AdB-Mitgliedseinrichtungen verfasst.



Foto: Toa Heftiba/unsplash

Die Plattform <u>politischbilden.de</u> wurde entwickelt, um politische Bildung in Theorie und Praxis zu stärken, weiterzuentwickeln und zu professionalisieren. Alle Beiträge werden als frei verwendbare Materialien, als Open Educational Resources (OER), unter CC-Lizenz allen Interessierten zur Verfügung gestellt und sollen Bildner*innen und Einrichtungen in ihrer Arbeit unterstützen. Zudem bietet <u>politischbilden.de</u> einen Ort, sich zu Themen der politischen Bildung zu informieren, zu orientieren, auszutauschen und sich mit Akteuren mit ihrer jeweils speziellen thematischen Expertise zu vernetzen.



Die inhaltliche und technische Weiterentwicklung sowie die Vorbereitung des Launch waren im ersten Halbjahr 2020 wesentliche Aufgaben, so wurde beipsielsweise der Prozess des Material-Einreichens überarbeitet und durch die Implementierung eines datenschutzkonformen und die nötigen Rechte-Erklärungen abfragenden Online-Formulars vereinfacht, um niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die Vorstellung der Plattform auf unterschiedlichen (digitalen) Veranstaltungen hat dazu geführt, dass sich bereits in ihrem ersten Jahr eine Vielzahl von politischen Bildner*innen und Organisationen einbringen. So kommt die Plattform ihrem Ziel näher, zu wachsen und eine Anlaufstelle für Inhalte der politischen Bildung zu werden.

Zusammenarbeit mit dem Bundesvorhaben "Respekt Coaches"

Der AdB ist Partner des Programms "Respekt Coaches" und vermittelnde Anlauf- und Kontaktstelle, wenn für Projekte an Schulen nach geeigneten Kooperationspartner*innen aus der non-formalen politischen Jugendbildung gesucht wird. Zudem unterstützt der AdB das Programm durch sein Mitwirken bei Fort- und Weiterbildungsangeboten für die Respekt Coaches. So gab es z. B. eine bundesweite Fortbildungsreihe unter Mitwirkung der Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt am Main, zu den Themen Umgang mit menschenfeindlichen Äußerungen, Rechte Ideologien, Rassismus und Diskriminierung, sowie Online-Workshops, die von AdB Mitgliedseinrichtungen durchgeführt wurden.

Online-Fortbildungsreihe

Die 2020 durch die Pandemie notwenige Umstellung von Präsenz-Veranstaltungen auf Online-Formate hat auch Referent*innen und Aktive der politischen Bildung vor Herausforderungen gestellt. Neben technischen, organisatorischen und datenschutzrelevanten Aspekten waren die entscheidenden Fragen dabei: Wie lassen sich Lern- und Bildungsformate ins Netz übertragen? Ist etwas von der Vertrauens- und Beziehungsarbeit, die eine so wichtige Rolle spielt, in die Fernlehre übertragbar? Diese Fragen wurden mit einer digitaler AdB-Fortbildungsreihe "Politische Bildung digital gestalten" aufgegriffen. In den einzelnen Seminaren, ging es um konkrete Konzepte für politische Bildung ("Flucht im Lebenslauf"/Anne Frank Zentrum), um einen Blick auf die inklusive Gestaltung unserer Arbeit ("Disability Mainstreaming"/SOZIALHELDEN e. V.) und schließlich um Tipps und Methoden für das eigene Agieren vor der Kamera beim Durchführen und Moderieren von Online-Veranstaltungen ("Vom Film lernen"/Cornelia Fleck). Die Angebote erreichten politische Bildung, die sich im digitalen Raum trafen, um voneinander zu lernen.



© AdB

Die Fortbildungsreihe wurde auch dazu genutzt, <u>politischbilden.de</u> vorzustellen und bekannt zu machen. Zum Teil waren die Referent*innen bereits Autor*innen der Plattform und deren eingestellte Materialien kamen in der Fortbildung zum Einsatz, oder die Fortbildungen waren Anlass, um entsprechende Materialien im Nachgang auf <u>politischbilden.de</u> zugänglich zu machen. Damit konnten die Arbeitsfelder Fortbildung und Plattform sinnvoll verknüpft werden.

AdB-Mitgliedseinrichtungen als Pilotstandorte

2020 wurden 10 Kooperationsveranstaltungen zwischen dem AdB und Mitgliedseinrichtungen umgesetzt: In Angeboten für Schulen, beziehungsweise mit der Entwicklung von (digitalen) Konzepten der politischen Bildungsarbeit, wurde demokratische und diversitätssensible Schulkultur gefördert, für den Umgang mit heterogenen Gruppen sensibilisiert und rassismuskritische Bildungsarbeit unterstützt. Themen der Kooperationen waren unter anderem Identität, Hate Speech, Fake News, Partizipative Schulkultur, Postmigrantische Perspektiven, Verschwörungsmythen und die Möglichkeiten, politische Bildung im Kontext von Twitch und TikTok zu betreiben. Die entwickelten Materialien stehen nun allen Interessierten auf politischbilden.de zur Verfügung.

Die AdB-Denkfabrik

Das Format Denkfabrik bietet Kolleg*innen aus den AdB-Mitgliedsorganisationen Raum für intensiven Austausch zu aktuellen Entwicklungen und konkreten Ideen zu den eingangs genannten Themen. Die diesjährige Denkfabrik knüpfte an bisherigen Diskussionen an und befasste sich mit einem zu findenden Umgang mit Rechtspopulismus, Diskursverschiebung, Demokratiefeindlichkeit und Diskriminierung. Diese Auseinandersetzung soll im kommenden Jahr fortgesetzt werden.

Ansprechpartnerinnen in der AdB-Geschäftsstelle sind Lea Jaenicke und Stefanie Meyer.



Politische Bildung in einer Gesellschaft der Vielen

Das AdB-Modellprojekt "Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken"

Was braucht es, um sich als Verband oder Organisation der politischen Bildung zu öffnen und mehr gesellschaftliche Vielfalt zu repräsentieren? Seit September 2019 führt der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) das Projekt "Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken" durch. Das Projekt wird von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb bis Juni 2022 gefördert und setzt sich mit Diversifizierungsstrategien im Verband und in der politischen Erwachsenenbildung auseinander.

Hintergrund zum Projektnamen und den Zielen

Der Projektname *Polyphon!* bedeutet nicht nur Vielstimmigkeit, sondern in Anlehnung an den Literaturwissenschaftler Michail Bachtin auch, dass die (Roman-)Geschichte nicht von einem dominanten Erzähler geprägt ist, sondern gerade durch einen Dialog verschiedener Stimmen und Perspektiven entsteht. *Polyphon!* steht damit auch symbolhaft für die Projektausrichtung und das Ziel des AdB: Der Verband möchte in Bezug auf migrantische und nicht-weiße Organisationen und Akteure vielfältiger werden und zur Stärkung einer heterogeneren Bildungslandschaft beitragen. Wie in vielen gesellschaftlichen Bereichen gibt es nicht nur im Verband, sondern in der politischen Bildung insgesamt ein Repräsentationsdefizit, was z. B. politische Bildner*innen of Color oder die Förderung von migrantischen und nicht-weißen Bildungsorganisationen betrifft. Für den AdB ist die Auseinandersetzung mit Diversifizierungsstrategien – und das gerade nicht nur in Bezug auf Zielgruppen – letztendlich auch eine Antwort auf Teilhabegerechtigkeit und eine Demokratisierung der Strukturen politischer Bildung.

Der Blick auf Strukturen: Rassismuskritik als ein Querschnittsthema für den AdB

Trotz der COVID-19-Pandemie kam das Projekt mit vielen neuen Perspektiven, Themen und zahlreichen Aktivitäten durch das Jahr 2020. Im Februar und Oktober fanden die beiden Sitzungen des fachlich sehr versierten Projektbeirates statt. So sind bspw. neben Vertreter*innen aus dem AdB und (post-)migrantischen Organisationen wie der Türkischen Gemeinde e. V. und den neuen deutschen organisationen e. V. auch namhafte Wissenschaftler*innen wie Prof. Dr. Karim Fereidooni und Prof. Dr. María do Mar Castro Varela Mitglieder des Beirats. Seitens der bpb konnte Peggy Piesche, Referentin für Diversität, Intersektionalität und Dekolonialität, gewonnen werden.

Die Mitglieder des Beirats wiesen darauf hin, dass eine Diversifizierung und ein Transformationsprozess immer bei der Reflexion der eigenen Strukturen und Haltungen beginnt. Zentral ist neben einem Veränderungswunsch die Auseinandersetzung mit Rassismuskritik. Die diesbezüglich homogene Struktur des Verbandes sei auch eng verknüpft mit fehlenden Perspektiven und Repräsentationen von Menschen mit Rassismuserfahrung im Verband und in den Mitgliedseinrichtungen. Dies führe wiederum dazu, dass migrantische und nicht-weiße Akteure, die in der politischen Bildung tätig sind, sich wenig vom Verband angesprochen und vertreten fühlen.



Mitglieder des Projektbeirats Foto: AdB

Auf Initiative des Polyphon-Projekts setzten sich verschiedene Gremien im Verband wie z. B. der Vorstand, das Team der Geschäftsstelle und verschiedene Kommissionen im Rahmen von Workshops mit Diskriminierungs- und Rassismuskritik auseinander, um besser Barrieren identifizieren und abbauen zu können. An den Rückmeldungen der Fortbildungsteilnehmenden wurde jedoch deutlich, dass ein großer Bedarf und Wunsch nach mehr Weiterbildung zu den Themen vorhanden ist. Das Thema Rassismus sei inzwischen so gesellschaftsrelevant, aber auch so komplex, dass ein einziger Fortbildungstag dem nicht gerecht werden könne. Das Jahresthema 2021 "Was WEISS ich? Rassismuskritisch denken lernen! Eine Kernaufgabe für Gesellschaft und Politische Bildung" und die dazugehörige Stellungnahme, die auf der Mitgliederversammlung des AdB am 26. November 2020 verabschiedet wurde, sind eine sehr gute Ergänzung zum Projekt *Polyphon!*, da sie noch mehr Möglichkeiten zur fachlichen Auseinandersetzung eröffnen.

Perspektivenvielfalt durch Vernetzung und Wissensaneignung

Um die verbandliche Heterogenität zu stärken und die Sichtbarkeit des AdB zu erhöhen, kooperiert und vernetzt sich das Projekt vor allem mit neuen Trägern und Minderheitsorganisationen, die im Bereich der politischen Bildung tätig sind. So richten sich die meisten Angebote des Projekts nicht nur an Mitgliedseinrichtungen, sondern auch an Nichtmitglieder wie z. B. Migrantenselbstorganisationen, die im Bereich der politischen Bildung aktiv sind. Die unterschiedlichen Weiterbildungen wie z. B. zum Thema diskriminierungssensible Online-Formate oder Fördermittelakquise in der politischen Bildung, die in 2020 im Rahmen des Projekts angeboten wurden, stießen auf ein sehr hohes Interesse und enormen Zuspruch. Die Fortbildungen sprachen eine äußerst heterogene Gruppe von Teilnehmenden sowohl innerhalb als auch außerhalb des Verbands an. Damit wurde auch deutlich, dass die diversitätsorientierte und diskriminierungskritische Herangehensweise bzw. Veranstaltungsplanung des Projekts ein elementarer Baustein ist, um insbesondere Akteure und Bildner*innen mit Rassismuserfahrung in der politischen Bildung anzusprechen.



Teilnehmende an der Fortbildung "Politische Bildung erfolgreich finanzieren" Foto: AdB

Da das Projekt nicht nur zu Diversifizierungsstrategien innerhalb des Verbandes allgemein, sondern besonders auch in der politischen Erwachsenenbildung arbeitet, findet eine enge Zusammenarbeit mit der AdB-Fachkommission Erwachsenenbildung statt. Hier kam man schnell zu der Feststellung, dass Themen wie Diversität und Diskriminierungskritik, anders als in der Jugendbildung, eher wenig in Projekten der politischen Erwachsenenbildung präsent sind. So wurde in der Kommission selbst ein hoher Bedarf in der Auseinandersetzung mit Themen wie der deutschen Kolonialgeschichte, Antiromaismus, Rassismuskritik und postmigrantische Gesellschaft gesehen. Hier sollen im Rahmen des Projekts in den nächsten zwei Jahren entsprechende Themensetzungen stattfinden,

um damit die fachliche Weiterentwicklung der politischen Erwachsenenbildung in Bezug auf Diversität vorantreiben zu können.

Um die Expertise von Minderheitsorganisationen innerhalb des AdB sichtbarer zu machen, fand u. a. auch eine Zusammenarbeit zwischen dem Projekt und der AdB-Kommission Geschlechterreflektierte Bildungsarbeit statt. Im Rahmen von *Polyphon!* wurde Isidora Randjelović, Mitinitiatorin des feministischen Romnja* Archivs RomaniPhen, zu einer Kommissionsitzung eingeladen. Sie gab einen Input zur Arbeit des Vereins und zum Thema Antiromaismus/Gadjé-Rassismus. Zentrale Themen und Angebote des Vereins sind der Bereich der außerschulischen historisch-politischen Bildung, rassismuskritische Fortbildungen für Fachkräfte und die Erarbeitung und Vermittlung von Bildungsmaterialien. Der Austausch und das Kennenlernen von Organisationen wie RomaniPhen wurde von allen Beteiligten als sehr bereichernd und perspektiverweiternd empfunden.

Gerade weil die COVID-19 Pandemie wie ein Katalysator für gesellschaftliche Ungleichheiten wirkt und rassistische Vorfälle und Anschläge wie in Hanau am 19. Februar 2020 zunehmen, bei dem neun junge Menschen ihr Leben verloren, scheint die Bedeutung der Projektthemen, bei denen es letztendlich um die Stärkung einer pluralen Demokratie geht, eher gesteigert.

Projektverantwortliche und Ansprechperson für *Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken* ist Narmada Saraswati.

Das Projekt wird von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb im Rahmen der Förderung von "Modellprojekten zur Modernisierung und zum Ausbau der Trägerstrukturen der politischen Erwachsenenbildung – Stärkung und Diversifizierung" gefördert.





Politische Bildung von Anfang an: Kinder als Zielgruppe eines neuen Modellprojekts im AdB

Projektstart in einem besonderen Jahr

Mit Beginn des Jahres 2020 startete im AdB ein neues, auf fünf Jahre angelegtes Modellprojekt "Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern", das eine in der politischen Bildung noch wenig beachtete Zielgruppe in den Fokus stellt: Kinder im Grundschulalter. Im ersten Projektjahr stand vor allem der Aufbau der unterschiedlichen Projektbausteine im Fokus: Die Auswahl der Pilotstandorte im Projekt, die Umsetzung einer Auftakttagung und einer Bedarfserhebung sowie die Besetzung des fachlichen Beirats. Trotz der Pandemie kann eine positive Bilanz gezogen werden.

In der politischen Bildung und im AdB sind Kinder im Grundschulalter – bis auf einige Ausnahmen – eine bisher wenig erreichte Zielgruppe. Kinder haben jedoch das Recht und die Fähigkeiten sich mit politischen Themen zu befassen, ihr Wissen zu erweitern und in politische Prozesse eingebunden zu werden. Die UN-Kinderrechtskonvention garantiert Kindern u. a. Meinungs- und Informationsfreiheit (Art.13) sowie das Recht auf Bildung und Bildung zu Menschenrechten und Grundfreiheiten (Art. 28). Nimmt man diese Rechte ernst, müssen Kinder im Grundschulalter mehr Möglichkeiten erhalten, sich mit gesellschaftspolitischen Themen zu befassen und zur Beteiligung befähigt zu werden.



Foto: AdB

Ziele und Bausteine des Modellprojekts

Das Projekt verfolgt im Kern drei *Ziele*:

- Erstens zielt das Projekt auf die Erweiterung der Kompetenzen zum demokratischen Handeln und zur Meinungsbildung von Kindern im Alter von sechs bis zwölf Jahren durch Angebote der politischen Bildung ab. Gemeinsam mit Mitgliedseinrichtungen des AdB und deren Kooperationspartner*innen werden Formate der politischen Bildung für Kinder im Grundschulalter entwickelt und erprobt.
- Zweitens fokussiert das Projekt auf die Erweiterung der Kompetenzen von Bildungspraktiker*innen in der formalen und non-formalen politischen Bildung.
 Durch Fortbildungsangebote werden sie in die Lage versetzt, Angebote politischer Bildung für Kinder im Grundschulalter zu konzipieren und umzusetzen.
- Drittens will das Projekt Angebote der politischen Bildung für Kinder im Grundschulalter als neuen Schwerpunkt in der politischen Bildung und angrenzenden Feldern verankern.

Das Projektteam, bestehend aus Damaris Wardenga (Projektmitarbeiterin) und Rebecca Arbter (Projektleitung), hat im Januar 2020 seine Arbeit aufgenommen und mit der Umsetzung des Modellprojekts begonnen. Hierzu zählte maßgeblich der Aufbau der vier elementaren *Bausteine des Projekts*, die in den folgenden 5 Jahren zur Erreichung der Projektziele umgesetzt werden.

1. Bedarfserhebung

Um die Bedarfe der Bildungspraktiker*innen für die Arbeit mit der Zielgruppe Kinder im Grundschulalter in den AdB-Mitgliedseinrichtungen und darüber hinaus kennenzulernen, wurde eine Bedarfserhebung umgesetzt. Hierzu wurden insgesamt 15 Leitfaden-Interviews geführt sowie eine Online-Umfrage im AdB durchgeführt und anhand dieser erste Themen und Erkenntnisse für die Projektweiterentwicklung gewonnen. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse wird 2021 auf der Projektwebsite veröffentlicht.

Zum Baustein der Bedarfserhebung zählte auch die Umsetzung einer Auftakttagung für interessierte Fachkräfte, die coronabedingt erst am 2. September 2020 online stattfinden konnte. Unter dem Motto "Politische Bildung mit Kindern – (wie) geht das?" wurde sowohl der wissenschaftliche Stand als auch bereits bestehende Praxiserfahrungen zusammengetragen.

Weiterer Bestandteil der Bedarfserhebung war ursprünglich die Umsetzung von Ideenworkshops zum Thema "Politische Bildung mit Kindern", die mit AdB-Mitgliedseinrichtungen und bestehenden oder potenziellen Kooperationspartner*innen umgesetzt werden sollten. Diese konnten aufgrund der Pandemie in 2020 nicht in Präsenz umgesetzt

werden. Eine digitale Alternative schien in Anbetracht des Vernetzungscharakters für das Anliegen ungeeignet.



Auftaktveranstaltung mit Rebecca Arbter, Projektleiterin, und Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des AdB Foto: AdB

2. Modellformate entwickeln und erproben

Das Herzstück des Projekts ist die Konzeption und Erprobung von Angeboten der politischen Bildung für Kinder im Grundschulalter, die zeigen sollen, welche Formate, Themen und Methoden in welchen lokalen Kooperationsverbünden funktionieren.

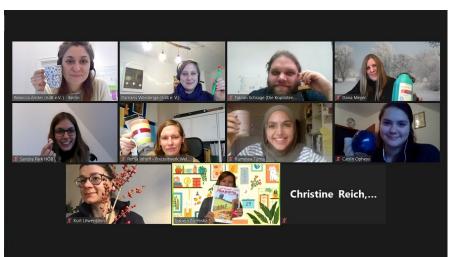
In einem verbandsweiten Interessenbekundungsverfahren, das im Juni 2020 endete, wurden sogenannte Pilotstandorte im Projekt ausgewählt, die in Kooperation mit dem AdB und lokalen Kooperationspartner*innen Angebote erproben werden. Im September wurde der Auswahlprozess abgeschlossen, sodass im Oktober mit der Erprobung erster Angebote begonnen werden konnte. Unter Berücksichtigung der aktuellen Pandemielage kam es – insbesondere im Hinblick darauf, welche Kooperationen sich umsetzen lassen und ob mit der Zielgruppe Kinder gearbeitet werden durfte – zu Verschiebungen und Ausfällen von geplanten Veranstaltungen. Jedoch konnten andere flexible Wege gefunden werden, um mit der Arbeit an den Pilotstandorten zu beginnen. So fand sich beispielsweise unter dem Namen "Diversity-Detectives" eine Gruppe aus Kindern und Pädagog*innen digital zusammen, um gemeinsam mit der Konzeption einer Detektiv-Rallye zu beginnen, die sich spielerisch Themen des Politischen nähert.

Ausgewählt wurden folgende Pilotstandorte:

- "<u>Diversity-Detectives</u>", ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V. in Drochtersen-Hüll
- "Achtung KinderKlima! Kinder gestalten Demokratie in Papenburg", Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V. (HÖB)
- "Wunderwelt Welt der Wunden?", Alte Feuerwache e. V. Jugendbildungsstätte Kaubstraße in Berlin
- "Alles Kindersache!", Die Kopiloten e. V. in Kassel;
- "Wir machen das! Demokratiebildung für Kinder im Grundschulalter", Freizeitwerk Welper e. V. in Hattingen
- "Gemeinsam sind wir stark! Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für weltanschauliche und religiöse Vielfalt", Teilseiend e. V. / Muslimische Akademie Heidelberg i. G.
- "So sehen wir das! Kinder reden mit!", Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.
 V. in Werneuchen/Werftpfuhl

3. Fortbildungen, Vernetzung, Wissenstransfer

Auf der Grundlage der im Projektaufbau identifizierten Bedarfe werden im Projekt ab 2021 Qualifizierungsangebote für Bildungspraktiker*innen entwickelt, konzipiert und bundesweit offen ausgeschrieben. Darüber hinaus sollen zu einem späteren Zeitpunkt im Projektverlauf Erkenntnisse, die aus der Umsetzung der Modellformate gewonnen wurden, in Workshops an Multiplikator*innen im Feld weitergegeben werden.



Vernetzungstreffen der Pilotstandorte Foto: AdB

Auch im Rahmen des ersten Vernetzungstreffens der ausgewählten Pilotstandorte im Dezember wurden Bedarfe der Bildungspraktiker*innen an den Pilotstandorten sowie Po-

tenziale für Peer-to-peer-Weiterbildungen erhoben. Ein weiterer Schwerpunkt des Vernetzungstreffens lag auf einem gegenseitigen Kennenlernen der Pilotstandorte. Es wurde deutlich, dass die aktuelle Pandemiesituation insbesondere für die politische Bildung mit jungen Kindern eine große Herausforderung darstellt, da sich digitale Alternativformate mit der Zielgruppe nur begrenzt umsetzen lassen. Nichtsdestotrotz konnten die Pilotstandorte sich darüber austauschen, welche Wege sie gefunden haben, um trotz der Herausforderungen mit der Umsetzung der Modellformate zu beginnen. So wurden Onlinekonzeptionstreffen mit Fachkräften und auch mit Kindern durchgeführt, erste Workshops mit Grundschulklassen konnten ohne Übernachtung in Bildungsstätten stattfinden und Teamer*innenschulungen wurden hybrid (on- und offline) durchgeführt. Im weiteren Projektverlauf ist vorgesehen, zwei Vernetzungstreffen im Jahr umzusetzen.

Um das Projekt fachlich abzusichern und zu reflektieren, wird es durch einen fachlichen Beirat, zusammengesetzt aus Fachkräften unterschiedlicher Professionsbereiche, begleitet.

Folgende Personen sind *Mitglieder im Beirat*:

- Prof. Dr. Iris <u>Nentwig-Gesemann</u>, Professorin für Allgemeine und Sozialpädagogik/Frühpädagogik, Freie Universität Bozen
- Christine Reich, Geschäftsführerin Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein und Mitglied des AdB-Vorstands
- Dr. Thomas <u>Südbeck</u>, Leiter der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V.
- Prof. Dr. Benedikt <u>Sturzenhecker</u>, Universitätsprofessor für Sozialpädagogik und außerschulischen Bildung an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg
- Michael Töpler, Fachreferent "Eltern und Schule" im Grundschulverband e. V.
- Dr. Margrit <u>Witzke</u>, Leiterin des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg (SFBB)

In zwei Online-Sitzungen (Mai und September) konnte der Beirat mit seiner vielfältigen Expertise das Projekt im Aufbau beraten und insbesondere bei der Ausschreibung einer wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojekts unterstützen.

4. Wissenschaftliche Begleitung, Publikationen, Modulare Fortbildung

Da nur wenig Forschung zur Praxis der politischen Bildung vorhanden ist und die Bedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung von Angeboten der politischen Bildung mit Kindern wenig beforscht sind, werden die Pilotstandorte im Projekt durch eine wissenschaftliche Begleitung evaluiert. Die Erkenntnisse, Gelingensbedingungen und Herausforderungen, die in der Begleitung benannt werden, sollen am Ende des Projekts mit dem Feld

diskutiert und in einer Publikation reflektiert werden. Außerdem soll eine Fortbildungsreihe die Erkenntnisse weitervermitteln.

Das Vergabeverfahren für die wissenschaftliche Begleitung wurde im Dezember 2020 abgeschlossen und mit der Umsetzung wurde begonnen.

Neben den Elementen der vier Bausteine wurden im Projekt außerdem ein Corporate Design und eine Projektwebsite entwickelt und aufgebaut.

Darüber hinaus hat sich das Projekt bei der Online-Mitgliederversammlung des AdB im November mit einem Workshop präsentiert. Hier konnten spannende Diskussionen mit den Teilnehmer*innen geführt werden.

Ausblick

Der Aufbau des Modellprojekts stand selbstverständlich unter dem Eindruck der Corona-Pandemie. Einige Vorhaben mussten dadurch verschoben oder in anderer Form umgesetzt werden, manche Veranstaltungen konnten gar nicht stattfinden. Insgesamt sind jedoch in allen Bausteinen wichtige Grundsteine gelegt worden, um darauf aufbauend die Projektziele in den kommenden Jahren voranzutreiben. Insbesondere die in der Bedarfserhebung gewonnen Erkenntnisse machten noch einmal Leerstellen in der und Bedarfe für die Weiterentwicklung der non-formalen politischen Bildung mit Kindern deutlich. Neben der Erprobung der Modellformate muss ein Fokus auf der fachlichen Weiterbildung, Qualifikation sowie dem Austausch von politischen Bildner*innen, Lehrkräften, Erzieher*innen und Multiplikator*innen liegen. Diesem Bedarf wird ab dem kommenden Projektjahr mit (digitalen) Angeboten begegnet werden.

Es ist jedoch auch klar, dass das zentrale Vorhaben des Projekts, die Erprobung von Formaten für Kinder im Grundschulalter in Kooperation mit den AdB-Mitgliedseinrichtungen, nur funktionieren werden, wenn sie überwiegend als Präsenzveranstaltungen stattfinden können. Welche Verzögerungen und Verschiebungen, aber auch Innovationen sich im weiteren Projektverlauf insgesamt durch die Pandemie ergeben, ist noch nicht abschließend zu beurteilen.

Der AdB realisiert das <u>Modellprojekt</u> "Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern" von Januar 2020 bis Dezember 2024. Gefördert wird das Projekt aus Mitteln des Bundesprogramms "<u>Demokratie leben!</u>" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (<u>BMFSFJ</u>) und durch eine Kofinanzierung der Bundeszentrale für politische Bildung/<u>bpb</u>.



Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms









Altbewährte Formate, kreative Lösungen und digitale Begegnungen Internationale Arbeit im AdB

Das Corona-Jahr 2020 hat den Bereich des europäischen und internationalen Jugend- und Fachkräfteaustausches im AdB besonders betroffen. Aufgrund der verschiedenen Lockdowns weltweit und der vorübergehenden Schließung der Einrichtungen mussten viele Maßnahmen abgesagt oder auf 2021 verschoben werden. Dennoch: Auch unter den schwierigen Bedingungen waren vielen Einrichtungen nicht untätig, sondern haben versucht, mit kreativen Lösungen Begegnungen – und sei es digital – zu ermöglichen.



Foto: Annie Spratt/unsplash

Der AdB ermöglicht als Bundesverband im Rahmen seiner Zentralstellentätigkeit biund multilaterale Austauschprojekte seiner Mitgliedsorganisationen durch die Weiterleitung von Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP). Beim bilateralen Austausch fördern gesonderte Fachprogramme deutsch-israelische, deutsch-polnische, deutsch-chinesische, deutsch-tschechische und deutsch-griechische Maßnahmen. Sonstige bi- sowie weltweite multilaterale Begegnungen werden aus Mitteln der Längerfristigen Förderung im KJP International unterstützt.

Die Corona-Pandemie 2020 traf den internationalen Austausch besonders hart. Aufgrund der verschiedenen Lockdowns weltweit und der vorübergehenden Schließung der Einrichtungen mussten viele Maßnahmen abgesagt oder auf 2021 verschoben werden. Während im Kontext mancher bilateralen Fachprogramme keine Projekte realisiert werden konnten, hätten andere Maßnahmen von Seiten der

deutschen Einrichtungen durchgeführt werden können. Allerdings verhinderten Einreiseverbote bzw. -gebote ein reales Treffen vor Ort.

Trotz der schwierigen Umstände waren vielen Einrichtungen nicht untätig. Die einen nutzten die Lockdown-freie Zeit im Sommer und Herbst für Präsenzveranstaltungen so gut wie möglich aus, wohingegen andere das Angebot des BMFSFJ, die Projekte ins Digitale zu verschieben, dankend annahmen.

Ein Jahr mit Höhen und Tiefen - Herausforderung in der Zentralstellenarbeit

Die statistische Auswertung der Maßnahmen im europäischen und internationalen Bereich zeigt ein Jahr, das trotz vieler Tiefen doch einige Höhen hatte. 2020 wurden im Vergleich zu 2019 im Durchschnitt mehr Mittel für den bi- oder multilateralen Austausch bewilligt (vgl. Abbildung 1), jedoch konnte weniger als die Hälfte der beantragten Maßnahmen durchgeführt werden (vgl. Abbildung 2), wobei sich die Corona-bedingten Ausfälle ungleich verteilen.

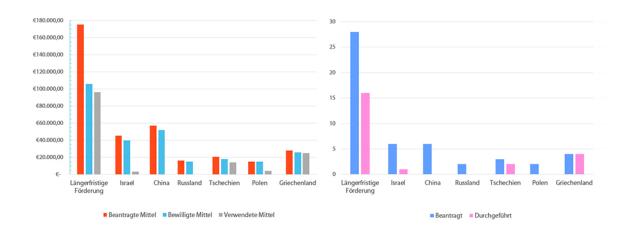


Abbildung 1: Mittel für den bi- oder multilateralen Austausch

Abbildung 2: Anzahl der durchgeführten Maßnahmen 2020

Ca. 1/4 der Maßnahmen in der internationalen Jugendarbeit konnte bereits vor Beginn des Lockdowns durchgeführt werden, sodass die eigentliche Herausforderung für die Träger wie die Zentralstelle war, durch den sich ständig ändernden Pandemieverlauf Gelegenheitsfenster des physischen Austauschs zu identifizieren, Hygienemaßnahmen einzuhalten und Testungen durchzuführen. Zudem bestand eine wesentliche Herausforderung in der gemeinsamen Erkundung alternativer Maßnahmenkonzepte, sei es rein digitaler oder auch hybrider Begegnungsformate.

Gleich zu Beginn des ersten Lockdowns hat die internationale Abteilung im AdB eine ständig aktuell gehaltene Ressourcenliste zusammengestellt, in die Inhalte von onlinelernen, Tools, Fragen zu Datenschutz laufend eingestellt wurden, und die den AdB-Mitgliedern zur Verfügung stand.

Auf Initiative der Kommissionen Jugendbildung und Europäische/Internationale Bildungsarbeit wurde am 6. Juni 2021 ein gemeinsamer, selbstorganisierter Online-Fachworkshop "Digitale Bildungspraxis" aufgesetzt, der neben Erfahrungsaustausch den interessierten Teilnehmenden v. a. Erstkontakte mit Grundfragen non-formaler digitaler Praxis ermöglichen sollte. 65 Teilnehmende aus den AdB-Einrichtungen und weiteren Kooperationszusammenhängen nutzten die Gelegenheit für einen "Austausch ohne Hype" zum Thema digitale Bildungspraxis. Neuland war es gewissermaßen, haben wir doch im Verbandskontext bislang eher digitale Beratungswochen und digitale Kurzformate durchgeführt, größere Veranstaltungen jedoch gescheut.

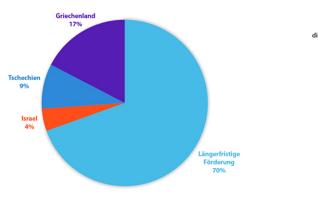
Ziel war zum einen, über die konkrete Nutzung verschiedener Tools und Plattformen eine Idee von und einen Austausch über Nutzen und Grenzen non-formaler Bildungsansätze im Spannungsfeld zwischen analoger und digitaler Bildung, Inklusion, emotionalen Zugängen, Bindungsarbeit, Datenschutz & Privacy zu bewerkstelligen. Klar wurde: Corona pflügt neben der Struktur außerschulischer Bildung auch Bildungsansätze und erprobte und liebgewonnene Praxis tiefgreifend durch. Welchen Fragen müssen wir uns stellen, was wollen wir bewahren, liegt das Ziel in neuen Anwendungen und Formaten? Sind die Herausforderungen neu oder bekannt in neuem Gewand? Viele Fragen und Herausforderungen, zu denen – erwartbar – ein großer Bedarf an Austausch und Diskussion besteht, aber auch Anregungen und ein Stand der Dinge in der und für die Praxis.

Es ist beeindruckend, dass sich aus allen Arbeitsfeldern politischer Bildung im AdB Pädagog*innen beteiligt haben und wir sind dankbar für die Geduld der Teilnehmenden, sich selbst einer teilweise disruptiven Praxis des ganztägigen Workshops zu stellen: Verschiedenen Plattformen zu nutzen bedeutete auch, Technikprobleme in Kauf zu nehmen und gegebenenfalls mit dem falschen (digitalen) Schlüssel vor dem verkehrten Seminarraum zu stehen.

Die Mühen des Tages haben sich gelohnt: Wir haben viel Interesse und den Willen, die Praxis zu gestalten, festgestellt. Das ist ermutigend. Auch konnten wir durch den Workshop Verbesserungspotenzial für digitale Formate, die wir im AdB weiterhin durchführen möchten, identifizieren. Als besondere Zugabe gab es neben verschiedenen Diskussions- und Austauschrunden und interaktiven Formaten zu Fragen von Konzeption, Inklusion, Datenschutz, digital-analogen Mixformaten auch die Challenge in Kleigruppen online Escape Rooms zu durchwandern – um eben selbst die Potenziale von Bildungsarbeit im Digitalen zu erleben.

In gewisser Weise stellte der Workshop selbst einen Escape Room dar, bei dem man auch nie genau weiß, was einen hinter der nächsten Tür erwartet. Die meisten haben die Herausforderung angenommen und bewältigt.

Machten 2019 die bilateralen Projekte noch 50 % der gesamten Maßnahmen aus – die restlichen 50 % wurden im Rahmen der Längerfristigen Förderung ermöglicht – erkennt man für 2020 anhand der Statistik (vgl. Abbildung 3) eine deutliche Veränderung. Der Hauptanteil der durchgeführten Maßnahmen fällt mit 70 % auf die Längerfristige Förderung, die restlichen 30 % teilen sich der deutsch-israelische, deutsch-tschechische sowie der deutsch-griechische Bereich.



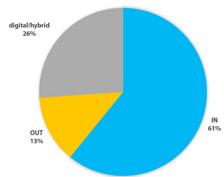


Abbildung 3: Verteilung der Maßnahmen 2020

Abbildung 4: Aufteilung In-, Out- und digitale Maßnahmen 2020

Der deutsch-chinesische, deutsch-russische und deutsch-polnische Austausch kam komplett zum Erliegen. Der Rückgang ist u. a. den Reiseverboten und Lockdowns in Deutschland und im Ausland, die teils asynchron zueinander in Kraft traten, geschuldet.

Während sich Jugendbegegnungen und Fachkräfteaustausche die Waage halten, sieht es bei der Aufteilung der Orte anders aus: Nur 13 % fanden in den jeweiligen Partnerländern (OUT-Maßnahmen) statt (im Vergleich dazu waren es 2019 noch 30 %). Das größte Segment bilden mit 61 % immer noch die IN-Maßnahmen, also die in Deutschland stattgefundenen Maßnahmen. Mit 26 % nicht zu verachten sind die digitalen, bzw. hybriden Maßnahmen, deren Durchführung erstmals 2020 – vorerst für die Längerfristige Förderung – ermöglicht wurde (vgl. Abbildung 4).



Begegnung digital? Was ist möglich?

Beispiele aus der Praxis internationaler Begegnungsarbeit

Viele Begegnungs- und Fachkräftemaßnahmen, ursprünglich physisch geplant, mussten ad hoc ins Digitale verlegt werden. Das war eine große Herausforderung. Neben den durch Corona bedingten Stornierungen und Verschiebungen, die viele Träger gerade in der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern betrafen, galt es zunächst geeignete Formate zu finden und auszuprobieren, die non-formales, digitalisiertes Bilden und Begegnen ermöglichten. Hier werden zwei Projekte, die noch als physische Begegnungen durchgeführt werden konnten, sowie weitere digitale Formate internationaler Bildungsarbeit vorgestellt.

Mostar Friedensprojekt: Czech-German Summer Tour: Fahrrad- und Zelt-Tour durch Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern



Deutsch-tschechische Fahrradtour Foto: Mostar Friedensprojekt e. V.

Die deutsch-tschechische Fahrradtour machte sich auf die Spuren einer jahrhundertelangen friedlichen Koexistenz. Dabei wurden Orte, die mit der slawischen Kultur und Geschichte auf dem Gebiet Deutschlands verbunden sind, erkundet.

Die geschichtlichen Themenkomplexe wurden bewusst niederschwellig gehalten, um bei allen Teilnehmenden das Verständnis zu erleichtern bzw. um Ähnlichkeiten leichter

herausarbeiten zu können. Die wechselhafte Vergangenheit der Slawen in Deutschland und in Osteuropa, die nach dem Kommunismus die Nationalstaatlichkeit als Endpunkt dieser Entwicklung sieht, war durch den Besuch realer Orte leichter zu erfassen. Gleichzeitig erfuhren die Teilnehmenden, dass die nationale Identität sich ständig wandelte, da sich nicht nur die Herrscherhäuser durch Kriege und eheliche Verbindungen über die Jahrhunderte abwechselten, sondern auch verschiedene Staaten diese Gebiete beherrschten. Der Begriff *Nation* änderte sich auch in den Köpfen der Teilnehmenden nach einem Besuch von zwei ehemaligen deutschen Nationalstaaten (Brandenburg/Preußen und Mecklenburg-Strelitz) sowie nach einer Einführung in die junge Geschichte des deutschen Staates.

Neben der thematischen Annäherung wurde das Themengebiet auch auf räumliche Weise durch Besuche bedeutungsvoller Orte erkundet, ebenso wurde ein gemeinsamer Erfahrungs- und Erfolgshorizont in Form einer Fahrrad- und Zelttour geschaffen. Ursprünglich geplant als Tour von einem südöstlichen Punkt der Mecklenburgischen Seenplatte über eine Strecke von fast 200 km in das Gebiet von Oldenburg/Holstein mit vorherigen Abstecher nach Dresden, musste coronabedingt eine andere Route genommen werden. Nach Besuchen in Berlin und Brandenburg startete die Fahrradtour in Neustrelitz und führte über eine Strecke von 150 km durch die Landschaften Mecklenburg-Vorpommerns bis nach Usedom.

Um das gegenseitige Kennenlernen zu unterstützen, wurden die Teilnehmenden in gemischten Gruppen zu zweit in Zelten untergebracht. Der Zusammenhalt wurde auf verschiedene Weise gestärkt und gefördert. So wurden die Aufgaben des täglichen Bedarfs (Einkaufen, Kochen, Abwaschen, Zelte auf- und abbauen, Fahrradwartung) rotierend in der Gruppe verteilt. Alle waren aufgefordert, einmal während des Ausfluges zu kochen, wobei es den Teilnehmenden selbst überlassen wurde, was sie kochen. Den Berichten zufolge überboten sich die Teilnehmenden teilweise an Leistung und ermöglichten, dass die anstrengenden Tagestouren glücklich, bei geselligem Beisammensein abgeschlossen werden konnten. Durch das gemeinsame Fahrradfahren und insbesondere dadurch, dass sich die Gruppe bei Problemen mit den Fahrrädern selbst helfen konnte, wuchs der Zusammenhalt noch mehr.

Alle Etappen waren mit Lernzielen versehen, die durch Vor-Ort-Besichtigungen mit Erklärungen, durch Begegnungen oder durch Suchspiele realisiert wurden. Am letzten Tag auf Usedom konnten die Teilnehmenden frei über ihre Zeit verfügen, was sie zu einem selbst organisierten Ausflug nach Swinemünde/Polen veranlasste.

Sowohl auf Seiten von Mostar Friedensprojekt und seinem tschechischen Partner, als auch auf Seiten der Teilnehmenden war der Austausch ein großer Erfolg. Zu verdanken war das dem guten Zusammenhalt der Gruppe und dem Mitentscheidungsrecht der Teilnehmenden am Programmverlauf. Der nachhaltige Eindruck der Begegnung zeigt sich nicht nur daran, dass eine tschechische Teilnehmerin ein Praktikum bei Mostar

Friedensprojekt im Sommer 2021 plant, sondern, dass deutsche Teilnehmende im gleichen Sommer ihre tschechischen Mitradelnde besuchten und umgekehrt.

"I took part in the Czech – German Exchange in July 2020. It was an extraordinary trip because we spent it all on bikes. We biked from Berlin to an island in the North of Germany called Usedom. This exchange was a totally new experience for me, I had never biked or slept in a tent for so long before, but I really enjoyed it. The people there, not only Czechs and Germans but also for example Indonesians or Ukrainians, were really friendly and fun to be around. We did everything ourselves – cooking, cleaning, building tents, but it worked out perfectly because everybody wanted to participate. We also visited some historical sites and learned about the Czech imprint on the German past. And even though I'm no sporty person, I managed to complete all the routes because the people around me were super supportive. I made some great friends at this exchange and I'm glad I got to be a part of it!"

ABC Hüll: Filmmaking as a tool for civic education 13.–18.10.2020 – Filmworkshop unter Hygienebedingungen

Die Kooperation des ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V. und des Kwetu Film Institutes aus Kigali/Ruanda ist eine über mehrere Jahre gewachsene Zusammenarbeit. Als sich im Herbst 2020 abzeichnete, dass Ruanda eines der wenigen Länder weltweit war, für welches keine Reisewarnung bestand, gelang es mit Unterstützung des BVA und des Auswärtigen Amtes, Visa für die Teilnehmenden der Partnerorganisation zu bekommen.

Thematisch beschäftigten sich die Kooperationspartner mit filmgestütztem politischem Bilden und der Film-Produktion als Ansatz politischer Bildung. Das Anliegen war, die in der Gruppe vorhandenen unterschiedlichen Fähigkeiten, durch kreative Prozesse zu hinterfragen und Diversitäten sichtbar zu machen.

"Während der Durchführung der Veranstaltung haben wir festgestellt, dass sich die Hygienemaßnahmen, die wir aufgrund der Pandemie ergreifen mussten, auf die Gruppe der Menschen ebenso ausgewirkt haben wie auf die Arbeit, die wir gemeinsam geleistet haben. Wir haben feststellen können, dass die Arbeit in einer heterogenen Gruppe, in der die verschiedenen Teilnehmer über unterschiedliche sprachliche Ressourcen verfügen und mehr oder weniger Erfahrung mit diskursiver Arbeit haben, eine Herausforderung war. Und wir haben uns dafür entschieden, in der Gruppe transparent über das Thema zu sprechen, und wir haben deutlich gemacht, dass es unser Ziel ist, einen gemeinsamen Prozess zu gestalten, und deshalb werden wir die Ziele des Prozesses an die Zeiten und Kapazitäten jedes einzelnen Teilnehmers anpassen."

Digitale Maßnahmen und hybride Begegnungen

Begegnungs- und Fachkräftemaßnahmen im Rahmen bestehender Konzeptionen und Förderungen ins digitale zu drehen, stellte sich als eine Haupt-Herausforderung im laufenden Jahr dar. Neben den durch Corona bedingten Stornierungen und Verschiebungen, die viele Träger gerade in der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern betrafen (unterschiedliche zeitliche Lockdowns, unterschiedliche Arbeitsmodelle, unterschiedliche Reisemöglichkeiten von Teilnehmenden etc.) galt es zunächst, geeignete Formate zu finden und auszuprobieren, die non-formales digitalisiertes Bilden und Begegnen ermöglichten. Seitens der Zentralstelle sei angemerkt, dass es eine enorme Leistung einiger Träger ist, trotz widrigster Umstände adäquate und funktionierende Lösungen gefunden zu haben, die trotz schwierigster physischer und finanzieller Herausforderungen, Begegnung in der Praxis ermöglichten. Zwei werden hier kurz vorgestellt:

naturkultur e. V. – Seminare "digital competences in non-formal education" und "crisis management in youth work"

Hier ging es um ein multilaterales Seminar, das zum Ziel hatte, gemeinsam mit Fachkräften aus neun Ländern zum Thema "Digitale Kompetenzen in der non-formalen Bildung" zu arbeiten. Das ursprünglich physisch konzipierte Seminar wurde auf digital umgestellt, wobei die Dauer von ursprünglich wenigen Tagen auf zwei Wochen digitale Aktivitäten im Zwei-Tages-Rhythmus gestreckt wurden. Mit dem Inhalt des Trainings konnte zugleich ein durch Corona befeuerter, gewachsener Bedarf der europäischen Partner, sich ad hoc zu Fragen digitaler Bildung auszutauschen und weiterzubilden, bearbeitet werden. Die europäische Jugendarbeit steckt mitten im Prozess der digitalen Transformation. Politischer Bildung kommt hierbei eine zentrale Aufgabe zu, die verschiedenen gesellschaftspolitischen, rechtlichen und praktischen Dimensionen auszuarbeiten und diese im Kontext europäischer Qualifizierungsprogramme zum Thema und Gegenstand zu machen.

Dem Umgang mit Krisenerfahrungen widmete sich das 6-tägige multilaterale Seminar "crisis management in youth work" in welchem verschiedenste Aspekte von Krisenerfahrung in Jugendarbeit aufgegriffen und konkrete Bearbeitungsszenarien entwickelt wurden. Ausgehend von den unterschiedlichen Covid-19-Erfahrungen der Teilnehmenden in Bezug auf strukturelle, finanzielle, pädagogische Konsequenzen vor unterschiedlichsten lokalen Gegebenheiten, wurde mit dem Seminar ein wichtiges Forum zum Erfahrungsaustausch und kollegialer Beratung im Kontext europäischer Begegnungsprojekte angeboten.

GSI Bad Bevensen – Seminarserie "The grapes of wrath. Racism and the crisis of democracy … "

Die deutsch-amerikanische Begegnung wurde auf ein insgesamt 8-tägiges digitales Seminar umkonzipiert. Der Schwerpunkt Rassismus und die Bearbeitung unterschiedlicher Exlusionsmechanismen sowie historischer Bezugsrahmen von Diskriminierung

gesellschaftlicher Gruppen griffen hochaktuelle Themen auf, die mit dem digitalen Bildungsformat gut zusammengingen.

Die Corona-Pandemie ist eine weltweite zeitgleiche und ortsunabhängige Zäsur, die dieLebenswelt aller Menschen vor zeitgeschichtlich bislang ungekannte Herausforderungen stellt. Die Pandemie kann und darf daher nicht Grund sein, die eminent wichtige und solidarischen Erfahrung von Austausch und Begegnung zu beeinträchtigen. Gerade die Kolleg*innen in Ländern mit einer gut aufgestellten Struktur sollten sich dessen bewusst sein, dass diese guten Bedingungen auch zum Handeln verpflichten.

Mit den beschriebenen digitalisierten Begegnungsformen oder den kreativ angegangenen analogen Umplanungen stellte sich einmal mehr heraus, dass mit einer flexiblen Handhabung Praxis angeregt und unterstützt werden kann, Formate neu zu denken, zu entwickeln und diese beispielhaft durchzuführen. Gerade im Kontext der KJP Längerfristigen Förderung internationaler Arbeit konnten hier wertvolle Erfahrungen gemacht werden. Es zeichnet sich ab, dass internationale Jugendarbeit auch in vermeintlich post-pandemischen Zeiten nicht zum business as usual zurückkehren wird und auch die fortschreitende Digitalisierung der Bildungsarbeit dementsprechend für das Aufkommen neuer Formate der Begegnung und veränderter Erfahrungen von Mobilität sorgt. Dementsprechend muss künftig Förderung wie auch Bildungspraxis diese Formate entwickeln und als Teil der Arbeit aufgreifen.

"In Zeiten wie der Corona-Pandemie halte ich es für absolut wichtig, dass Online-Formate wie dieses gefördert werden. Wichtig ist es, dafür die Förderbedingungen zu flexibilisieren. Teilweise ist dies bereits umgesetzt worden: Beispielsweise muss der zeitliche Umfang des Programms dem Online-Format angepasst werden. Es ist wichtig, dass dabei die Förderlogik nicht mehr vom Gedanken an Programm mit Unterkunft und Verpflegung geknüpft ist. Andererseits entstehen deutlich höhere Kosten für Personal und technical support. Letzteres konnte bereits kurzfristig gefördert werden. Es wäre allerdings sehr wichtig, wenn für zukünftige Online-Programme auch anteilige Personalkostenförderung (ohne vorherige Aufnahme in einen Stellenförderplan) möglich wäre." (O-Ton eines Sachberichts)



Austausch und Dialog

Internationale Projekte im AdB

Im AdB wurden in 2020 zwei Projekte weiter vorangetrieben: das Erasmus+ Projekt "DIGIT-AL: Digital Transformation and Adult Learning for Active Citizenship" sowie das Projekt "Fortifying Democracy through Transatlantic Civic Education", das im Rahmen des Bundeskanzler-Stipendiaten-Programms der Alexander von Humboldt-Stiftung realisiert wurde. Beide Projekte werden im Folgenden vorgestellt.



Foto: AdB

DIGIT-AL: Digital Transformation and Adult Learning for Active Citizenship

Im Erasmus+ Projekt "DIGIT-AL: Digital Transformation and Adult Learning for Active Citizenship" (Laufzeit 09/2019–01/2022) wird erforscht, was die digitale Transformation für die politische Erwachsenenbildung bedeutet. Im Rahmen einer Strategischen Partnerschaft arbeiten im Projekt sieben Partnerorganisationen aus sechs europäischen Ländern zusammen, um von Oktober 2019 bis Frühjahr 2022 gemeinsam herauszuarbeiten, in welchen gesellschaftspolitischen Bereichen die Digitale Transformation Fragen an politische Beteiligung und Mitwirkung stellt und demokratische Beteiligung herausfordert.

Training DIGIT-AL: Smart City, smarte Arbeit, smart leben? Smarte Bildung!

Vom 24. bis 29. Februar 2020 trafen sich im Rahmen des Projekts politische Bildner*innen aus verschiedenen Teilen Europas in Brüssel. Gemeinsam mit Vertreter*innen europäischer Netzwerke, mit Forscher*innen und Politik-Expert*innen im Bereich der digitalen Transformation widmeten sich die Teilnehmenden dem Phänomen aus unterschiedlichen Perspektiven: sektorenübergreifend und interdisziplinär. Mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialrat sowie der EU-Kommission präsentierten zwei EU-Institutionen ihre Strategie in Bezug auf die Entwicklung digitaler Kompetenzen im Kontext wirtschaftlicher Modernisierung. Weitere Ansprechpartner*innen waren die Bildungsnetzwerke ALL DIGITAL und Lifelong Learning Platform, die digitale Zivilgesellschaft (EDRi European Digital Rights) und Forschung (Freie Universität Brüssel, Projekt Panelfit)

Reader-Serie zur Digitalen Transformation

Eine Readerserie mit acht Broschüren zu wichtigen Themenfeldern der Digitalisierung arbeitete heraus, welche Anknüpfungspunkte Lernen über, mit und durch Digitalisierung besonders für die politische Bildung und das außerschulische Lernen bestehen. Die Readerserie erscheint im Rahmen der DARE BLUE Lines Publikationen



Reader-Serie zur Digitalen Transformation Foto: AdB

- Das digitale Selbst, Identität und ihr Schutz
- Partizipation und Engagement
- E-Government
- Wirtschaft und Arbeit
- Kultur
- Internet, Big Data, Plattformen
- Medien und Information im Umbruch
- Bildung

Die Materialien sind auf der Website des Projekts veröffentlicht: <u>www.dttools.eu</u> und können als offene Bildungsmaterialien unter einer Creative Commons Lizenz genutzt werden.

Austausch und Dialog

Wichtig ist es, mit dem Projekt zum Austausch über Digitalisierung als Thema der politischen Bildung im AdB und im Feld politischer Bildung beizutragen: zum Beispiel im Rahmen der Sitzung der Kommission Erwachsenenbildung 2020, durch Beiträge in der Fachzeitschrift "Außerschulische Bildung", einen Workshop während der Mitgliederversammlung 2020, durch Beiträge auf der Digitalen Plattform politischbilden.de www.politischbilden.de und die Mitorganisation des Workshops "Digitale Bildungspraxis" im Juni 2020.

Im Rahmen der Brüsseler Lifelong Learning Week 2020 organsierte das DIGIT-AL-Projekt eine Diskussion zum Thema "Challenging Digital Competence: Transformations in Citizenship Education". Beteiligt waren die MEPs Victor Negrescu und Rasmus Andresen. Moderiert wurde die Diskussion von Oonagh Aitken (Vorstandsmitglied der Lifelong Learning Platform). Bei der NECE-Konferenz und auf dem NECE Campus 2020 wurden die Zwischenergebnisse des Projekts und die erstellten Reader präsentiert. Für das ifa CrossCulture Programm (https://www.ifa.de/foerderungen/crossculture-programm) wurde ein Workshop im Rahmen der CCI Digital-fellowships organisiert, beim DIE-Forum Digitalisierung das Projekt im Panel "Digitale Aktionsräume des Politischen: Online-Plattformen und Virtual Reality im Einsatz für historisch-politische Erwachsenenbildung" vorgestellt.



Training in Brüssel Foto: AdB

[Hier eingeben]

Im Berichtzeitraum wurde mit der Arbeit an einer App begonnen, die die Ergebnisse des Projekts und digitale Praxis für die politische Bildung zur Verfügung stellen wird.

Das Projekt wird über das EU-Programm Erasmus + als Strategische Partnerschaft für Innovation gefördert. Folgende Organisationen sind beteiligt:

- Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (Deutschland)
- Jaan Tönisson Institute (Estland)
- Education Development Centre (Lettland)
- Partners Bulgaria Foundation (Bulgarien)
- Center for International Cooperation Trento (Italien)
- Kooperative Inducar (Portugal)
- DARE-Netzwerk "Democracy and Human Rights Education in Europe" (Belgien)

Fortifying Democracy through Transatlantic Civic Education

Seit November 2019 bis Ende 2020 war Katja Greeson als Bundeskanzler-Stipendiatin der Alexander von Humboldt-Stiftung in der AdB-Geschäftsstelle tätig. Das Ziel des in dieser Zeit entwickelten Projekts war es, das einzigartige System der außerschulischen politischen Jugendbildung in Deutschland und auf EU-Ebene in Hinblick auf übertragbare Empfehlungen für das US-amerikanische-System zu erforschen.

Der ethnografische Forschungsansatz, der sich auf das Erleben des Systems als teilnehmende Beobachterin und durch Interviews mit Expert*innen und Praktiker*innen im Feld konzentrierte, ermöglichte es, ein tieferes Verständnis mit einer Außenseiterperspektive zu entwickeln. Aus dem Projekt gingen mehrere Publikationen und Präsentationen hervor, die dazu beitrugen, die Infrastruktur der außerschulischen politischen Jugendbildung in Deutschland zu beschreiben, zu analysieren und einem internationalen, englischsprachigen Publikum zugänglich zu machen. Dazu gehörte ein Diskussionspapier mit dem Titel "A Profile of Non-Formal Youth Civic Education in Germany: Inspiration for a Reimagined Civic Learning Infrastructure" und ein dazugehöriger TEDx Talk. Darüber hinaus wurde im Rahmen dieses Projekts das neue AdB-Fachkräfteaustauschprojekt, das im Jahr 2021 startet, der Transatlantic Exchange of Civic Educators (TECE), vom AdB-Arbeitsfeld Europa und Internationales entwickelt, um ein vergleichendes Verständnis der deutschen und US-amerikanischen Ansätze der politischen Bildung zu vertiefen, die Möglichkeit zur Partnerschaftsbildung zu ermöglichen und den transatlantischen Diskurs wieder in das Feld einzuführen.

Die Erfahrungen mit dem Bundeskanzler-Stipendienprogramm der Alexander von Humboldt Stiftung sind eine Bereicherung der Arbeit der Geschäftsstelle und des Verbands als Ganzem. Die Beobachtungen sind in mehreren Gremien des AdB vorgestellt und diskutiert worden, sie bieten dem AdB selbst eine wertvolle Grundlage und Feedback zur Arbeit und zu eigenen Strukturen.



DARE network – Democracy and Human Rights Education in Europe Netzwerke – Projekte – Advocacy Work

Auch für die internationale Arbeit des DARE-Netzwerks https://dare-network.eu war das Jahr 2020 von vielerlei Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie geprägt. Als erfreulicher Seiteneffekt der zumeist ins Digitale umgeleiteten Aktivitäten und projektgebundenen Kooperationen, ist der CO₂-Fußabdruck der Aktivitäten des Netzwerks sehr gering geblieben. Im Folgenden werden die im DARE-Netzwerk realisierten Projekte, Workshops und Vernetzungsaktivitäten vorgestellt.

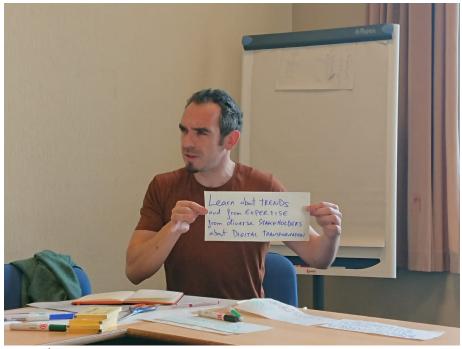


Foto: AdB

Die vielfachen Projektverpflichtungen die im Rahmen der DARE-Kooperationen https://dare-network.eu eingegangen wurden, bedeuteten für alle Beteiligten neben der Umstellung physischer auf digitale und hybride Arbeitstreffen vor allem die Herausforderung, dass die aktuelle Situation ebenso eine grundlegende Änderung der Projektkooperationen bedeutete. Für die Zusammenarbeit und die Arbeit an den anvisierten Produkten mussten neue Wege erschlossen werden.

Mit mittlerweile fünf Projektmanager*innen und einer anteiligen Sekretariatsstelle, die DARE beim AdB mitfinanziert und die die verschiedenen Kooperationen von DARE europaweit betreuen, ist dem Netzwerk als NGO eine gestiegene Verantwortung zugekommen. Dies bestätigt die Richtungsentscheidungen des DARE-Vorstands,

Grundlagen für eine Professionalisierung der Netzwerksstruktur zu schaffen. Freilich bleibt der Weg eine Herausforderung da das DARE-Netzwerk keine institutionelle Förderung erhält, sondern auf strategische Projektentwicklung und Einbettung in Projekthorizonte angewiesen ist.

Die Professionalisierungsleistung umfasste in einem ersten Schritt den Beitritt zu VSDC, eines Belgischen NGO-Vereins, der NGOs in rechtlichen und finanziellen Fragen direkt unterstützt. Es umfasste das Aufsetzen einer neuen Buchhaltung, welche in 2021 mit einer neuen Buchhaltungssoftware unterstützt wird, sowie die Klärung diverser Versicherungsfragen, die der NGO ermöglicht, nach belgischem Recht Anstellungsverträge und Projekte selbst zu managen.

Neben diesen eher unsichtbaren Tätigkeiten, hat DARE einiges für die Sichtbarkeit getan: Ein neues Logo setzt den Anspruch an transparente und zugängliche Arbeit konsequent um. Zudem wurde mit insgesamt neun Fachpublikationen ein deutliches Zeichen für die vielfältige Expertise, die sich in DARE versammelt, gesetzt. Die Advocacy-Arbeit als Mitglied und im Verbund mit der Lifelong Learning Platform https://lllplatform.eu und Civil Society Europe schlug sich bspw. in neuen Schwerpunktsetzungen der neuen europäischen Förderprogramme im Bildungs-, Jugend- und Grundwertebereich, aber auch in vielfachen konkreten Aktivitäten und Veranstaltungen im Rahmen der LLL Week, des NECE-Campus und der Kooperationen mit weiteren Partnern nieder.

Projekte? Projekte!

Der Motor für die Umsetzung sind Projekte: Über Projekte werden die Mitglieder eingebunden und unterstützt, wird eine gemeinsame Fachexpertise entwickelt und fachlicher Austausch bewerkstelligt. Sie bilden den Kern der Kooperation und Weiterentwicklung des Netzwerks, setzen aber zugleich die Grundlage für die evidenzbasierte Advocacy und Vertretungsarbeit auf der politischen Ebene. Über das bereits beschrieben Projekt DIGIT-AL ist die Arbeit des AdB mit DARE eng verzahnt, da mithilfe von DIGIT-AL die administrative Arbeit und die Policy-Ebene des Netzwerks eng verknüpft sind.

Unsung Heroes Dialogues Projekt

Das von der Europäischen Kommission im Programm "Europe for Citizens" geförderte Projekt "Unsung Heroes Dialogues" https://dare-network.eu/project-unsung-heroes/, startete im April 2020 und wurde koordiniert von Culture goes Europe e. V. als Partnerschaft mit dem DARE-Netzwerk und sechs weiteren Organisationen der Zivilgesellschaft. Das Ziel des Projekts ist die Stärkung der Zivilgesellschaft durch Sichtbarmachen der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie ein awareness raising für die Arbeitsrechte der in diesen Bereichen Tätigen. Unsung Heroes

konzentriert sich darauf, erstens die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftlich instabile Position derjenigen zu erhöhen, die in kleinen NGOs arbeiten; zweitens Beschäftigte in der Zivilgesellschaft zu befähigen, für ihre Rechte durch kollektives Handeln einzutreten, indem ein lokales und internationales Netzwerk von kleinen NGOs innerhalb Europas geschaffen und ein Dialog mit politischen Entscheidungsträgern aufgebaut wird; und drittens, das Bewusstsein für die Bedeutung der Zivilgesellschaft durch eine internationale Kampagne zu erhöhen, um die europäischen Werte und die Bedeutung der zivilgesellschaftlichen politischen Bildung einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln.

Im Rahmen des Projekts, das noch bis Oktober 2021 läuft, wurde eine Umfrage durchgeführt, um Daten über die Arbeitssituation von Beschäftigten der Zivilgesellschaft in der EU zu sammeln. Generell mangelt es an Daten und Informationen über zivilgesellschaftliche Arbeitnehmer*innen und Organisationen in europäischen und nationalen Mitgliedsinstitutionen. Vorläufige Ergebnisse dieser Umfrage wurden auf der Autumn School des Projekts in Erfurt präsentiert, die junge Aktivist*innen der Zivilgesellschaft zusammenbrachte, mit dem Ziel, den Wert der Zivilgesellschaft durch die Entwicklung von Werbekampagnen durch die Teilnehmer*innen zu fördern. Eine einzigartige Erfahrung war, dass die Autumn School als hybride Veranstaltung durchgeführt wurde, bei gleichzeitig sich verschärfenden Corona-Regeln, bei der einige Teilnehmende persönlich in getrennten Räumen und andere über Online-Plattformen teilnahmen. Auch in der Bildungseinrichtung konnten die vor Ort getrennten Teilnehmergruppen nur digital kommunizieren.

Im Jahr 2021 plant das Projekt, die Analyse der Umfragedaten abzuschließen und Interviews mit zivilgesellschaftlichen Expert*innen auf nationaler und internationaler Ebene durchzuführen, um die in der Umfragephase gesammelten statistischen Daten zu ergänzen. Darüber hinaus sind 46 Veranstaltungen (42 lokale und 4 internationale) geplant, um das Bewusstsein für diese wichtige Frage zu schärfen und lokale und internationale Gemeinschaften herauszufordern, die Organisation der Zivilgesellschaft zu überdenken und politische Empfehlungen zu diesem Zweck zu entwickeln.

DEMOGAMES – Gamification and game based analogue and digital democracy learning

In der von Erasmus+ geförderten Strategischen Partnerschaft DEMOGAMES (koordiniert von GIGA Hamburg und demokrative.ch) konnten 2020 erste Prototypen spielbasierter Demokratiebildungsbausteine für die offline und online Anwendung fertiggestellt und erprobt werden. 2021 steht die Programmierung diverser onlinebasierter Module an, die auf digitalisierte Anwendungen abzielen.

EntreComp 360

Entrepreneurship Competences beschreiben im zivilgesellschaftlichen Kontext sachverwandt Fragen von Engagement, Kreativität, Initiative, Innovation, Partizipation

und haben eine gewisse Schnittmenge mit zivilgesellschaftlichen Kompetenzmodellen, an denen sich bspw. das Feld der europäischen Jugendbildung orientiert. Im von der Universität Reykiavik koordinierten EntreComp 360-Projekt ist die Rolle von DARE, den eher aus dem Feld der Beschäftigungsfähigkeit entwickelten Rahmen auf Anwendungsbeispiele und Anknüpfungspunkte im Jugendbildungsbereich rückzubinden. Im Rahmen der Arbeit von DARE werden hierzu Reader erarbeitet, die sich beispielhaft den Feldern Youth Work and Non Formal Learning, Women Entrepreneurship und Assessment – Validation – Recognition widmen.

Kompetenzen, Kompetenzrahmen und Modelle sind für Anliegen von Bildungs- und Jugendarbeit in den letzten Jahren (nicht nur) in der europäischen Fachdebatte eine wichtige Orientierungsgrundlage geworden. Das DARE-Netzwerk ist sich der Herausforderung und der Problematik, die die Festlegungen der Kompetenzmodelle mit sich bringen, bzw. auch der durch sie vorgenommenen Einengung einer an Kontingenz orientierten politischen Bildung bewusst. Die Arbeit mit den Modellen verhilft uns jedoch gerade im europäischen Diskurs (verschiedenste Bildungsstrukturen, Ansätze und Lagen von Organisationen politischer Bildung, Ungleichzeitigkeiten), Grundlagen für gemeinsame Diskussionen und einen vertieften Diskurs über Praxis zu finden. Zudem müssen wir in der Arbeit des Netzwerks anerkennen, dass die Debatte in Richtung Curricularisierung, Kompetenzorientierung einer kritischen Stimme und Evidenz gerade der außerschulischen politischen Bildung bedarf.

NECE Focus-Group Reference Framework on Competences for Democratic Culture in the non-formal educational field

Das von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb im Rahmen von NECE geförderte Projekt https://www.adb.de/projekt/nece-fokusgruppe-zum-rfcdc einer Praxisevaluierung des Council of Europe Reference Framework on Competences for Democratic Culture (RFCDC https://www.coe.int/en/web/reference-framework-of-competences-for-democratic-culture) wurde 2020 abgeschlossen. Koordiniert von Zentrum Polis (AT) und dem DARE-Netzwerk, konnte eine wertvolle Praxisstudie zu Anwendungshorizonten des RFCDC im Kontext non-formaler Jugend- und Erwachsenenbildung abgeschlossen werden. Die verschiedenen Pilotworkshops – in Deutschland von der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, dem AdB und der Schwarzkopf Initiative Junge Europa durchgeführt – haben im Resultat auf Ebene der Bildungsarbeit des Europarats für ein verstärktes Verständnis für die Logik und Ansätze non-formaler Bildung gesorgt und bilden dort Anknüpfungspunkt für weitere Aktivitäten.



NECE-Fokusgruppe Foto: Zentrum Polis

Mit der Publikation einer Fachbroschüre im Rahmen der DARE Blue Lines konnte zudem ein Ansatz vorgestellt werden, das RFCDC in die Horizonte und Logik formaler und nonformaler Bildungsarbeit zu orientieren, wie auch, es im Kontext weiterer Kompetenzmodelle und Rahmen der Jugend- und Erwachsenenbildung zu reflektieren. Für die europäische Fachdebatte und auch für die Reflexion des RFCDC als solchem konnte damit ein wertvoller Beitrag erbracht werden.

TEVIP Translating European Values into Practice

Ebenfalls abgeschlossen werden konnte 2020 das Erasmus+ Projekt TEVIP, das sich der Frage einer Pädagogisierung des sperrigen Themas Europäische Werte widmet. Der gewählte Themenkomplex Europäische Werte erweist sich als aktueller denn je und das Projektvorhaben wurde in diesem Kontext überzeugend umgesetzt. Die Projektergebnisse können gewinnbringend in der Praxis der non-formalen Jugendarbeit genutzt werden, es besteht ebenso die Transfermöglichkeit in andere Bildungsbereiche. Synergieeffekte sind vor allem zum formalen Bildungsbereich entstanden. Die Ergebnisse werden in einer ansprechend gestalteten, übersichtlichen und mehrsprachigen Website präsentiert www.tevip.eu. Alle Methoden und Handouts sind mit umfangreichen Beschreibungen und Anleitungen versehen. Aus den zwei großen Blended Mobilities für junge Menschen wurden einige Teilnehmende für die Fachkräftemaßnahme gewonnen, da sie die Rollen wechselten und sich fortan z. B. als Gruppenleitungen engagierten – dies ist ein interessanter Aspekt der Nachwuchsförderung in der nicht-formalen Jugendarbeit. Einige Veranstaltungen für Multiplikator*innen konnten in digitaler Form stattfinden und wurden geschickt in Konferenzen mit weiteren Akteuren zum Thema Menschenrechte und Europäische Werte verknüpft.

Das Methodenhandbuch zum Projekt TEVIP wurde ebenfalls 2020 im Rahmen der DARE Blue Lines in vier Sprachversionen (EN: Translating European Values into Practice, DE: Europäische Werte Konkret, PL: Europejskie wartości w działaniu, IT: Tradurre in pratica i

valori europei, alle Versionen verfügbar zum Download unter https://www.tevip.eu) veröffentlicht.



DARE BLUE LINES RFCDC-Cover Foto: AdB

Advocacy Work

Digitalisierung und Bildung: Im Rahmen der LLL Week 2020 wurde für das Projekt "DIGIT-AL – Digital Transformation and Adult Learning for Active Citizenship" (https://www.adb.de/projekt/digit-al) das Politikpanel "Challenging Digital Competence: Transformations in Citizenship Education" organisiert, das inhaltlich an das Anfang März 2020 in Brüssel organisierte Training zu DIGIT-AL anknüpfte. Zudem hat DARE – basierend auf den Ergebnissen der DIGIT-AL Studie ein Positionspapier zum europäischen Digital-Education Action Plan veröffentlicht: "Digital Transformation as Part of Digital Education. Recognize the Systemic Relevance of Civic Education – September 2020" https://dare-network.eu/digital-transformation-as-part-of-digital-education-recognize-the-systemic-relevance-of-civic-education.

Ebenfalls im Rahmen der LLL Week hat DARE gemeinsam mit solidar und der Bridge 4.7 Initiative ein Panel zum Thema der Herausforderungen der Sustainable Development Goals an NGO's organisiert. Basierend auf den Ergebnissen des Projekts TEVIP konnte ein Policy Paper zur Frage "Challenging with European Values" publiziert werden. https://www.tevip.eu/assets/Position%20paper.pdf

Digitale Workshops

Neben der Arbeit in den verschiedenen Projektebenen hat DARE verschiedene digitale Veranstaltungen und Workshops mit weiteren Partnern veranstaltet, die insgesamt ein rundes und vielfältiges Online-Angebot für ein an Human Rights and Democracy Education interessiertes Publikum darstellen:

- Im Rahmen des CrossCulture Programms des deutschen ifa-Instituts (Institut für Auslandsbeziehungen) bot DARE unter dem Titel "DARE und IfA Institut Cross-Culture Online-Workshopreihe für Citizenship Education" eine Workshop-Reihe zu ausgewählten Schwerpunktthemen der Education for Democratic Citizenship/Human Rights Education an. Ziel des CrossCulture-Programms ist es, dauerhafte zivilgesellschaftliche Netzwerke zwischen Deutschland und Ländern auf der ganzen Welt zu stärken. Das Programm wurde 2005 ins Leben gerufen und zählt mittlerweile über 750 Alumni zu seinem stetig wachsenden Netzwerk. Die Teilnehmer*innen repräsentieren eine Vielfalt von Ländern und Perspektiven zur digitalen Transformation.
- Im Oktober 2020 wurde der Workshop "Digitale Transformation und digitale Rechte" realisiert. Die digitale Transformation fordert die Bürger*innen in Europa und weltweit auf vielfältige Weise heraus: als Beschäftigte am Arbeitsplatz, als Lernende jeden Alters oder als bewusste, selbstverantwortliche und demokratische Bürger. Die digitale Transformation bezieht sich in ihren Auswirkungen auf viele Aspekte des Alltags der Menschen. Citizenship Education hat die spezifische Aufgabe, Bürger*innen zu befähigen, sich an der Diskussion über gesellschaftspolitische Herausforderungen zu beteiligen.
- Ebenfalls im Oktober fand der Workshop "Rassismus, Ungleichheit und Grundrechte" statt, in dem unterschiedliche Perspektiven auf Rassismus, Ungleichheit und Grundrechte erkundet und Erfahrungen und Ideen zu diesen Themen ausgetauscht wurden. Die Teilnehmer*innen tauschten sich über Methoden aus und entwickelten Lösungen, wie diese Themen im Alltag bewusster gemacht und besser verstanden werden können.
- Das DARE-Netzwerk hat den Bedarf erkannt, Bildungspraktiker*innen in der formalen und nicht-formalen Bildung ansprechendere Methoden für die Bildung zu Menschenrechten und demokratischer Bürgerschaft anzubieten. Dies griff der Workshop "Spielbasiertes Lernen für Demokratie" auf. Seit 2019 engagiert sich DARE im Projekt DEMOGAMES. Ziel ist es, spielbasiertes Lernen zu erforschen und weiterzuentwickeln und dabei eine Reihe von digitalen Spielen zu entwickeln, um Lernende zu engagieren und über und durch Demokratie zu lernen. In diesem Workshop wurde eine kurze Einführung über spielbasiertes Lernen gegeben, Beispiele sowie die ersten drei DEMOGAMES-Prototypen vorgestellt.
- Der Workshop "Erinnerungsarbeit und historisch-politische Bildung" im November 2020 stand die Erinnerungsarbeit in einem transnationalen Kontext im Mittelpunkt. Europäische Erinnerungsarbeit ist eng mit verschiedenen Ansätzen des

historisch-politischen Lernens verknüpft. Von der Vergangenheit lernen, um die Gegenwart zu verstehen, ist ein schönes Wort, aber wie geht man damit um in Gesellschaften, die unterschiedlichen Narrativen folgen, oder in Regionen mit weitgehend unterschiedlicher öffentlicher Erinnerungskultur? Wie kann sich Erinnerungsarbeit zu einem Werkzeug entwickeln, um die eminente Bedeutung von Menschenrechten und Friedenserziehung zu verstehen? Es wurden verschiedene Ansätze des historisch-politischen Lernens vorgestellt, Fallstricke in der Erinnerungskultur diskutiert und versucht, mit Beispielen, die aus den konkreten Erfahrungen der Teilnehmenden stammten, gelingende Wege sichtbar zu machen.

- Der NECE-Campus 2020 wurde mit einem Online-Workshop zum Thema "Digitalisierung, digitale Kompetenz, KI oder Big Data – eine Herausforderung für Education for Democratic Citizenship in Europa" bereichert. Die Digitalisierung ist der Schlüssel für "Ein Europa, das fit ist für das digitale Zeitalter". Zeit, für den Bildungssektor, ins Spiel zu kommen. Es wurden Einblicke in die EU-Diskussionen gegeben, Impulse gesammelt, was die politische Bildung zu Digitaler Kompetenz, Big Data und KI in der Gesellschaft und auch in der Bildung zu sagen hat.
- Der Europarat hat das RFCDC Lehrer-Selbstreflexions-Tool eingeführt, um (angehende) Lehrer bei der Entwicklung ihres demokratischen Berufsethos und ihrer Kompetenzen zu unterstützen. Der Workshop "Selbstreflexion: Becoming a democratic teacher", geleitet von Claudia Lenz und Patricia Hladschik, bot eine Führung durch die Online-Version und beinhaltete die Möglichkeit, Teile in kleinen Gruppen zu testen. Die Mitglieder der Fokusgruppe wurden zur Teilnahme eingeladen.
- Im Dezember 2020 wurden mehrere Expert-Sessions zu Menschenrechten und Demokratie (MR Akademiet Norway) realisiert.
 Session zur Slowakei: Wertekonflikte/Konfliktlinien in der heutigen Slowakei;
 Session über die Ukraine: Die Post-Wahrheits-Gesellschaft und Herausforderungen für Berufsgruppen (Journalisten) sowie "normale" Bürger*innen;
 Session über Polen: Der aktuelle Kampf für Grundrechte;
 Session über Russland: Über die (Nicht-)Diskriminierung der Teilnahme am politischen Leben.





Der AdB – auch online eine lebendige Organisation

Die Entwicklung des Verbandes im Jahr 2020

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten lebt als bundesweiter Verband von seiner Kommunikation, von der Vernetzung mit den Mitgliedseinrichtungen und der Zusammenarbeit in den unterschiedlichen Gremien. Auch unter den erschwerten Bedingungen in der Conona-Pandemie gelang es, im Austausch zwischen Vorstand, Geschäftsstelle und Mitgliedsorganisationen, mit den Fachkommissionen und Projekten sowie den Fachgruppen des Programms Politische Jugendbildung im AdB, den Verband weiterzuentwickeln, fachliche Schwerpunkte voranzubringen und Probleme zu lösen. Über diese verbandliche Netzwerkarbeit wird im Folgenden berichtet.



Die Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit unter Corona-Bedingungen Foto: AdB

Die Fachkommissionen – Orte des fachlichen Diskurses und des kollegialen Austauschs

Die fünf AdB-Fachkommissionen sind zentrale Orte der Kommunikation, fachlichen Weiterentwicklung und kollegialen Beratung im Verband. Sie werden alle vier Jahre neu berufen und werden von zwei Vertreter*innen der Mitgliedseinrichtungen als Vorsitzende und von einer/einem Mitarbeiter*in der Geschäftsstelle begleitet. Die aktuelle Legislatur begann im Januar 2020. Jede Kommission trifft sich planmäßig zu zwei Sitzungen im Jahr, was in 2020 nicht für alle Kommissionen gleichermaßen möglich war. Die Kommis-

sionsmitglieder haben in diesem Jahr aber die digitalen Treffen – zum Teil als kurze Austauschrunden zwischen den Sitzungen – für sich entdeckt und als Bereicherung in ihr Kommunikationsportfolio mit aufgenommen.

Diversität und rassismuskritische Bildungsarbeit im Fokus – Kommission Jugendbildung

Die Kommission Jugendbildung setzte ihren Schwerpunkt beim Thema "Diversität und rassismuskritische Bildungsarbeit". Im Zusammenhang damit wurde eine Diversitätsbeauftrage berufen, die als Teil der Kommissionsleitung in Zukunft in die Vorbereitung und Planung der Sitzungen mit eingebunden sein wird. Für den Schwerpunkt wurde ein Fachtag mit einer Außensicht auf den AdB realisiert. Er eröffnete den Kommissionsmitgliedern die Möglichkeit, sich ihrer eigenen Privilegien und Positionen in den Einrichtungen bewusst zu werden, diese zu reflektieren und dabei zu überlegen, welchen Beitrag man selbst leisten kann, um eine rassismuskritische Organisationsentwicklung in der eigenen Einrichtung und im Verband voran zu treiben.

Die Deutsche Ratspräsidentschaft im Blick – Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit

Für die Kommission stand zunächst die Mitwirkung und Ausgestaltung von Aktivitäten im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft, die Deutschland am 1. Juli 2020 übernahm, sowie im Rahmen des Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats, den Deutschland von November 2020 bis Mai 2021 innehatte, im Fokus.

Weitere Schwerpunkte waren Qualifikationsangebote für Teamende und junge Trainer*innen, kollegiale Beratung zu spezifischen Herausforderungen internationaler politischer Bildungsarbeit sowie der Verbandsentwicklungsprozess im AdB. Mit Katja Greeson, Bundeskanzler Stipendiatin der <u>Alexander von Humboldt-Stiftung</u>, diskutierten die Kommissionsmitglieder erste Erkenntnisse aus der aktuellen Feldforschung zur European Citizenship Eudcation with Youth.

Weiterhin stand der Erfahrungsaustausch zum "Sprung ins Digitale" auf der Tagesordnung. Als hilfreiches Instrument, diese Prozesse neu zu durchdringen, wurde die von Darko Mitevski (<u>naturkultur e. V.</u>) mitinitiierte *trainers library* <u>www.trainerslibrary.org</u> vorgestellt, die auf dem Kompetenzmodell der *European Training Strategy for Youth Workers* fußt.

Aktuelle Herausforderungen geschlechterreflektierter Bildung – Kommission Geschlechterreflektierte Bildung

Die Kommissionsmitglieder tauschten sich zu den eigenen Schwerpunkten und Interessen in der geschlechterreflektierten Bildung und ihrer Bildungsarbeit allgemein sowie über die größten aktuellen Herausforderungen für die geschlechterreflektierte Bildung aus.

Folgenden Themenschwerpunkten wollen sich die Kommissionsmitglieder in dieser Sitzungsperiode bis 2023 widmen: Feminismus – Antifeminismus, Gleichstellungspolitik, Die Neue Rechte – Gender, Sprache, Gesundheit in Bezug auf § 219a, Europäische Abtreibungsgesetze und die Notwendigkeit der Mobilität, Feministische Ökonomie, Intersektionalität sowie Arbeitsbedingungen – Care Arbeit.



Mitglieder der Kommission Geschlechterreflektierte Bildung Foto: AdB

Das Thema "Intersektionalität und Diversität" wurde in Kooperation mit dem AdB-Modellprojekt "Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken" aufgegriffen. Isidora Randjelović, Mitinitiatorin des feministischen Romnja* Archivs <u>RomaniPhen</u> gab in diesem Zusammenhang einen Input zur Arbeit des Vereins und zum Thema Antiromaismus/Gadjé-Rassismus. Hier sind neue Ideen und Anregungen für Netzwerke und mögliche Zusammenarbeiten entstanden.

Narmada Saraswati, Referentin für Diversität in der Erwachsenenbildung in der AdB-Geschäftsstelle gewährte am zweiten Tag einen Einblick in den aktuellen Stand zum Projekt "Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken". Gemeinsam wurde erarbeitet, welche Aspekte des bisherigen Gender-Mainstreaming man für einen Übertrag auf ein rassismuskritisches Mainstreaming übernehmen könnte.

Herausforderung Diversität und Rassismuskritik – Kommission Erwachsenenbildung

Der Einstieg in die gemeinsame Arbeit erfolgte mit der Frage nach den eigenen Schwerpunkten und Interessen in der politischen Erwachsenenbildung und mit der Frage, wo die Kommissionsmitglieder die größten aktuellen Herausforderungen für die politische Erwachsenenbildung sehen. Aus den Diskussionen heraus konnte eine umfangreiche Sammlung von Aspekten zusammengestellt werden, die als Basis für die weitere Arbeitsplanung der Kommission dienen werden.

Die Kommission wird das AdB-Projekt: "Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken" intensiv begleiten. Die Themen Diversitätsentwicklung und Diskriminierungskritik werden als Querschnittsthemen bei allen zu bearbeitenden Themen in der Kommission mitgedacht. Mit einer Fortbildung zum Thema "Rassismus erkennen, reflektieren, entgegenwirken – Einführung in die Rassismuskritik" konnten Anregungen zur Reflexion und zur Klärung des Selbstverständnisses und Anstöße für die eigene Bildungsarbeit (Methoden, Angebote) sowie für die Strukturen in den Institutionen (z. B. Zusammensetzung der Teams.) gegeben werden.

Weitere Themen waren aktuelle Arbeitsweisen, Digitalisierung, Homeoffice, Hygiene-konzepte, Niveau und Qualität der Angebote, Datenschutz, neu entstehende Barrieren und die Herausforderung, die nebenamtlich Beschäftigten nicht aus den Augen zu verlieren. Diese Themen waren unmittelbar anschlussfähig an die Projektvorstellung des internationalen Projekts "DIGIT-AL: Digital Transformation and Adult Learning for Active Citizenship", das zum Ziel hat, die digitale Transformation für die politische Erwachsenenbildung handhabbar zu machen.

Corona und die Auswirkungen auf Bildungsträger – Kommission Verwaltung und Finanzen

Im Mittelpunkt des Austausches in dieser Kommission stand die Pandemie. Diskutiert wurden die verschiedenen Förderprogramme und Überbrückungshilfen, Fragen zu Versicherungen und Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Darüber hinaus ging es um ganz konkrete Anliegen, wie z. B. die Berechnung eines Online-Teilnehmertages, die Gestaltung von Stornorechnungen oder die Berechnung der Umsatzsteuer bei pauschalierten Angeboten. Aber auch die Frage, wie es denn weitergehen kann im kommenden Jahr, wenn doch der "Normalbetrieb" noch immer in weiter Ferne ist, wurde diskutiert.

Deutlich wurde, dass alle Träger unter einem enormen Druck stehen. Nicht nur, dass die meisten Gastbelegungen wegfallen, Kooperationspartner, vor allem Schulen, absagen, und die Planungen daher auf wackeligen Füßen stehen. Auch ein gestiegener Verwaltungsaufwand macht allen zu schaffen, da Anträge an Förderprogramme und für Überbrückungshilfen gestellt werden müssen und das veränderte Buchungsverhalten der Teilnehmenden, die Bearbeitung von Stornierungen und das Tätigen von Umbuchungen zu deutlicher Mehrarbeit führen.

Ein Lichtblick stellt für einige Bildungsträger der Bildungsurlaub dar. Hier wird eine rege Nachfrage verzeichnet, was ausgesprochen erfreulich ist, da es nicht nur Teilnehmende in die Einrichtungen bringt, sondern auch zeigt, dass es nach wie vor ein hohes Interesse an Bildung gibt.

Weitere Veranstaltungen und Qualifizierungsangebote

Der AdB hat im Jahr 2020 eine beachtliche Zahl an Veranstaltungen und Fortbildungen – zum großen Teil digital – realisiert. Einige von ihnen fanden im Rahmen der AdB-Projekte statt und wurden bereits in den entsprechenden Kapiteln beschrieben. Im Folgenden wird ein kleiner Einblick in weitere Veranstaltungen und Qualifizierungsangebote gegeben:

Auch online ein starkes Netzwerk! – Erste virtuelle Mitgliederversammlung des AdB

Am 25. und 26. November 2020 fand die Mitgliederversammlung des AdB statt. Anstatt wie gewohnt in einer Mitgliedseinrichtung zusammenzukommen, versammelten sich die AdB-Mitglieder, der Vorstand und die Geschäftsstelle vor ihren heimischen Computern, um sich virtuell miteinander zu verbinden. Im Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe e. V. (HdJ), dem Sitz der AdB-Geschäftsstelle, wurde ein zentrales Studio eingerichtet, aus dem heraus "gesendet" werden konnte. Die Mitglieder haben sich auf dieses Experiment eingelassen und waren zahlreich erschienen: Mehr als 80 Personen hatten sich im Vorfeld der Mitgliederversammlung registriert.



Aus dem "Maschinenraum" der virtuellen AdB-Mitgliederversammlung Foto: AdB

Während der Mitgliederversammlung konnten zwei Organisationen in den Verband aufgenommen werden: die <u>Kreisau-Initiative e. V.</u> und das <u>Centre Français de Berlin</u> gGmbH, beide mit Sitz in Berlin. Beide Einrichtungen bringen besondere Expertise in der internationalen politischen Bildung mit. Die Mitglieder des Verbandes freuen sich auf die Zusammenarbeit und die gemeinsame Gestaltung der politischen Bildung.

Für einen Austausch über jugend- und bildungspolitische Entwicklungen konnten als Gäste Dr. Sabine Dengel von der Bundeszentrale für politische Bildung/<u>bpb</u> sowie Dr. Philipp Laurenz Rogge, Referatsleiter im <u>BMFSFJ</u>, gewonnen werden.

Da in diesem Jahr aufgrund der besonderen Bedingungen keine Fachtagung zum Auftakt des Jahresthemas 2021 "Was WEISS ich? Rassismuskritisch denken lernen! Eine Kernaufgabe für Gesellschaft und Politische Bildung" stattfinden konnte, wurde für den zweiten Tag der Mitgliederversammlung eine Referentin eingeladen. ManuEla Ritz, Schwarze deutsche Diplom Sozialpädagogin und langjährige Teamerin in der politischen Bildung gegen Diskriminierung und für machtkritische Diversifizierung, hielt einen eindrücklichen Vortrag zum Thema "Rassismus und Rassismus-Kritik. Worüber sprechen wir (nicht)?" Die Referentin regte die Teilnehmenden an, sich ihrer eigenen Privilegien bewusst zu werden und sich darüber auszutauschen, wie diese Privilegien genutzt werden können, um eine rassismuskritische Öffnung in der eigenen Einrichtung anzustoßen. Mit diesem inhaltlichen Einstieg und der Diskussion und Verabschiedung einer Stellungnahme zum AdB-Jahresthema, wurden die Aktivitäten des Verbands im Kontext des Jahresthemas 2021 eröffnet.

Jugendpolitische Fachveranstaltung Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe e. V.

Im 2020 fand eine Jugendpolitische Fachveranstaltung des Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe e. V. (HdJ) digital statt. Das Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe e. V. ist die Heimat für wichtige bundeszentrale Organisationen, so auch für den AdB. Weitere Organisationen sind die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ) und der Deutsche Bundesjugendring (DBJR).

Die Veranstaltung stand unter dem Motto "Räume und Beteiligung für alle". Damit wurde das neunte der elf Youth Goals (Europäische Jugendziele), die den inhaltlichen Rahmen des EU-Jugenddialogs bilden, aufgegriffen. Der Einstieg in das Thema gelang durch ein Gespräch über die Bedeutung der Jugendziele und das, was die Jugendlichen in Europa bewegt, zwischen Marius Schlageter, stellvertretender Vorsitzender des DBJR, und Clara Drammeh, ehemalige Jugendvertreterin (bis Ende Juni 2020) und aktiv in der Bundesleitung für das Referat Jugendpolitik beim Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP):

Die Jugendziele konnten so formuliert werden, weil über 50.000 junge Menschen nach ihren Themen befragt wurden. Damit sei es gelungen, die jungen Menschen selbst zu Wort kommen zu lassen. Diese Themen würden nun in den unterschiedlichsten Kontexten aufgegriffen und somit – verbunden mit ihren konkreten Forderungen – im Gespräch bleiben. Die zentrale Frage dabei sei aber, wie Veränderungen wirklich gelingen können. Die Deutsche Ratspräsidentschaft sei eine gute Möglichkeit, Dinge zu benennen und auf den Weg zu bringen, dennoch seien sechs Monate ein zu kurzer Zeitraum. Es müssen konkrete Forderungen und Ideen mit allen europäischen Beteiligten gesammelt und zusammen mit den Entscheidungsträger*innen umgesetzt werden.

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie habe sich gezeigt, dass die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen nicht gesehen würden. Ihr Lebensalltag und ihre Sorgen würden

kaum wahrgenommen und die vorhandenen Beteiligungsformate seien in der Krisensituation nicht ausreichend.

Beteiligung hat viele Gesichter: Jugend im ländlichen Raum und deren Möglichkeiten, sich bei Entscheidungsprozessen einbringen zu können; jugendgerechte Formate in der politischen Bildung; digitale Beteiligungsformate, die gerade in Zeiten der Corona-Pandemie noch einmal mehr Bedeutung bekommen, Angebote in Zusammenarbeit mit Schulen etc. Bei alldem muss im Blick sein, möglichst alle möglichst früh zu erreichen und einzubeziehen. Diese unterschiedlichen Bereiche und Themen konnten dann im weiteren Verlauf der Veranstaltung in den folgenden vier digitalen Sessions näher beleuchtet werden:

- Landesweite Interessenvertretung von jungen Menschen in Angebotsformen der stationären Hilfen zur Erziehung: Gelingensfaktoren und Stolpersteine
- Politische Bildung für alle: Maßstäbe, Fallstricke und gute Ideen
- Jugenddialog: Wirksame Beteiligung mit europäischer Tragweite
- Online-Beteiligung und Digitalisierung der Blick des Kinder- und Jugendschutzes in virtuelle (Jugend) Räume

In einer Fishbowl-Diskussion mit Vertreter*innen der beteiligten Organisationen und der Anbieter*innen der Sessions wurden im Anschluss die wichtigsten Diskussionspunkte und Erfahrungen zusammengetragen.

Online-Veranstaltung zur Vorstellung der GRETA-Instrumente zur Anerkennung von Kompetenzen Lehrender in der Erwachsenen- und Weiterbildung

Welche pädagogischen Kompetenzen sind neben den fachlichen Kompetenzen für die Ausübung von Lehrtätigkeiten relevant? Wie können die eigenen Kompetenzen reflektiert und sichtbar gemacht werden? Welche Möglichkeiten der Kompetenzentwicklung gibt es? – Dies sind einige der Fragen, die während der Online-Veranstaltung "Pädagogische Kompetenzen reflektieren – bilanzieren – anerkennen. GRETA-Instrumente zur Anerkennung von Kompetenzen Lehrender in der Erwachsenen- und Weiterbildung" im 2020 aufgegriffen wurden.

Die Veranstaltung wurde vom AdB in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) organisiert und durchgeführt. Im Mittelpunkt stand das Projekt GRETA, bei dem die Entwicklung eines trägerübergreifenden Anerkennungsverfahrens der Kompetenzen Lehrender in der Erwachsenen- und Weiterbildung im Fokus steht. Das Projekt wird vom DIE verantwortet. Der AdB ist einer von sieben Dachverbänden, die sich als Partnerorganisationen des DIE im Projekt GRETA engagieren. Im Projekt wurden Instrumente und Verfahren entwickelt, mit denen Lehrende in der Erwachsenen- und Weiterbildung ihre pädagogischen Kompetenzen reflektieren, bilanzieren und anerkennen lassen können. Die Veranstaltung diente u. a. dazu, das Projekt und die Instrumente bekannter zu machen und eine möglichst breite Validierung der Instrumente weiter voranzutreiben.

Fortbildung: Gute Fotos für die Öffentlichkeitsarbeit in der politischen Bildung

Gute Fotos für die politische Bildung sind ein wichtiges Thema für alle, die in ihrer Öffentlichkeitsarbeit versuchen, Projekte, Veranstaltungen, Themen oder auch Stimmungen darzustellen und zu zeigen, was die politische Bildung ausmacht. Um sich diesem Ziel anzunähern, kamen 13 Kolleginnen aus AdB-Mitgliedseinrichtungen im September 2020 zur Fortbildung "Pics or didn't happen" Wie wir gute Fotos für die Öffentlichkeitsarbeit in der politischen Bildung schaffen in die Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus.

Andi Weiland, Pressesprecher bei Sozialhelden e. V. und freier Fotograf in Berlin, gab den Teilnehmerinnen fundierte Einblicke in die Grundlagen der Fotografie: Wie kommen wir an gute Fotos von Teilnehmenden? Was ist wichtig bei der Auswahl von Fotos für Veröffentlichungen? Was sind die wichtigsten Regeln? Wie läuft eine Fotodokumentation ab? Welche Technik ist nötig, welches Licht brauchen wir? Seine Erläuterungen zur Wirkung von Perspektive und Fotokomposition enthielten auch wesentliche Anhaltspunkte für die Auswahl passender Fotos für die Öffentlichkeitsarbeit. Neben einem ausgiebigen Praxisteil nahm auch die Postproduktion, d. h. die Fotobearbeitung und entwicklung, einen wichtigen Raum ein.

Öffentlichkeitsarbeit im AdB

Die unterschiedlichen Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit im AdB richtet sich an die Mitgliedseinrichtungen ebenso wie in das Feld der politischen Bildung, die Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Ziel ist es, den AdB und das, was der Verband mit seinen Mitgliedseinrichtungen umsetzt, bekannter zu machen, die Sichtbarkeit politischer Bildung zu erhöhen, die politische Bildung ins Gespräch zu bringen.

Fachzeitschrift "Außerschulische Bildung"

Die Fachzeitschrift "Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung" ist ein zentrales Kommunikationsinstrument des Verbandes. Sie erscheint mit vier Ausgaben im Jahr mit einer Auflage von jeweils 1.000 Exemplaren. Sie wird für den AdB von Boris Brokmeier (Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule), AdB-Vorsitzender, und Hon.-Prof.'in Dr. Beate Rosenzweig (Studienhaus Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V.) herausgegeben und vom Redaktionsbeirat der Fachzeitschrift verantwortet und inhaltlich geplant. Zum Redaktionsbeirat gehören neben den beiden Herausgebern folgende Personen: Ulrich Ballhausen (Universität Hannover), Dr. Paul Ciupke (ehem. Bildungswerk der Humanistischen Union), Petra Barz (dock europe), Dr. Barbara Hopmann (Karl-Arnold-Stiftung), Dr. Michael Schröder (Akademie für politische Bildung). Weiterhin arbeiten Geschäftsführerin des AdB, Ina Bielenberg, und die Redakteurin, Dr. Friedrun Erben, im Redaktionsbeirat mit. Der Redaktionsbeirat traf sich 2020 zu zwei Sitzungen, um die Themenplanung sowie die Feinplanung einzelner Schwerpunkte vorzunehmen.

Seit der ersten Ausgabe 2020 erscheint die Fachzeitschrift parallel zur Print-Ausgabe ebenso als Online-Ausgabe. Die Möglichkeit für Universitäten und Bibliotheken, eine IPgestützte Campuslizenz zu erwerben, wurde eingerichtet.

Folgende Themen standen 2020 im Fokus:

1/2020: Solidarität – Gelebte Vielfalt und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Wie kann man Solidarität begründen und vor welchem Hintergrund werden die Begründungen jeweils vorgenommen? Deutungspluralität und Deutungskonflikte sollen sichtbar werden. In einer empirischen Bestandsaufnahme werden soziale Fragmentierung, Entsolidarisierungs- und Individualisierungsprozesse beschrieben. Es wird gefragt, welche Auswirkungen der Klimawandel auf das politische Handeln hat und welche Bedeutung der Solidarität dabei zukommt. Was ist notwendig, um den sozialen, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erhalten, die Demokratie zu stärken und politisches Handeln zu ermöglichen? Welche Rolle kommt dabei der politischen Bildung zu?

2/2020: Europäische Perspektiven

Die Europäische Union befindet sich in der Krise: Nationalistische Strömungen gewinnen mehr und mehr die Oberhand, die politische und die ökonomische Einheit sind gefährdet. Der erste Schritt Richtung Desintegration ist mit dem drohenden Brexit getan; Nachahmungstäter sind nicht mehr ausgeschlossen. Und auch die vermeintlichen Lokomotiven der Integration sprechen nicht mit einer Stimme. In dieser Ausgabe wird eine Analyse der gegenwärtigen Situation in Europa geleistet und wird ein Blick auf die europäischen Perspektiven geworfen. Es werden Zugänge der europapolitischen Bildung beschrieben und deren Rolle für die Stärkung der europäischen Zivilgesellschaft für Vielfalt, Einheit und Demokratie.

3/2020: Klimawandel und die gesellschaftlichen Folgen

Das Thema Klimawandel rückt weltweit wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Zahlreiche kritische Befunde zu Luftverschmutzung, Artensterben, Abholzung der Regenwälder, Anstieg des Meeresspiegels etc. zwingt die Menschen, ihr eigenes Verhalten zu überdenken. Der Klimawandel wird auch das Leben in Deutschland – vor allem indirekt – in allen Bereichen verändern. In Afrika und Asien werden sich bestehende Probleme durch den Klimawandel unmittelbar verschärfen. Dies wird zu einer zentralen Bedrohung des Friedens in Afrika und einer verstärkten Flucht und Migration führen. Wie politische Bildung den Klimawandel und die Folgen für die Gesellschaft thematisieren kann, wird Thema dieser Ausgabe sein.

4/2020: Was wird aus den Parteien und der Parteiendemokratie?

Die Ergebnisse der letzten Wahlen zeugen nicht nur von Vertrauensverlusten für die früheren Volksparteien und dem Aufstieg des Rechtspopulismus, sie zeigen vielmehr grundsätzliche Bewegungen und Verschiebungen im Unterbau des auf Parteien beru-

henden Repräsentationssystems der parlamentarischen Demokratie. Die bisher die großen Parteien tragenden und prägenden Milieus verlieren an Bedeutung, sodass die Bindungs- und Bündelungskraft der Parteien stetig abnimmt. In dieser Ausgabe wurden Untersuchungsansätze der empirisch ausgerichteten Parteien-, Wahl- und Milieuforschung im Hinblick auf mittelfristige Trends und ihre Folgen befragt. Ebenso wurde gefragt, welche Bedeutung die Befunde für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung und ihre thematischen Ausrichtungen haben.

Jahresberichte über die Arbeit des AdB und das Programm "Politische Jugendbildung im AdB" 2019

Der AdB-Jahresbericht 2019 mit dem Titel "Die Würde des Menschen", in dem über die Veranstaltungen, Projekte, Aktivitäten und Entwicklungen des Jahres 2019 berichtet wurde, erschien 2020 online. Er kann <u>hier</u> eingesehen werden. Hier finden sich ebenso die Berichte der vier Fachgruppen im Programm "Politische Jugendbildung im AdB", das durch den Kinder- und Jugendplan (KJP) des Bundes gefördert wird, sowie die Berichte der aus Bundesmitteln geförderten Projekten etc.

Weitere Instrumente der AdB-Öffentlichkeitsarbeit

Die Haupt-Internetpräsenz ist die AdB-Homepage <u>www.adb.de</u>, die mit ca. 50 News über den Verband, die Mitglieder, die Jahresthemen, über die Publikationen, Veranstaltungen und aktuelle Stellungnahmen informiert. Auf der Unterseite <u>www.adb.de/corona-krisenmanagement</u> wurden relevante Informationen über Hygienekonzepte, Förderprogramme, Unterstützungssysteme etc. zusammengestellt, die die Träger und Einrichtungen im AdB dabei unterstützen sollten, durch die schwierigen Zeiten während der Corona-Pandemie zu kommen. Neu eingerichtet wurde ebenso die Unterseite "<u>Digitale Bildung im AdB</u>", auf der auf die vielfältigen Praxisbeispiele digitaler Angebote, Formate und Konzepte der Mitgliedseinrichtungen zusammengestellt und laufend ergänzt wurden. Auch der Terminkalendereinträge mit "<u>Digitalen Angeboten</u>" wurde neu eingerichtet.

Die aktuelle Situation hat auch der Digitalisierung im AdB einen ganz neuen Schub gegeben. Mit der Sonderausschreibung "Digitale Bildung im AdB" konnte der Verband seine Mitglieder darin unterstützen, digitale Bildungsformate neu zu konzipieren und durchzuführen.

Neben <u>www.adb.de</u> werden weitere Kanäle für die Informationsweitergabe und Vernetzung genutzt, z. B.:

- www.politische-jugendbildung.de Hier stellen sich die Fachgruppen des Programms politische Jugendbildung im AdB vor, werden Produkte und Berichte aus Veranstaltungen und Projekten der Jugendbildungsreferent*innen präsentiert.
- https://demokratie-profis.adb.de
 Seiten des neuen Projekts "Demokratieprofis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern"

- www.politischbilden.de
 Die digitale Plattform ist ein neues Medium für Fachkräfte und Aktive in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, das darauf angelegt ist, ein gemeinschaftliches, stetig wachsendes Nachschlagewerk zu allen Themen der politischen Bildung zu sein.
- https://dare-network.eu Die Homepage des DARE-Netzwerks "Democracy and Human Rights Education in Europe"

Mit dem *Newsletter "AdB aktuell"* erhielten die AdB-Mitglieder und weitere Interessierte alle zwei Monate Informationen über die Aktivitäten des AdB und seiner Mitglieder sowie aktuelle Meldungen aus Profession und Politik im nationalen und internationalen Bereich der politischen Bildung. Den *"AdB weekly"* erhalten die AdB-Mitglieder exklusiv. Er informiert wöchentlich über Antragsfristen sowie Ausschreibungen für Wettbewerbe und gesetzliche Veränderungen.

Im Jahr 2020 sind 10 *Pressemitteilungen* erschienen, mit denen der AdB auf seine Aktivitäten, Veröffentlichungen und Projekte aufmerksam machte und Stellung zu wichtigen Themen bezog. Zudem äußerte sich der AdB mit News auf seiner Homepage zu Ereignissen und Gedenktagen wie z. B. zum Tag der Befreiung, zum Tag des Grundgesetzes, zur Europäischen Ratspräsidentschaft, zum Erscheinen des Einheitsberichts und zum rassistischen Mordanschlag in Hanau.

Netzwerkarbeit

Der AdB ist ein starkes Netzwerk von Bildungsstätten, Bildungswerken, Akademien und internationalen Begegnungsstätten. Er ist als Verband aber auch Teil überregionaler Netzwerke und wirkt aktiv daran mit, mit anderen Akteuren aus den Bereichen Jugend, Bildung, Wissenschaft und Politik in einen fachlichen Austausch zu kommen.



Übergabe des 16. Kinder- und Jugendberichts an die Ministerin Foto: BMFSFJ

Ein wichtiges Ereignis in diesem Zusammenhang war es, dass die Geschäftsführerin des AdB, Ina Bielenberg, am 18. Oktober 2018 mit weiteren 13 Sachverständigen aus Wissenschaft und Praxis von der Ministerin Franziska Giffey als Expertin in die Jugendberichtskommission des 16. Kinder- und Jugendberichts berufen wurde. Ina Bielenberg brachte gemeinsam mit anderen Expert*innen die Perspektive der außerschulischen politischen Bildung in den Bericht ein.

Am 2. September 2020 hat die Bundesjugendministerin, Dr. Franziska Giffey, den 16. Kinder- und Jugendbericht mit dem Titel "Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter" entgegengenommen. Der Bericht untersucht, wie junge Menschen für demokratische Teilhabe gewonnen und befähigt werden können. Er unterstreicht nicht nur die Wichtigkeit und Bedeutung demokratiebildender Angebote für junge Menschen, sondern leuchtet das Feld der politischen und demokratiefördernden Bildung umfassend aus.

Vorstandsarbeit und Mitgliederentwicklung Der AdB-Vorstand

Die Mitgliederversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorstand des AdB für jeweils zwei Jahre. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden sowie aus bis zu sechs weiteren Vorstandsmitgliedern. Auf der Mitgliederversammlung 2019 wurde ein neuer Vorstand gewählt:

- Boris Brokmeier, <u>Mariaspring Ländliche Heimvolkshochschule e. V.</u>, Bovenden-Eddigehausen (Vorsitzender)
- Anne Dwertmann, Geschäftsführerin der Jugendbildungsstätte Bremen –
 <u>LidiceHaus</u> gGmbH
- Martin Kaiser, <u>Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen</u>, Bad Bevensen
- Nina Pauseback, Jakob-Kaiser-Stiftung, Königswinter
- Karin Pritzel, <u>Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V.</u>, Dresden (stellvertretende Vorsitzende)
- Christine Reich, <u>Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein</u>, Werneuchen
- Patrick Siegele, Direktor des Anne Frank Zentrums e. V., Berlin
- Roland Wylezol, <u>Jugendbildungsstätte Kaubstraße</u>/Alte Feuerwache e. V., Berlin

Der Vorstand des AdB arbeitet ehrenamtlich und trifft sich in der Regel vier Mal im Jahr zu Vorstandssitzungen. Dort werden die Leitlinien für die Geschäftsstellenarbeit besprochen und grundlegende Entscheidungen im Hinblick auf Arbeitsplanung, Haushalt und Projekte getroffen. In 2020 fanden die Sitzungen zum Teil digital statt. Schwerpunkte waren u. a. die Unterstützung der Mitgliedseinrichtungen in der Corona-Pandemie, Lobbyarbeit für die politische Bildung, die Weiterarbeit am Verbandsentwicklungsprozess

und damit zusammenhängend die rassismuskritische Öffnung des Verbands. In diesem Zusammenhang führte der Vorstand einen Workshop zum Thema Diversität durch.

Mitgliederentwicklung

Die Vereine, Organisationen und Einrichtungen im AdB bilden zusammen eine wichtige Infrastruktur für die politische Bildung in Deutschland. Sie sind geschätzte Orte des Lernens, des Austauschs, der Kommunikation. Sie schaffen Räume für neue Erfahrungen und Begegnungen. Ihren Wert für die Menschen und für die Demokratie haben sie über viele Jahre bewiesen. 2020 wurden folgende Jubiläen der Mitgliedseinrichtungen gefeiert:

- Friedrich-Ebert-Stiftung, 95 Jahre
- Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg, 60 Jahre
- Gesellschaft f
 ür Politische Bildung e. V., 55 Jahre
- Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, 45 Jahre
- Rosa-Luxemburg-Stiftung, 30 Jahre

Folgende Mitglieder erhielten in diesem Jahr wichtige Preise für ihre politische Bildungsarbeit:

- Die <u>Europäische Akademie Otzenhausen</u> erhielt den Preis des Weimarer Dreiecks.
 Sie wurde vor allem für ihre in den vergangenen zehn Jahren durchgeführten
 Projekte mit Jugendlichen aus Frankreich, Polen und Deutschland unter dem
 Leitbild "Europa entsteht durch Begegnung" ausgezeichnet.
- Die <u>Bildungsstätte Anne Frank</u>, Frankfurt am Main, wurde für ihre Arbeit gegen Rassismus mit dem Hessischen Integrationspreis ausgezeichnet. Die Jury sprach dem Projekt "Bildung, Stärkung, Empowerment: Unsere Arbeit gegen Rassismus" den mit 7.000 Euro dotierten ersten Platz des Wettbewerbs zu.
- Die <u>Bildungsstätte Bredbeck</u> Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz erhielt den Shimon-Peres-Preis 2020 der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum für ein Austauschprojekt von Jugend- und Sozialarbeitern vom Sapir College Sderot und der Universität Bremen zur Theorie und Praxis von Inklusion.

Während der Mitgliederversammlung wurde zwei Organisationen in den Verband aufgenommen werden:

- Kreisau-Initiative e. V., Berlin
- <u>Centre Français de Berlin</u> gGmbH, Berlin



Transformationen. Globale Entwicklungen und die Neuvermessung politischer Bildung

Das AdB-Jahresthema 2020

Das Jahresthema 2020 des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) lautet: "Transformationen. Globale Entwicklungen und die Neuvermessung politischer Bildung". Es wurde in den Gremien des AdB entwickelt und vom Vorstand verabschiedet, als noch niemand ahnte, mit welchen Herausforderungen die politische Bildung und die (Welt)Gesellschaft 2020 konfrontiert sein würde.



Foto: Siren-Com/wikimedia.org; CC BY-SA 3.0

Der Begriff Transformation steht für fundamentale und dauerhafte Wandlungsprozesse, für technologische Entwicklungen, für die zunehmende Digitalisierung, den Klimawandel, globale Migrationsbewegungen, aber auch für die in vielen Ländern zu beobachtenden Re-Nationalisierungsprozesse, die oftmals mit einem zunehmenden Populismus verbunden sind. Angesichts dieser Wandlungs- und Entwicklungsprozesse, die durch die Corona-Pandemie noch einmal verschärft wurden, ist die politische Bildung herausgefordert, ihr Selbstverständnis und ihre Praxis zu überdenken, eine Neuvermessung ihres Aufgabenfeldes vorzunehmen, Grenzen neu auszuloten und die Chancen, die den Entwicklungen innewohnen, für ihre gesellschaftspolitische Gestaltungskraft besser zu nutzen.

Diesen Prozess, der sich nahtlos in den aktuellen Verbandsentwicklungsprozess einfügt, wollten der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen mit ihrem Jahresthema anstoßen.

Bereits während der AdB-Mitgliederversammlung am 27. November 2019 wurde die <u>Stellungnahme zum Jahresthema</u> verabschiedet. Mit einer Fachtagung, die am 26./27. November 2019 in der <u>Akademie für Politische Bildung</u> in Tutzing stattfand, wurde das Startsignal für die Aktivitäten in diesem Jahr gegeben.

Auf der <u>AdB-Homepage</u> wurde eine umfassende Literatur- und Linkliste zum Thema zur Verfügung gestellt und über einen Veranstaltungskalender auf Angebote der Mitgliedseinrichtungen zum Jahresthema hingewiesen. In jeder Ausgabe der AdB-Fachzeitschrift "Außerschulische Bildung" wurde 2020 ein Beitrag zum Jahresthema aufgenommen. Diese Beiträge stehen auf der <u>Jahresthemenseite</u> zum Download bereit.

Fachtagung zur Vorbereitung des Jahresthemas 2020

Die Fachtagung, die als Jubiläumskongress am Gründungsort des AdB, im November 2019 in der Akademie für politische Bildung in Tutzing, durchgeführt wurde, führte inhaltlich in das Jahresthema ein.



Professor Dr. Wolfgang Merkel bei seinem einführenden Vortrag Foto: AdB

Mit dem einführenden Vortrag zum Thema "Transformationen. Die neue Zerbrechlichkeit der Demokratie", gab Professor Dr. Wolfgang Merkel vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung einen fundierten Einblick in die jüngere weltweite Entwicklung der Demokratie aus vergleichender Perspektive. Deutlich wurde, dass die Qualität der Demokratien heute zwar signifikant höher ist als in den 50er bis 70er Jahren, diese aber verwundbarer und fragiler geworden sind. Gründe dafür sind z. B. die Globalisierung der Märkte und die Individualisierung der Gesellschaft, die unerfüllten Versprechen der Demokratie und der Rückgang des Vertrauens in die politischen Eliten. Auch der Vertrauensverlust in die zentralen Institutionen der repräsentativen Demokratie

(Parteien, Parlamente, Regierungen), der unaufhaltsame Abstieg der Volksparteien und die Fragmentierung und Polarisierung des Parteiensystems sind zu nennen. Sozioökonomische Ungleichheit führt zu politischer Ungleichheit, d. h. die Wahlbeteiligung nimmt ab und die soziale Selektivität nimmt zu – auch durch neuere (digitale) Partizipationsformen, die fast nur von den Mittelschichten wahrgenommen werden. Eine unmittelbare Gefahr für die Demokratie bestehe darin, so der Referent, dass das untere Drittel der Gesellschaft aus der politischen Partizipation ausgestiegen sei.

Herausforderungen, die durch Transformationen sichtbar werden, sind z. B. die zunehmende Heterogenität, soziale Ungleichheit, Europäische Integration, der Klimawandel sowie die Entparlamentarisierung. Insbesondere die Klimakrise und die globale Erderwärmung müssen als Zukunftsprobleme benannt werden, die angesichts der Schwäche der Demokratien bei Zukunftsentscheidungen nicht kleiner werden. Hier ist das Zusammenspiel der Länder von herausragender Bedeutung.

Die Aufgabe der politischen Bildung, so der Referent, liege in einer zerbrechlicher werdenden Demokratie darin, alle Menschen in die Diskurse einzubeziehen, die Komplexität großer Themen zu reduzieren und gemeinsam ganz konkrete, realistische Schritte zu entwickeln.



Teilnehmende des Fachkongresses Foto: AdB

Das Jahresthema macht deutlich, dass die Akteure politischer Bildung gefordert sind, Wissen zu erwerben und Netzwerke zu bilden, um der Komplexität der Herausforderungen Herr werden zu können. Wie das gelingen kann, stand am zweiten Tag des Fachkongresses im Mittelpunkt. Eingeführt wurde dieser Tag durch einen Vortrag von Professorin Ursula Münch zum Thema "Wenn sich alles verändert: Die Zukunft der politischen Bildung in Zeiten der Transformationen".

Aufgaben für die politische Bildung:

- die Thematisierung der gesellschaftspolitischen, ökonomischen und ethischen Aspekte der Digitalen Transformation;
- die Befähigung zum Umgang mit digitalen Medien, Mediengestaltung und Vermittlung von medienkritischem Denken;
- die Befähigung zur kritisch-reflexiven Auseinandersetzung mit den Ursachen sowie den Folgen der Digitalen Transformation;
- ein Ausgleich für die nachlassende Bedeutung von "Leitplanken" schaffen;
- Grundverständnis für Pluralismus wecken;
- Verfahren der Bürgerbeteiligung begleiten;
- "algorithmisches Grundverständnis" vermitteln.

Die zentralen Themen Digitalisierung, inklusive politische Bildung, politische Bildung mit Haltung sowie globale Entwicklungsziele wurden in vier *Ideenwerkstätten zur Neuvermessung der politischen Bildung* aufgegriffen. Die Rolle, die Angebote und Formate sowie das Selbstverständnis und die gesellschaftliche Funktion der politischen Bildung wurden angesichts aktueller globaler Entwicklungen kritisch reflektiert und es wurden konkrete Handlungsschritte entwickelt.

In einer Vielzahl von Veranstaltungen haben die Mitgliedseinrichtungen das Jahresthema im Jahr 2020 aufgegriffen. Hier werden exemplarisch einige wenige Seminare, Workshops und Tagungen benannt. Weitere Veranstaltungen finden sich im <u>Veranstaltungsarchiv</u>.

- "Workshop: Degrowth mit Methode Über Wachstumsparadigma, Krisen und Alternativen" Muss die Wirtschaft immer weiterwachsen? Woher kommt das Wachstumsparadigma? Und welche Ansätze und Alternativen zu einem "immer mehr" gibt es? Welche Auswirkungen haben Krisensituationen wie die Corona-Krise auf den Degrowth-Ansatz? Im Workshop wurde über Postwachstum und Gesellschaftstransformationen diskutiert, Methoden dazu vermittelt und Zugänge eröffnet, um genau diese Fragen in der Bildungsarbeit angehen zu können. Es wurden Potenziale aber auch Fallstricke der Methoden sowie der Einfluss der aktuellen Krisensituation auf die Degrowth/Postwachstumsdebatte reflektiert. Heinrich-Böll-Stiftung e. V.
- "Globale Transformation als Motor politischer Partizipation junger Menschen?" Waldbrände in Australien, Corona-Krise, Massenproteste gegen Rassismus und soziale Ungleichheit: Das Jahr 2020 brachte enorme Veränderungen mit sich, die uns auf Jahre beschäftigen werden. Welche Rolle können junge Menschen in diesen Veränderungen spielen? Welche Rolle hat die Kooperation zwischen schulischer und außerschulischer politischer Bildung dabei inne? <u>Europäische Akademie Otzenhausen</u>



Die Klimakrise ist einer der zentralen Herausforderungen für die Weltgesellschaft Foto: AdB

- "Problemverursacher oder Problembewältiger? Politische Bildung in Zeiten des Umbruchs" Das Modell der repräsentativen Demokratie ist in die Defensive geraten. Lange favorisierte liberale Gesellschafts- und Politikentwürfe scheinen heute mehr zu verunsichern, als dass sie Orientierung böten. Der demografische Wandel und die Digitalisierung bringen zusätzliche Ungewissheiten mit sich. Umgekehrt erfahren kommunitaristische Gegenmodelle Aufwind und auch Populismus und Nationalismus verfangen in immer größeren Teilen unserer Gesellschaft. Die Corona-Krise verdeutlicht und beschleunigt diese Entwicklungen. Politische Bildung steht vor drängenden konzeptionellen, inhaltlichen und methodischen Herausforderungen, wird aber auch zunehmend mit Vorbehalten konfrontiert. Akademie für Politische Bildung
- "Position beziehen Wie kann positionierte politische Bildung gelingen?" Rechter Populismus & AfD-Meldeportale einerseits und Extremismusvorwürfe andererseits sorgen derzeit für große Unsicherheit in der schulischen und in der außerschulischen politischen Bildung. Gleichzeitig erscheint es mit der Bedrohung z. B. durch Rechtsterrorismus und Rassismus und einem wachsenden Anti-Feminismus gerade jetzt notwendig, auch in der politischen Bildung Jugendliche zu ermutigen ihre Position zu diesen Entwicklungen zu finden. Einen Ansatzpunkt liefert die Frankfurter Erklärung. Wie kann eine positionierte politische Bildung, die sich an kritisch-emanzipierten Grundsätzen orientiert, aussehen? Es wurden konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt. basa e.V. Bildungsstätte Alte Schule Anspach

- "Geht's auch öko-fair? Von kritischem Konsum und nachhaltigen Lebensstilen" – Was haben Plastik in den Weltmeeren, einstürzende Textilfabriken oder steigende Weltmarktpreise für Lebensmittel mit unserem Konsumverhalten zu tun? Wie wirken sich unsere tagtäglichen Konsumentscheidungen auf Umwelt und Menschen weltweit aus? Was hat Konsum mit Nachhaltigkeit zu tun? Im Seminar gingen die Teilnehmenden diesen Zusammenhängen auf den Grund und nahmen verschiedene Facetten des kritischen Konsums in den Blick. <u>Haus Neuland e. V.</u>
- "Der Reiz des Autoritären Liberale Demokratien unter Druck" Überall auf der Welt sind autoritäre Systeme auf dem Vormarsch, machen sich antidemokratische und illiberale Strukturen breit. Auch in scheinbar gefestigten Demokratien des Westens bekommen Politiker und Parteien mit autoritären Programmen Zustimmung und gelangen sogar in Regierungsverantwortung. Grundrechte und Gewaltenteilung stehen auch in einigen EU-Staaten zur Disposition und werden teilweise ausgehebelt. Während der Tagung wurden grundsätzliche Fragen des Themas erörtert und diskutiert, welche Herausforderungen auf die schulische und außerschulische politische Bildung angesichts dieser Entwicklungen zukommen. Georg-von-Vollmar-Akademie
- "Die sozial-ökologische Wende Eine globale Herausforderung nach CO-VID-19" Die COVID-19-Pandemie stellt Europa und die Welt vor nie gesehene Herausforderungen. Das Überwinden des gesundheitlichen Risikos und der verheerenden sozialen und ökonomischen Folgen darf allerdings nicht zu einer verfehlten Politik der Orientierung am "Status quo-ante" führen. Wir müssen vielmehr unser Handeln in allen Lebensbereichen überdenken und erneuern. Der European Green Deal muss ambitioniert in die Realität umgesetzt, die Europäische Säule Sozialer Rechte mit Leben gefüllt und der digitale Wandel fair gestaltet werden. Mit den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 steht ein globales Zukunftskonzept zur Verfügung, das wir mit Blick auf die aktuelle Krise im Norden wie im Süden umso ehrgeiziger verfolgen sollten. Europäische Akademie Otzenhausen

Das Thema "Transformationen. Globale Entwicklungen und die Neuvermessung politischer Bildung" wird den AdB und die politische Bildung insgesamt weiterhin beschäftigen, denn die mit dem Jahresthema benannten Herausforderungen und die mit der Corona-Pandemie noch einmal verschärften Bedingungen sind natürlich über das Jahr hinaus höchst relevant. Hier kommt dem AdB sein auf mehrere Jahre hin angelegter Verbandsentwicklungsprozess zugute. An diesem weiterzuarbeiten und die politische Bildung gut und breit aufzustellen, ist die Herausforderung der kommenden Jahre.

TOP 4 Aktivitäten des AdB in 2020 E+ Projekt "DemoGames" (2019-2022) E+ Projekt EntreComp 360° (2019-2022) Geschäftsführung TEVIP: Transforming European Values into Practice: DARE-Netzwerk Das über Erasmus+ (KA 2) geförderte Projekt Unsung Hernes (2020-2021) deutsch-tschechischer, deutsch-russischer, deutsch-chinesischer, deutsch-griechischer, deutsch-israelischer, deutsch-polnischer Jugendaustausch; 9 Maßnahmen von 13 Mitgliedern IFA Crossculture-Internships in der politischen Verschiedene Workshops zu Menschenrechtsthemen Zentralstelle (Ausfälle aufgrund von Corona) International Längerfristige Förderung im K.IP: 17 Maßnahmen von 11 Mitgliedern Europäische 25.-29.02.2020, Brüssel: Smart City - Smart Life: Understanding and Training digital Transformation; Europäisches Fachkräftetraining: politische Bildung und Digitaler Wandel Vernetzung und Projekte 24.09.2020: Proiektpräsentation im NECE-Campus E+ Projekt DIGIT-AL (2019-2022) 02.12.2020: Workshop mit Parlamentariern und versch. Organisationen im Kontext der Jugendbildung Livel and earning-Week inBrüssel Erwachsenenbildung Fachkommissionen 03.12.2020: Workshop zu Globaal Citicenship Education; Brüssel Geschlechterreflektierte Bildung (je 2 Sitzungen, z.T. im Online-Format oder Hybrid; Erstellen von zwei Handbüchern zur digitalen Transformation Verwaltung und Finanzen zusätzliche Online-Treffen) NECE Fokusaruppe zum Reference Europäische und Internationale Bildungsarbeit Verbandsgremien 21.-22.04.2020; Online-Seminar: Reference Framework on Competences for Democratic Culture Framework of Competences for Democratic Vorstand (5 Sitzungen, z.T. im Online-Format; zusätzliche 03.-05.11.2020; Workshop im Rahmen der NECE Conference 2020 Mitaliedschaft in der EAEA Redaktionsbeirat (2 Sitzungen) Mitgliederversammlung (online) Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern (2020-2025) (Demokratie leben!) Projekte in Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken (2019-2022) (bpb) Bundesprogrammen 21 Mitglieder Stellenförderung, 4 Mitglieder Maßnahmenförderung Fachreferat "Religiös begründeter Extremismus" (BMFSFJ) Zentrale Arbeitstagung, 24.-28.02. im GSI Niedersachsen zum Thema "Privilegien und Normen" Digitale Medien und Demokratie Flucht und Migration Zentralstelle Programm "Politische Fachgruppentreffen, Jugendbildung im AdB" Frinnerungskultur und Teilhabe Arbeit und Lebensperspektive Gemeinsame Fachgruppensitzung, 4.-6. November 2020, Jugendbildungsstätte Bremen LidiceHaus 11.-12.03.2020; Stiftung wannseeFORUM: Denkfabrik III: Agieren statt reagieren -Handlungsstrategien für eine starke demokratische Bildungspraxis 03.+05.06.2020: Online-Seminar: Sicherer Neustart - Hygiene in Bildungseinrichtungen 23.06.2020: Online-Seminar: Digitale Bildungspraxis und politische Bildung Stellungnahme zum Jahresthema 2021: Was WEISS ich? Rassismuskritisch denken 24.06.2020: Online-Seminar: Wie demokratisch ist die digitale Bildungspraxis? Workshop zur lernen! Eine Kernaufgabe für Gesellschaft und Politische Bildung Gestaltung von diskriminierungssensiblen Online-Seminaren in der politischen Bildung Vertretung des AdB in Gremien und Dachorganisationen (z. B. AGJ, KAW, DIE, IJAB) 17.-22-08.2020 in Kooperation mit der EJBW Weimar: Sommerakademie Berufsfeld Politische Kontaktpflege und Austausch mit verantwortlichen Akteuren und Jugendbildung Berufseinstieg/ Förderung für Nachwuchskräfte Interessenvertretung Akteuringen in Politik und Verwaltung 11.-12.09.2020: Projekte in der politischen Bildung erfolgreich finanzieren; Alte Feuerwache e. V. Kooperation und Netzwerke, z. B. bap, GEMINI, HdJ, AGJ, DARE, EAEA 14.-16.09.2020: "Pics or didn't happen" Wie wir gute Fotos für die Öffentlilchkeitsarbeit in der politischen Bildung schaffen; Jugendbildungsstätte Bremen LidiceHaus Fortbildungen Einsatz für ein Corona-Hilfsprogramm, Zusammenarbeit mit anderen Verbänden. Koordination des Austauschs 15.-17.09.2020: Fortbildung für Haustechniker*innen; Jugendbildungszentrum Blossin e.V. 16.-17.09.2020: Online-Fortbildung: Flucht im Lebenslauf 22.-23.09.2020; Online-Fortbildung; Disability Mainstreaming, Inklusive und barrierefreie Vertretung auf nationaler und europäischer politischer Ebene (z. B. bpb, Handlungsfeldspezifische Arbeitsgruppe im BMFSFJ, DFJW, DPJW, Nationaler Beirat zum Strukturierten Dialog, Europarat, EU) Der AdB 06.-07.10.2020: Online-Fortbildung: Vom Film lernen. Kamera-Performance und soziale Interaktion online Mitalied der Kommission für 16. Kinder- und Jugendbericht Politik und politische Bildung 29.-30.10.2020: Diversitätsorientiertes und diskriminierungskritisches Handeln in der politischen Bildung im Jahr 05.11.2020: Online-Seminar in Kooperation mit dem DIE: Pädagogische Kompetenzen refkeltieren Mitglied im Beirat des BMFSFJ zur Jugendstrategie 2020 - bilanzieren - anerkennen, GRETA-Instrumente zur Anerkennung von Kompetenzen Lehrender in Gespräche/Kontakte/Austausch im politischen Raum der Erwachsenen- und Weiterbildung ca. 50 News www.adb.de www.adb.de/corona-krisenmanagement www.adb.de/digitale-angebote www.politische-jugendbildung.de www.andersstattartig.eu Web-Präsenzen AB 1/2020: Solidarität – Gelebte Vielfalt und gesellschaftlicher Zusammenhalt Fachzeitschrift https://empowered-by-democracy.de AB 2/2020: Europäische Persnektiven "Außerschulische Bildung" - Print- und www.dare-network.eu Öffentlichkeitsarheit AB 3/2020: Die Klimakrise und die gesellschaftlichen Folgen https://demokratie-profis.adb.de Online-Ausgabe; https://fachzeitschrift.adb.de/ AB 4/2020: Was wird aus den Parteien und der Parteiendemokratie? www.politischbilden.de Pressemitteilungen (ca. 10) politischbilden.de - Die digitale Bildungsplattform AdR- Jahreshericht 2019 online: Die Würde des Menschen; https://demokratie-profis.adb.de Publikationen 05.-07.05.2020: Online-BarCamp Politische Bildung Newsletter "AdB aktuell" (6 x jährlich) und "AdB weekly" 02.09.2020: Auftakttagung im Projekt "Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern"; Online-Veranstaltung Fachtagungen 14.09.2020: Online-Fachtagung des HdJ: "Räume und Beteiligung für alle" Denkfabrik IV: Austausch von Expertise und Erfahrungen aus der Bildungspraxis Fachdiskurs Transformationen. Globale Entwicklungen und die Neuvermessung der politischen Bildung Beratung in fachlichen, förderrechtlichen, strukturellen Fragen Veranstaltungskalender und Sammlungs von Tipps, Links und Publikationen auf der AdB-Hompage; www.adb.de/jahresthema-2020 Unterstützung bei Antragstellung und Abrechnung Informationstransfer, z. B. AdB weekly Jahresthema 2020 Fachtagung zur Vorbereitung in der Akademie für Politische Bildung, Zentralstellenarbeit Tutzing im November 2019 Verabschiedung einer Stellungnahme zum Jahresthema Gemeinsame Veranstaltungen und Projekte Mitgliederservice Öffentlichkeitsarbeit für Mitglieder Veröffentlichungen in Fachmedien Stellenmarkt auf der Homepage Austausch und Fachdiskurs in der AdB-Geschäftsstelle, den AdB-Gremier Corona-Krisenmanagement; www.adb.de/corona-krisenmanagement und in einer Vielzahl von Mitgliedseinrichtungen Bundeskanzler-Stipendiatin Zentralstelle Sonderprogramm Kinder- und Jugendbildung, Kinder- und Vorbereitung eines Projektantrags zum deutsch-amerikanischen Katia Greeson ab